



Chronik politischer und gesellschaftlicher Ereignisse in Russland im Jahre 2014

Januar	
01.01.2014	Präsident Wladimir Putin bestellt am frühen Morgen in Wolgograd den Innenminister, den Leiter des Inlandsgeheimdienstes, deren regionale Vertreter, die Gesundheitsministerin und den Gouverneur zu einer Sitzung über den Kampf gegen den Terrorismus ein. Im Anschluss besucht er in einem Krankenhaus Verletzte der Terroranschläge.
02.01.2014	In Chasawjurt (Republik Dagestan) werden zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
02.01.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht setzt die Untersuchungshaft für Sergej Mochnatkin auf zwei Monate fest. Mochnatkin wurde bei der »Strategie-31«-Demonstration zwei Tage zuvor festgenommen; er soll einen Polizisten angegriffen haben. Mochnatkin war schon am 31.12.2009 festgenommen und zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Im April 2012 hatte Präsident Medwedew ihn begnadigt.
03.01.2014	Präsident Wladimir Putin inspiziert persönlich den Stand der Vorbereitungen der olympischen Anlagen in Sotschi. Alle Verantwortlichen der Vorbereitungen auf die Winterspiele sind vor Ort.
03.01.2014	Im Moskauer Vorort Shelesnodoroshnij wirft ein Unbekannter eine Granate auf zwei Polizisten. Ein Beamter kommt ums leben, der zweite überlebt schwer verletzt.
04.01.2014	Präsident Wladimir Putin bestimmt per Erlass, dass vom 7. Januar bis 21. März 2014 im Großraum Sotschi nur Versammlungen zugelassen werden, die von der Stadtverwaltung, dem regionalen Innenministerium und dem regionalen Inlandsgeheimdienst genehmigt wurden und nicht mit den Winterspielen in Verbindung stehen.
04.01.2014	Wladimir Putin empfängt seinen weißrussischen Amtskollegen Alexander Lukaschenka in Sotschi. Am Rande des informellen Treffens spielen Putin und Lukaschenka im Olympiastadion Eishockey mit russischen Eishockeystars. Ihre Mannschaft – die »Roten« – gewinnt mit 12:3.
04.01.2014	In Wolgograd wird der Ausnahmezustand aufgehoben, der nach den Selbstmordattentaten vom 29. und 30. Dezember 2013 ausgerufen worden war.
06.01.2014	Das Menschenrechtszentrum »Sowa« gibt bekannt, dass in Russland im Jahr 2013

	aus rassistischen Motiven 20 Personen ermordet und mindestens 173 Personen verletzt wurden. Ein Großteil der Opfer stammt aus Zentralasien und dem Nordkaukasus.
06.01.2014	Auf dem Moskauer Manegenplatz demonstrieren ca. 100 Personen für die Freilassung der Untersuchungsgefangenen im »Bolotnaja-Fall«. 27 Personen werden vorübergehend festgenommen. Im »Bolotnaja-Fall« sitzen seit über einem Jahr 11 Personen in Untersuchungshaft. Sieben weitere stehen unter Hausarrest.
08.01.2014	Zur Erhöhung der internationalen Konkurrenzfähigkeit soll die russische Regierung im Jahr 2014 10,5 Mrd. Rubel (ca. 231 Mio. €) an führende russische Universitäten überweisen. 2015 sollen weitere 12 Mrd. Rubel (ca. 264 Mio. €) und 2016 12,5 Mrd. Rubel (ca. 275 Mio. €) folgen.
08.01.2014	In den Rayons Kirowskij und Predgornij (RegionStawropol) finden Sicherheitskräfte vier Fahrzeuge mit insgesamt sechs getöteten Insassen. Die Kfz sind mit Sprengsätzen präpariert. Die Polizei kann diese rechtzeitig entschärfen.
09.01.2014	Sergej Dankwert, Vorsitzender des russischen Dienstes für den Verbraucherschutz, gibt Einfuhrbeschränkungen gegen elf Hersteller von Milch- und Fischprodukten in Estland bekannt.
09.01.2014	410 Kosaken der Kubaner Kosakentruppe treffen in Sotschi ein, um während der Olympischen Spiele die Sicherheitskräfte zu unterstützen. In gesamten Region Stawropol werden die Sicherheitsmaßnahmen verschärft und alle Fahrzeuge, die in die Region fahren, kontrolliert.
09.01.2014	Ein Bezirksgericht in Jekaterinburg verurteilt Aksana Panowa, ehemalige Chefredakteurin des Nachrichtenportals »Ura.ru« und Chefredakteurin von »Znak.com« zu zwei Jahren auf Bewährung und einem zweijährigen Verbot, bei einer Medieninstitution zu arbeiten. Ein Großteil der umstrittenen Anklage wird fallengelassen.
10.01.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht stellt im Zusammenhang mit dem Amnestiegesetz das Verfahren gegen eine Verdächtige im »Bolotnaja-Fall« ein. Ein anderes Bezirksgericht stellt Strafverfahren gegen vier Antifa-Aktivisten ein.
10.01.2014	Die Stadtverwaltung in Sotschi bestimmt den Ort, an dem während der Olympischen Winterspiele Versammlungen und Demonstrationen stattfinden können. Da nach Olympischer Charta an den Olympiastätten keine politischen Meinungen kundgetan werden dürften, können Demonstrationen nur in der Siedlung Chosta, 16 Kilometer außerhalb von Sotschi, abgehalten werden.
11.01.2014	Bei einem Anti-Terror-Einsatz der Sicherheitskräfte in Naltschik (Kabardino-Balkarien) werden fünf Personen festgenommen, die als Kämpfer internationaler Terrororganisationen bezeichnet werden. Am Abend wird ein Posten der Verkehrspolizei überfallen und ein Polizist verletzt.
12.01.2014	Im Rayon Kisiljurt (Dagestan) werden zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer von Sicherheitskräften getötet.

12.01.2014	Die Polizei nimmt in Perm über einhundert Personen fest, die sich an Ausschreitungen gegen Migranten beteiligten.
13.01.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew vergibt Preisgelder an Medieninstitutionen für besondere Leistungen im Jahr 2013. Preisträger sind unter anderem ein Onlineportal zur russischen Sprache (gramota.ru), der Radiosender »Kommersant FM« und staatliche Fernsehsender.
14.01.2014	Der Föderale Migrationsdienst verhängt Einreiseverbote von 3-10 Jahren gegen rund 500.000 Ausländer, im Wesentlichen Tadshiken, Usbeken und Kirgisen. Ein Moskauer Bezirksgericht verhängt gegen den US-Journalisten und Russlandexperten David Satter ein Einreiseverbot von 5 Jahren mit der Begründung, er habe gegen die Aufenthaltsbestimmungen verstoßen.
14.01.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt den ungarischen Premierminister Viktor Orban im Kreml und erörtert mit ihm bilaterale und Wirtschaftsfragen. Russland beteiligt sich zu 60% am Bau von zwei neuen Reaktorblöcken am AKW Paks und wird voraussichtlich einen Staatskredit über \$10 Mrd. bereitstellen. Ungarn wiederum stimmt dem Bau der South-Stream Gaspipeline auf seinem Territorium zu.
14.01.2014	Präsident Wladimir Putin bestimmt per Erlaß, dass Wjatscheslaw Gajser, Oberhaupt der Republik Komi, und Nikita Belych, Gouverneur im Gebiet Kirow, bis zu den Wahlen am 14. September 2014 kommissarisch im Amt bleiben. Beide wollen sich um eine Wiederwahl bewerben.
14.01.2014	Das Moskauer Stadtgericht setzt im Verfahren zum Mord an der Journalistin Anna Politkowskaja von der »Nowaja Gaset« eine neue Geschworenenjury ein. Politkowskaja war am 7. Oktober 2006 in Moskau erschossen worden.
14.01.2014	Das russische Außenministerium veröffentlicht einen Bericht zur Situation der Menschenrechte in der EU in den Jahren 2012 und 2013. Auf 150 Seiten werden Mißstände in allen EU-Staaten im Jahr 2013 moniert, darunter auf 22 Seiten die Situation in Deutschland.
15.01.2014	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte werden im Rayon Chasawjurt (Dagestan) drei Soldaten der Sondereinheit OMON und vier Untergrundkämpfer getötet. Acht Personen, darunter fünf Soldaten, werden verletzt. Einer der Kämpfer soll Drahtzieher des Anschlags in Pjatigorsk vom 27. Dezember 2013 gewesen sein.
15.01.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt das Rücktrittsgesuch von Gouverneur Michail Jurewitsch (Gebiet Tscheljabinsk) an. Die Amtsgeschäfte soll kommissarisch Boris Dubrowskij führen, Generaldirektor des Metallurgischen Kombinats in Magnitogorsk.
15.01.2014	Präsident Wladimir Putin leitet in seiner Residenz eine Sitzung der Regierung mit zusätzlichen Gästen. Im Zentrum der Erörterungen stehen die Reaktion auf die Terroranschläge in Wolgograd und die Bewältigung der Folgen des Hochwassers in Fernost. Putin kündigt an, solche »erweiterten Regierungssitzungen« alle zwei Wochen zu aktuellen Themen durchführen zu wollen.
15.01.2014	Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier beruft den bisherigen Botschafter in

	Warschau, Rüdiger Freiherr von Fritsch-Seerhausen, von 2004 - 2007 Vizepräsident des Bundenachrichtendienstes, zum Botschafter in Moskau.
16.01.2014	Auf einer Regierungssitzung wird der Vorbereitungsstand zur Winterolympiade in Sotschi analysiert. 309 von 352 olympischen Objekten sind in Betrieb genommen, alle Wettkampfbereiche vorbereitet. Die staatlichen Investitionen belaufen sich auf 214 Mrd. Rubel (ca. 4,7 Mrd. €), davon 99 Mrd. Rubel (ca. 2,2 Mrd. €) aus Haushaltsmitteln. Eine Überprüfung des Rechnungshofes und der Russischen Behörde für Finanzaufsicht habe keine ineffiziente Mittelverwendung festgestellt.
16.01.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt im Kreml die Autoren des neuen »methodischen und Lehrbuch-Komplexes zur russischen Geschichte«. Putin unterstreicht die Notwendigkeit einer einheitlichen Konzeption des Geschichtsunterrichts. Kritik an der sowjetischen Okkupation Osteuropas nach dem zweiten Weltkrieg bezeichnet Putin als »ideologischen Müll«. Zentrales Ziel sei es, Achtung der eigenen Geschichte und die Liebe zu Russland zu fördern.
16.01.2014	Wladimir Putin trifft mit dem iranischen Außenminister Mohammad Javad Zarif zusammen, der zuvor von Außenminister Sergej Lawrow empfangen worden war. Im Zentrum stehen das iranische Atomprogramm, die Wirtschaftsbeziehungen sowie die Situation und Regulierung der Syrienkrise.
16.01.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verlängert die Untersuchungshaft gegen den ehemaligen Chef von »Uralkali«, Wladislaw Baumgertner, bis Mitte April. Baumgertner war in Belarus wegen Amtsmissbrauch festgenommen und dann nach Russland ausgeliefert worden.
17.01.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht stellt das Strafverfahren gegen Fjodor Bachow, einen Angeklagten im »Bolotnaja-Fall«, auf Grundlage des Amnestiegesetzes ein. Am Vortag wurde unter gleicher Begründung das Verfahren gegen Dmitrij Altajtschinow eingestellt.
17.01.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet eine Anweisung zur staatlichen Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen. 2014 werden hierfür 2,7 Mrd. Rubel (ca. 60 Mio. €) aus dem Föderalhaushalt zur Verfügung gestellt. NGOs können sich in zwei Wettbewerben um Subventionen bewerben.
17.01.2014	Wladimir Putin trifft in Sotschi mit Freiwilligen zusammen, die an der Vorbereitung und Durchführung der Olympischen Winterspiele und der Paralympics mitarbeiten werden. Insgesamt werden 25.000 Freiwillige, ein Drittel des Olympiapersonals, alle russischen Regionen und 60 Staaten vertreten.
17.01.2014	Vor einem Restaurant in Machatschkala (Dagestan) detonieren zwei Sprengsätze. 14 Personen, darunter zwei Polizisten, werden verletzt. Es wird berichtet, dass das Restaurant keine Schutzgelder an kriminelle Strukturen bezahlen wollte.
18.01.2014	Bei einer Anti-Terror-Operation der Sicherheitskräfte in Machatschkala (Dagestan) werden sieben Untergrundkämpfer getötet. Bei Kampfhandlungen im Rayon Sergokalinsk wird ein weiterer Aufständischer getötet.
19.01.2014	Präsident Wladimir Putin gibt in- und ausländischen Medienvertretern ein

	Interview. Im Zentrum des Gesprächs stehen die Sicherheit während der Olympischen Winterspiele und das Abschneiden der russischen Wintersportler. Er erklärt, dass es bei den Olympiavorbereitungen nicht zu Korruption in großem Ausmaß gekommen sei. Das Amnestiegesetz sei im Übrigen kein Versuch gewesen, das Image Russlands vor der Olympiade aufzubessern.
19.01.2014	Im Moskauer Stadtzentrum nehmen ca. 400 Personen an einer genehmigten Demonstration in Erinnerung an den Anwalt Stanislaw Markelow und die Journalistin Anastasija Baburowa teil. Die beiden waren vor fünf Jahren auf offener Straße von Rechtsextremisten erschossen worden.
20.01.2014	Die Moskauer Polizei erfährt von einer Zusammenkunft von »Dieben im Gesetz«, Führungspersonen des organisierten Verbrechens, bei der es um Aufteilung der Einflussphären geht. Sie nimmt 50 Personen fest.
20.01.2014	Das Moskauer Bürgermeisteramt lehnt die Zulassung einer »Strategie-31« Demonstration am 31. Januar auf dem Triumphalnaja-Platz ab.
20.01.2014	Bei einer Anti-Terror-Operation der Sicherheitskräfte in einem Vorort von Machatschkala (Dagestan) werden drei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet
21.01.2014	Anatolij Lysenko, Generaldirektor des »Öffentlichen Fernsehen Russlands« (ORT), einem Projekt aus der Präsidenten-Amtszeit Dmitrij Medwedews zur Gründung eines unabhängigen Fernsehsenders, gibt bekannt, dass aus Finanzgründen in den kommenden zwei Monaten die Hälfte des Personals entlassen werden müsse.
21.01.2014	Generalleutnant Anatolij Sidorow, Befehlshaber der Streitkräfte im westlichen Militärbezirk, gibt bekannt, dass im Laufe des Jahres eine Raketenbrigade im westlichen Militärbezirk durch eine Brigade der taktischen Kurzstreckenraketen »Iskander-M« ersetzt wird.
21.01.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt den Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin. Das Gespräch berührt Fragen der Gesundheitsfürsorge und der Transportinfrastruktur in Moskau.
22.01.2014	Die Moskauer Stadtduma, verabschiedet in drei Lesungen eine Änderung des Wahlrechts. Das gemischte Wahlsystem zur Wahl der Stadtduma wird in ein reines Mehrheitswahlsystem geändert. Im September 2014 stehen Neuwahlen an.
22.01.2014	Die Staatsanwaltschaft fordert im »Bolotnaja-Verfahren« gegen acht Angeklagte Haftstrafen zwischen fünf und sechs Jahren. Ihre Teilnahme an Massenunruhen am 6. Mai 2012 im Moskau, am Vortag der Vereidigung Wladimir Putins, gilt als erwiesen.
22.01.2014	Bei einer Methangasexplosion im Bergwerk »Dsershinskij« im Kusbass (Gebiet Kemerowo) kommen zwei Bergleute ums Leben.
22.01.2014	Das russische Justizministerium lehnt die Registrierung von Aleksej Nawalnyjs Partei »Volksallianz« ab. Angeblich sind die Dokumente ungenau ausgefüllt. Ferner überschneide sich der Parteinamen mit der einer bestehenden Partei.

22.01.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew gibt dem Fernsehsender CNN ein Interview. Zentrale Themen sind die bevorstehende Olympiade, die Regulierung des Syrienkonflikts und die Situation der russischen Wirtschaft.
23.01.2014	Das Präsidium des Obersten Gerichts Russlands reduziert die Haftstrafe von Platon Lebedew, des Ex-Vorsitzenden der »Menatep«-Bank und Geschäftspartners von Michail Chodorkowskij, und erklärt seine Inhaftierung von 2004–2005 für rechtswidrig. Lebedew kann daher aus der Haft entlassen werden. Die Feststellung einer Steuerschuld in Höhe von 17 Mrd. Rubel (ca. 360 Mio. €) wird aufrechterhalten.
23.01.2014	Präsident Wladimir Putin trifft mit Vertretern von russischen Menschenrechtsgruppen zusammen. Die Amtszeit des Menschenrechtsbeauftragten des Präsidenten, Wladimir Lukin, endet im Februar. Putin spricht sich für die Kandidatur von Ella Pamfilowa als Nachfolgerin Lukins aus.
23.01.2014	Präsident Putin empfängt seinen palästinensischen Amtskollegen Mahmud Abbas in seiner Residenz. Das Gespräch behandelt die Lage in Nahost, die russisch-palästinensischen Beziehungen und die Situation in Palästina. Im Anschluss an das Gespräch mit Putin erörtert Abbas mit Ministerpräsident Dmitrij Medwedew Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.
23.01.2014	DHL stellt die Lieferung von Sendungen aus dem Ausland an Privatkunden nach Russland ein. Das Unternehmen reagiert damit auf verschärfte Bestimmungen des Föderalen Zolldienstes (FTS). Zuvor hatten bereits andere Unternehmen, darunter DPD, FedEx, UPS und TNT, Express-Zustellungen nach Russland eingestellt.
24.01.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz, dass die technischen und juristischen Details der neu gegründeten Militärpolizei regelt. Diese wird – anders als bisher vorgesehen – keine Befugnisse erhalten, Ermittlungen einzuleiten. Dieses Recht haben der Inlandsgeheimdienst, das Strafermittlungskomitees, das Innenministerium und die Drogenpolizei FSKN.
24.01.2014	Platon Lebedew verlässt die Strafkolonie bei Welsk im Gebiet Archangelsk in Richtung Moskau.
24.01.2014	Edward Snowden, der lange im Kontext des US-Geheimdienstes NSA gearbeitet hat und nun als »Whistleblower« über dessen Arbeit informiert, gibt aus russischem Asyl eine Online-Pressekonferenz. Auf der Seite < http://www.freesnowden.is > sind Fragen wie Antworten einsehbar.
24.01.2014	Präsident Wladimir Putin bestellt die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates Russlands zu einer operativen Sitzung in seine Residenz. Im Zentrum steht die Situation in der Ukraine, die Lage in Syrien und die »Genf-2«-Gespräche sowie die Olympischen Winterspiele in Sotschi.
24.– 25.01.2014	Vor der Kurileninsel Kunaschir (Gebiet Sachalin) kentert ein Schlauchboot mit zehn Grenzschützern des Inlandsgeheimdienstes und der staatlichen Seeinspektion an Bord. Vier Männer werden tot geborgen, sechs Personen werden vermisst.
25.01.2014	Auf einem außerplanmäßigen Parteitag in Moskau schließt sich die »Allianz der

	Grünen« mit der »Partei der freien Bürger«, den »Sozial-Demokraten Russlands«, unter Vorsitz des ehemaligen Duma-Abgeordneten Gennadij Gudkow, sowie den Parteien »Freiheit und Gerechtigkeit« und »Kolokol« (Glocke) zu einer gemeinsamen Partei zusammen.
26.01.2014	Edward Snowden gibt dem NDR-Journalisten Hubert Seipel ein erstes Fernsehinterview. Das Interview, das Wochen zuvor entstanden ist, wird am Abend in der ARD ausgestrahlt. Snowden beschuldigt die USA u. a. der Industriespionage, er selbst arbeite nicht mit den russischen Sicherheitsbehörden zusammen.
27.01.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt an Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Befreiung Leningrads (heute St. Petersburg) von der Blockade durch Nazi-Deutschland teil. Die deutsche Wehrmacht hatte Leningrad fast 900 Tage lang belagert und die Bevölkerung ausgehungert.
27.01.2014	Aus der Geschworenenjury im Mordfall der Journalistin Anna Politkowskaja treten fünf Personen zurück. Den 12 Geschworenen bleiben somit nur noch 7 Reservekandidaten. Mitte November 2013 wurde die vorherige Geschworenenjury aufgelöst und neu besetzt. Politkowskaja war im Oktober 2006 erschossen worden.
27.01.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew teilt auf einem Treffen mit seinen Stellvertretern mit, dass die Sicherheitsvorkehrungen an Orten großer Menschenansammlung, wichtiger Objekte und Infrastruktur verschärft werden. Eine behördenübergreifende Kommission koordiniert das Programm »Sichere Stadt« in vielen Städten und Regionen.
28.01.2014	Patriarch Kirill ruft die russische Staatsmacht dazu auf, Versuche zu unterbinden, gleichgeschlechtliche Partnerschaften in Russland zu legalisieren. Die orthodoxe Kirche stehe bereit, staatliche wie gesellschaftliche Institutionen bei der Stärkung traditioneller moralischer Werte zu unterstützen.
28.01.2014	Der russische Außenminister Sergej Lawrow trifft in Brüssel mit NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen zusammen. Das Gespräch behandelt internationale Fragen, die Zusammenarbeit mit der NATO, unter anderem bei der Zerstörung syrischer Chemiewaffen in Kooperation mit UN und OPCW.
28.01.2014	Jurij Pripatschkin, Präsident des russischen Kabelfernsehverbands, schlägt die Abschaltung des kritischen TV-Sender »Doshd« vor. Anlass ist eine Umfrage des Senders, bei der gefragt wurde, ob Leningrad unter der Blockade nicht hätte aufgegeben werden sollen um hunderttausend Menschen zu retten.
28.01.2014	EU-Russland Gipfel in Brüssel, der von Seiten der EU auf einen Tag verkürzt wurde und in informellem Rahmen stattfindet. Im Zentrum der Gespräche mit Präsident Wladimir Putin steht die Situation in der Ukraine. Russland und Europa verabschieden einen gemeinsamen Plan zur Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung.
29.01.2014	Der Föderalen Zolldienst (FTS) nimmt mehrere neue Regelungen für Express-Sendungen nach Russland zurück und ermöglicht die Online-Registrierung für Paketsendungen. Eine Woche zuvor hatten sämtliche Paketdienstleister Privatsendungen nach Russland eingestellt.

29.01.2014	Der russische Föderationsrat verabschiedet eine Erklärung zur Situation in der Ukraine in der »Unverständnis und Empörung über die Äußerungen einiger westlicher Politiker, die sich rücksichtslos in die inneren Angelegenheiten der Ukraine einmischten und eine Destabilisierung der Situation im Lande bewusst provozierten« geäußert wird.
29.01.2014	Präsident Wladimir Putin führt eine Sitzung des erweiterten Kabinetts in seiner Residenz durch. Im Zentrum der Erörterungen stehen die Weiterentwicklung der Gesetzgebung zu Grund und Boden, der Wohnungsbau, Soziale Fragen sowie die Zusammenarbeit mit der Ukraine in finanz- und energiewirtschaftlichen Fragen.
30.01.2014	Das Nationale Antiterrorkomitee gibt bekannt, dass die Identität der Attentäter von Wolgograd festgestellt worden ist. Es sollen sich um zwei Angehörige der »Bujnaksker Terrorgruppe« namens Asker Samedow und Sulejman Magomedow handeln.
30.01.2014	Bei einer Nachtübung auf einem Truppenübungsplatz im Bezirk Chabarowsk werden zwei Wehrdienstleistende durch eine Explosion in einem Panzerfahrzeug getötet.
31.01.2014	Das Moskauer Stadtgericht bestätigt das Urteil im Fall William Browder, dem Vorsitzenden von Hermitage Capital. Browder war wegen Betrugs in Abwesenheit zu neun Jahren Lagerhaft verurteilt worden. Großbritannien lehnt eine Auslieferung Browders ab.
31.01.2014	Bei einer nicht genehmigten »Strategie-31«- Demonstration zur Verteidigung des Versammlungsrechts auf dem Moskauer Triumphalnaja-Platz werden 25 Personen, darunter der Schriftsteller Eduard Limonow, festgenommen.
Februar	
01.02.2014	In der russischen Föderation tritt ein Gesetz in Kraft, das die Sperrung von Internetseiten durch den Föderalen Dienst für Medienaufsicht »Roskomnadsor« ohne richterliche Entscheidung erlaubt. Die bisherigen Tatbestände werden um Aufruf zu Massenunruhen und Extremismus erweitert.
01.02.2014	Das Bildungsministerium und das Ministerium für Massenkommunikation und das Fernsprechwesen arbeiten einen Anforderungskatalog für Internetanbieter an russischen Schulen aus. Eine erste Fassung setzt die Sperrung verschiedenster »Gefahrenquellen« voraus, darunter gewaltverherrlichende Online-Spiele, anonyme Online-Foren und Blogs, Chats, Anonymisierungsprogramme, Datenbanken für Referate, Online-Casinos.
01.02.2014	Marschall Wasilij Petrow, Held der Sowjetunion, stirbt im Alter von 98 Jahren in Moskau. Nach seinem Tod ist nur noch ein Marschall der Sowjetunion am Leben – Dmitrij Jasow.
01.02.2014	Artur Bagdasarjan, Sekretär des armenischen Sicherheitsrates, erklärt, dass 2014 zwei russisch-armenische Infrastrukturprojekte in Armenien realisiert werden. Im Gebiet Gegarkunik wird ein Kaukasisches Territorialzentrum von

	»Armroskosreserw« mit russischen Technik- und Lebensmittelvorräten eingerichtet, im Gebiet Kotajk ein humanitäres Zentrum des russischen Katastrophenschutzministeriums.
02.02.2014	Bei einer Gasexplosion im Verwaltungsgebäude des Unternehmens »Selchoschimija« im Gebiet Wladimir werden fünf Angestellte getötet und drei weitere verletzt.
02.02.2014	In Moskau nehmen laut Polizei 2.000, laut Veranstalter 15.000 Teilnehmer an einer friedlichen Demonstration zur Unterstützung der Angeklagten im »Bolotnaja-Fall« teil. Die Genehmigung wurde nach wochenlangen Verhandlungen erst drei Tage zuvor erteilt.
03.02.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet einen Erlass zur Gründung des »Vereinigten Raketen- und Weltraumunternehmens« (ORKK). Das »Forschungsinstitut für Weltraum-Gerätebau« und das »Zentrum zum Betrieb bodengestützter Weltraum-Infrastrukturprojekte« gehen im ORKK auf.
03.02.2014	Die Untersuchungshaft von Alexej Gaskarow, eines der Angeklagten im »Bolotnaja-Fall« wird bis Ende April verlängert.
03.02.2014	Im Norden Moskaus erschießt ein 15jähriger Schüler einen Lehrer und nimmt 20 Schüler als Geiseln. Bei einem Feuergefecht mit der Polizei wird ein Polizist getötet, ein zweiter verletzt. Der Vater, ein Angehöriger der Sicherheitskräfte, kann seinen Sohn schließlich zur Aufgabe überreden.
04.02.2014	Die Unternehmensleitung des kritischen Fernsehsenders »Doshd« (»Regen«) gibt in Moskau eine Pressekonferenz. Am Vortag hatte der größte Anbieter zur Satellitenübertragung »Trikolor TV« angekündigt, »Doshd« am 10. Februar vom Netz zu nehmen. Die Generaldirektorin des Senders Natalja Sindejewa will »Doshd« aber weiter betreiben.
04.02.2014	Ein Geschworenengericht in der Region Primorje im russischen Fernen Osten verurteilt fünf Männer, die im Sommer 2010 Anschläge und Morde gegen Sicherheitskräfte verübt haben. Die Geschworenen bestätigen alle Anklagepunkte. Die Bande war als »Partisanen von Primorje« bekannt geworden.
04.02.2014	Michael McFaul, US-Botschafter in Moskau, gibt in einem Internetblog bekannt, dass er nach den Olympischen Winterspielen aus familiären Gründen sein Amt aufgeben wird.
04.02.2014	Das Moskauer Stadtgericht verlängert die Untersuchungshaft von Leonid Raswosshajew und den Hausarrest gegen Sergej Udaltow, einen Aktivisten der Linken Front, bis zum 10. Juni.
05.02.2014	Im Gebiet Kirow entgleist ein Güterzug mit Flüssiggas, es kommt zu einem Großbrand, der erst nach etwa 24 Stunden gelöscht werden kann. Mehr als 400 Personen werden evakuiert. In der Folge gelangen Ölprodukte in einen naheliegenden Fluss.

05.02.2014	Bei einer Anti-Terror-Operation in Isberbasch (Dagestan) werden drei Untergrundkämpfer, getötet, darunter ein mutmaßlicher Drahtzieher der Terroranschläge in Wolgograd.
06.02.2014	Präsident Wladimir Putin ernennt Alexandra Lewizkaja zur Vorsitzenden der Kommission für die Angelegenheiten der Invaliden sowie der Kommission für Veteranen beim Präsidenten. Lewizkaja, die von Putin zudem mit dem Freundschaftsorden ausgezeichnet wird, ist gleichzeitig eine Beraterin Putins.
06.02.2014	Die Moskauer Polizei nimmt rund 30 Personen vorübergehend fest, die im Stadtzentrum für die Freilassung der Untersuchungsgefangnen im »Bolotnaja-Fall« demonstriert hatten.
06.02.2014	Präsident Wladimir Putin trifft am Vorabend der Eröffnung der Olympischen Winterspiele in Sotschi mit Emomali Rahmon, dem Präsident Tadshikistans, sowie im Anschluss mit Xi Jinping, dem Generalsekretär der KP in China, zu Gesprächen zusammen. Gemeinsam mit Xi Jinping findet eine Videokonferenz mit den Kommandeuren der russischen und chinesischen Begleitschiffe beim Abtransport syrischer Chemiewaffen statt.
07. 02. 2014	Im Olympiastadion »Fischt« in Sotschi werden die Olympischen Winterspiele mit einer feierlichen Zeremonie und nach einer Ansprache von Präsident Wladimir Putin eröffnet. Im Anschluss lädt Putin die Ehrengäste zu einem feierlichen Empfang.
08. 02. 2014	Bei einer Anti-Terror Operation der Sicherheitskräfte in Machatschkala (Dagestan) werden fünf Untergrundkämpfer getötet. Ein Kämpfer hatte sich zuvor gestellt. Unter den Getöteten soll ein Organisator der Terroranschläge in Wolgograd sein.
08. 02. 2014	Igor Jegorow, Sprecher der Strategischen Raketenstreitkräfte (RWSN) des russischen Verteidigungsministeriums gibt bekannt, dass die Zahl der Berufssoldaten der Einheit bis 2018 von 18.000 auf 30.000 erhöht werden soll.
09. 02. 2014	Ein Unbekannter eröffnet in der zentralen orthodoxen Kirche in Süd-Sachalin das Feuer. Zwei Personen werden getötet, sechs weitere erleiden Schussverletzungen.
10. 02. 2014	»Trikolor TV« stellt die Satellitenübertragung des unabhängigen Fernsehsenders »Doschd« ein. Die russische Gesellschaft für den Verbraucherschutz klagt gegen mehrere Kabelnetzbetreiber. Michail Fedotow, Vorsitzender des Menschenrechtsrats beim Präsidenten, bezeichnet die Situation um »Doschd« als skandalös.
10. 02. 2014	Greenpeace Russland teilt mit, dass ein St. Petersburger Gericht alle Kautionszahlungen zurückbezahlt habe. Greenpeace hatte jeweils rund 43.000 Euro Kautionszahlung für die Freilassung der »Arctic 30« aus russischer Untersuchungshaft hinterlegt. Im Zuge des Amnestiegesetzes wurden die Verfahren eingestellt.
11. 02. 2014	Der russische Dienst für den Verbraucherschutz hebt sämtliche Importbeschränkungen gegen litauische Milchprodukte auf. Diese waren am 7. Oktober 2013 überraschend eingeführt worden. Kritiker hatten auf einen Zusammenhang mit dem Gipfeltreffen der östlichen Partnerschaft in Vilnius Ende November, auf dem ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine unterzeichnet

	werden sollte.
11. 02. 2014	Die »Kommission für Monumentalkunst« im Moskauer Stadtparlament lehnt einstimmig und »in Anbetracht der gesellschaftlichen Umstände« die Rückkehr des Dserschinskij-Denkmal auf den Moskauer Lubjanka-Platz ab. Felix Dserschinskij hatte 1917 die Geheimpolizei »Tscheka« gegründet, die Vorgängerin des KGB und des heutigen FSB.
12. 02. 2014	Präsident Wladimir Putin empfängt die russische Regierung in erweiterter Zusammensetzung in seiner Residenz bei Moskau. Im Zentrum stehen rechtliche Rahmenbedingungen zur Entwicklung eines russischen Finanzmarktes und die Umsetzung eines Aktionsplans des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung für 2013–2018.
12. 02. 2014	Das russische Sportministerium gibt bekannt, dass alle russischen Medaillengewinner der Olympischen Winterspiele den Titel »Verdiente Meister des Sports« erhalten. Die Auszeichnung, die 1934 in der Sowjetunion eingeführt wurde, erhält am gleichen Tag die erst 15-jährige Julija Lipnizkaja für ihre Goldmedaille im Eiskunstlauf.
13. 02. 2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Anweisung, die die Adoptionsregelungen erweitert. Demnach wird die Adoption russischer Waisenkinder an gleichgeschlechtliche Partnerschaften auch in Länder untersagt, in denen diese gesetzlich anerkannt ist.
13. 02. 2014	Das Dumakomitee für Verfassungsgesetzgebung und Staatsaufbau lehnt eine parlamentarische Untersuchung der Handlungen des ehemaligen Verteidigungsministers Anatolij Serdjukow ab. Gegen Serdjukow wird wegen Vernachlässigung der Dienstpflichten mit großem Schaden ermittelt.
13. 02. 2014	Präsident Wladimir Putin empfängt den Menschenrechtsbeauftragten Wladimir Lukin und seine mögliche Nachfolgerin Ella Pamfilowa. Pamfilowa erklärt sich bereit, Lukin im Amt zu folgen, sollte sie in der Staatsduma hierzu gewählt werden. Putin wünscht sich Zusammenarbeit und einen kritischen Blick auf die Aktivitäten der Staatsmacht.
07.02.2014	Im Olympiastadion in Sotschi werden die Olympischen Winterspiele mit einer feierlichen Zeremonie und nach einer Ansprache von Präsident Wladimir Putin eröffnet. Im Anschluss lädt Putin die Ehrengäste zu einem feierlichen Empfang.
08.02.2014	Bei einer Anti-Terror Operation der Sicherheitskräfte in Machatschkala (Dagestan) werden fünf Untergrundkämpfer getötet. Ein Kämpfer hatte sich zuvor gestellt. Unter den Getöteten soll ein Organisator der Terroranschläge in Wolgograd sein.
08.02.2014	Igor Jegorow, der Sprecher der Strategischen Raketenstreitkräfte (RVSN) gibt bekannt, dass die Zahl der Berufssoldaten der Einheit bis 2018 von 18 auf 30 Tausend erhöht werden soll.
09.02.2014	Ein Unbekannter eröffnet in der zentralen orthodoxen Kirche in Süd-Sachalin das Feuer. Zwei Personen werden getötet, sechs weitere erleiden Schussverletzungen.

10.02.2014	»Trikolor TV« stellt die Satellitenübertragung des unabhängigen Fernsehsenders »Doshd« ein. Die russische Gesellschaft für den Verbraucherschutz klagt gegen mehrere Kabelnetzbetreiber. Michail Fedotow, Vorsitzender des Menschenrechtsrats beim Präsidenten, bezeichnet die Situation um »Doshd« als skandalös.
10.02.2014	Greenpeace Russland teilt mit, dass ein St. Petersburger Gericht alle Kautionszahlungen zurückbezahlt habe. Greenpeace hatte jeweils rund 43.000 Euro Kaution für die Freilassung der »Arctic 30« aus russischer Untersuchungshaft hinterlegt. Im Zuge des Amnestiegesetzes wurden die Verfahren eingestellt.
11.02.2014	Der russische Dienst für den Verbraucherschutz hebt sämtliche Importbeschränkungen gegen litauische Milchprodukte auf. Diese waren am 7. Oktober 2013 überraschend eingeführt worden. Kritiker hatten auf einen Zusammenhang mit dem Gipfeltreffen der östlichen Partnerschaft in Vilnius Ende November, auf dem ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine unterzeichnet werden sollte.
11.02.2014	Die »Kommission für Monumentalkunst« im Moskauer Stadtparlament lehnt einstimmig und »in Anbetracht der gesellschaftlichen Umstände« die Rückkehr des Dzershinskij-Denkmal auf den Moskauer Ljubjanka-Platz ab. Felix Dzershinskij hatte 1917 die Geheimpolizei »Tscheka« gegründet, die Vorgängerin des KGB und des heutigen FSB.
12.02.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt die russische Regierung in erweiterter Zusammensetzung in seiner Residenz bei Moskau. Im Zentrum stehen rechtliche Rahmenbedingungen zur Entwicklung eines russischen Finanzmarktes und die Umsetzung eines Aktionsplans des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung für 2013 – 2018.
12.02.2014	Das russische Sportministerium gibt bekannt, dass alle russischen Medaillengewinner der Olympischen Winterspiele den Titel »Verdiente Meister des Sports« erhalten. Die Auszeichnung, die 1934 in der Sowjetunion eingeführt wurde, erhält am gleichen Tag die erst 15-jährige Julija Lipnizkaja für ihre Goldmedaille im Eiskunstlauf.
13.02.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Anweisung, die die Adoptionsregelungen erweitert. Demnach wird die Adoption russischer Waisenkinder an gleichgeschlechtliche Partnerschaften auch in Länder untersagt, in denen diese gesetzlich anerkannt ist.
13.02.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt Feldmarschall Abd el-Fattah as-Sisi, Ägyptens Verteidigungsminister und Ersten Stellvertretenden Premierminister in seiner Residenz bei Moskau. Vorher hatten Abd el-Fattah as-Sisi und der ägyptische Außenminister Nabil Fahmi Gespräche mit dem russischen Verteidigungsminister Sergej Schojgu über die russisch-ägyptischen Beziehungen geführt.
13.02.2014	Das Dumakomitee für Verfassungsgesetzgebung und Staatsaufbau lehnt eine parlamentarische Untersuchung der Handlungen des ehemaligen Verteidigungsministers Anatolij Serdjukow ab. Gegen Serdjukow wird wegen Vernachlässigung der Dienstpflichten mit großem Schaden ermittelt.

13.02.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt den Menschenrechtsbeauftragten Wladimir Lukin und seine mögliche Nachfolgerin Ella Pamfilowa. Pamfilowa erklärt sich bereit, Lukin im Amt zu folgen, sollte sie in der Staatsduma hierzu gewählt werden. Putin wünscht sich Zusammenarbeit und einen kritischen Blick auf die Aktivitäten der Staatsmacht.
13.02.2014	Dmitrij Kiseljow, Vorsitzender der Informationsagentur »Russland Heute«, erhält den Orden »Für Verdienste um das Vaterland« IV. Ranges.
14.02.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter Lesung ein Gesetz, dass für die Wahlen zur Staatsduma wieder ein System einführt, das Mehrheits- und Verhältniswahl verbindet. Zur nächsten Dumawahl wird die Hälfte der Abgeordneten als Direktkandidaten gewählt, die bisher reine Verhältniswahl über Parteilisten wird abgeschwächt. Die 5%-Hürde bleibt bestehen.
14.02.2014	Der russische Rechnungshof stellt bei einer Überprüfung des ersten Bauabschnitts der in Bau befindlichen Schnellstraße Moskau–St. Peterburg Mehrkosten von 6,6 Mrd. Rubel (ca. 135 Mio. €) für 76 Kilometer der Trasse fest.
15.02.2014	Präsident Wladimir Putin besucht das Gruppenspiel der russischen gegen die amerikanische Eishockeymannschaft bei den Olympischen Spielen in Sotschi. Die Russen unterliegen mit 2:3.
17.02.2014	Die Verfahren gegen drei Verdächtige im »Bolotnaja-Fall« werden im Rahmen des Amnestie-Gesetzes eingestellt. Die drei standen zum Teil monatelang unter Hausarrest. Weiterhin werden die Verfahren gegen vier Verdächtige der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Birjuljowo Mitte Oktober 2013 eingestellt.
18.02.2014	Präsident Wladimir Putin entlässt Generalmajor der Justiz Jurij Aleksejew, den Stellvertretenden Innenminister und Leiter der Strafverfolgungsabteilung des Innenministeriums.
18.02.2014	Präsident Wladimir Putin ernennt per Erlass 40 neue Mitglieder der Gesellschaftskammer der Russischen Föderation.
18.02.2014	Im Moskauer Stadtgericht wird das Strafverfahren gegen Sergej Udaltow, Vorsitzender der »Linken Front«, und Leonid Raswosshaew, Aktivist der »Linken Front« eröffnet. Die beiden werden wegen Organisation von Massenunruhen, unter anderem am 6. Mai 2012 auf dem Bolotnaja Platz angeklagt. Beide lehnen die Anklage als absurd ab.
19.02.2014	Der Wechselkurs Rubel–Euro übersteigt erstmals in der Geschichte den Wert von 49:1.
19.02.2014	Das russische Außenministerium verurteilt die Zusammenstöße im Zentrum Kiews, bei denen 28 Personen getötet und mehr als 600 verletzt wurden, und bezeichnet sie als Folge der verbrecherischen Tätigkeit radikaler Oppositionskräfte, die versuchen, gewaltsam die Macht zu übernehmen. Es ruft die Anführer des »Platzes« (Maidan) zu einem Ende des Blutvergießens und einem Dialog mit der legitimen Staatsmacht ohne Drohungen oder irgendein Ultimatum auf. Das Außenministerium erklärt, Russland werde all seinen Einfluss geltend machen, damit in dem befreundeten

	Bruderstaat und strategischen Partner wieder Frieden und Ruhe hergestellt werden.
19.02.2014	Präsident Wladimir Putin ernennt per Erlass Alexander Solowjow kommissarisch zum Nachfolger von Alexander Wolkow, dem Oberhaupt der Republik Udmurtien, dessen Amtszeit beendet ist.
20.02.2014	Präsident Wladimir Putin entsendet den russischen Menschenrechtsbeauftragten Wladimir Lukin zu den Vermittlungsgesprächen zwischen EU-Außenministern, dem ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowytsch und der Opposition nach Kiew.
20.02.2014	Präsident Putin lädt Veteranen, aktuelle Würdenträger und zivile Angestellte der russischen Streitkräfte zu einem feierlichen Abend zu Ehren des »Tags der Vaterlandverteidiger« (23. Februar) in den Kreml. Putin lobt den Militärdienst als historischen Grundpfeiler russischer Staatlichkeit.
21.02.2014	Präsident Wladimir Putin beruft kurzfristig eine Sitzung des russischen Sicherheitsrates und seiner ständigen Mitglieder zur Situation in der Ukraine ein.
21.02.2014	Der russische Finanzminister Anton Siluanow teil mit, dass Russland die zugesagten Finanztranchen an die Ukraine in Höhe von 2 Mrd. USD auf Grund der innenpolitischen Lage einfriert.
21.02.2014	Das russische Luftfahrtunternehmen »Aeroflot« wird ab April wieder eine tägliche Verbindung zwischen Moskau und Tiflis (Georgien) aufnehmen.
21.02.2014	Ein Moskauer Stadtgericht verurteilt acht Angeklagte im »Bolotnaja-Fall« zu Haftstrafen von zwei bis vier Jahren. In einem Fall wird die Strafe zur Bewährung ausgesetzt. Vor dem Gericht kommt es zu Solidaritätskundgebungen. Ca. 200 Personen werden festgenommen.
21.02.2014	Die russische Regierung verdoppelt die Quote der ausländischen Studierenden an russischen Hochschulen zum kommenden Studienjahr auf 15.000 Studenten pro Jahr.
22.02.2014	Präsident Putin unterzeichnet ein Gesetz, dass Personen, die zu schweren und besonders schweren Verbrechen verurteilt wurden, verbietet, innerhalb von 10 bzw. 15 Jahren nach Beendigung der Haft für das Amt des Gouverneurs bzw. des Präsidenten zu kandidieren. Die Vorstrafen von Kandidaten, die wegen leichter Vergehen verurteilt wurden, müssen auf dem Wahlschein angeführt werden, auch wenn sie aufgehoben oder verjährt sind.
22.02.2014	Präsident Wladimir Putin ernennt per Erlass Igor Koschin zum kommissarischen Nachfolger von Igor Fjodorow, dem Oberhaupt im Autonomen Bezirk der Jamal-Nenzen, dessen Amtszeit ausläuft. Koschin war bisher Senator des Bezirks im Föderationsrat.
23.02.2014	Bei einer Gasexplosion in einem Einkaufszentrum in Bijski (Region Altaj) kommen vier Personen ums Leben.
23.02.2014	Die 22. Olympischen Winterspiele in Sotschi werden mit einer feierlichen Abschlusszeremonie beendet. Am Ende der Spiele steht Russland im

	Medaillenspiegel an erster Stelle.
24.02.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt im Kongresszentrum der Olympischen Winterspiele in Sotschi alle russischen Medaillengewinner und überreicht ihnen staatliche Auszeichnungen.
24.02.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt sieben Angeklagte im »Bolotnaja Fall« zu Haftstrafen zwischen 2,5 Jahren und vier Jahren. Eine Angeklagte erhält eine Bewährungsstrafe von drei Jahren und drei Monaten. Die Moskauer Polizei nimmt im Laufe des Tages 420 Personen bei Solidaritätsbekundungen fest, darunter Alexej Nawalnyj. In St. Petersburg versammeln sich ca. 200 Personen, 60 werden festgenommen.
25.02.2014	Leonid Sluzkij, Vorsitzender des Ausschusses für GUS-Angelegenheiten in der Staatsduma, erklärt bei einem Treffen mit Vertretern von gesellschaftlichen und politischen Vereinigungen in Simferopol (Krim) die Bereitschaft der Staatsduma, einen Antrag der Krim zum Beitritt zu Russland zu behandeln. Russland erachte Janukowytsch weiterhin als legitimen Präsidenten der Ukraine und stelle die jüngsten Entscheidungen des ukrainischen Parlaments in Frage. Wladimir Shirinowskij, Vorsitzender der nationalistischen »Liberaldemokratischen Partei Russlands« fordert derweil eine vereinfachte Vergabe der russischen Staatsbürgerschaft an ethnische Russen und Ukrainer. Eine Delegation des russischen Föderationsrates bricht zu einer einwöchigen Dienstreise in die Ukraine auf.
25.02.2014	Präsident Wladimir Putin beruft erneut ein außerplanmäßiges Treffen der ständigen Vertreter des russischen Sicherheitsrates zur Lage in der Ukraine ein.
25.02.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt Alexej Nawalnyj zu sieben Tagen, den Vorsitzenden der »Volksallianz« in Moskau Nikolaj Ljaskin sowie Ilja Jaschin, Boris Nemzow und Nadeshda Mitjuschkina, alle »Solidarnost«, zu zehn Tagen Haft wegen Nichtbefolgung von Polizeianweisungen.
25.02.2014	Die Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass beim Bau des Kosmodroms »Wostotschnyj« (Region Amur) mehr als 800 Verstöße festgestellt wurden. 70 % der Unregelmäßigkeiten sind Vergehen gegen die Arbeitsgesetze, darunter ausstehende Lohnzahlungen. Vize-Premier Dmitrij Rogosin hatte noch am Vortag erklärt, der Bau des Kosmodroms habe hohe Priorität.
26.02.2014	Präsident Wladimir Putin befiehlt eine überraschende Überprüfung der Kampfbereitschaft der Streitkräfte im westlichen und zentralen Militärbezirk, die bis zum 3. März dauern soll. Verteidigungsminister Sergej Schojgu erklärt, dass die Übung nicht mit der Situation in der Ukraine zusammen hänge.
26.02.2014	Präsident Wladimir Putin ernennt per Erlass Wadim Potomskij zum kommissarischen Nachfolger von Alexander Koslow, dem Oberhaupt im Gebiet Orjol, dessen Amtszeit ausläuft.
26.02.2014	Die Vorsitzende des russischen Föderationsrats Valentina Matwienko erklärt, dass Viktor Janukowytsch weiterhin legitimer Präsident der Ukraine sei, da das Oberste Gericht des Landes die Amtsenthebung noch nicht bestätigt habe. Im Komitee für

	internationale Fragen des Föderationsrates wird eine Kommission zur Beobachtung der Lage in der Ukraine eingerichtet.
26.02.2014	»Gazprom« und das griechische Gasunternehmen DEPA unterzeichnen im Rahmen eines Staatsvertrags ein Abkommen, dass eine Reduzierung des griechischen Gaspreises um 15 % rückwirkend ab dem 1. Juli 2013 und bis 2016 vorsieht.
26.02.2014	Michael McFaul, US-Botschafter in Moskau, übergibt seine Amtsgeschäfte an seine Stellvertreterin Sheila Gwaltney.
26.02.2014	Die russische Staatsduma lehnt einen Antrag der Kommunistischen Partei ab, in dem die Durchführung einer parlamentarischen Untersuchung der Tätigkeiten von Ex-Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow gefordert wurde.
27.02.2014	Alexander Bastrykin, Vorsitzender des Strafverfolgungskomitees, gibt auf einer erweiterten Sitzung der Behörde bekannt, dass die im Jahr 2013 vor Gericht gebrachten Korruptionsfälle einen Schaden in Höhe von 13 Mrd. Rubel (ca. 264 Mio. €) angerichtet haben. 2013 seien 31 Terroranschläge und 661 Verbrechen terroristischen Charakters in Russland verübt worden.
27.02.2014	Der Menschenrechtsrat beim russischen Präsidenten sendet Andrej Jurow als Vertreter nach Sewastopol (Krim) um die Entwicklungen vor Ort zu beobachten. Am Vorabend waren dort bei Zusammenstößen zwischen oppositionellen und russlandfreundlichen Gruppierungen vor dem Gebietsparlament zwei Personen ums Leben gekommen, 30 weitere wurden zum Teil schwer verletzt. Pro-Russische Abgeordnete im Parlament wollten eine Abstimmung über ein Referendum zur Angliederung der Krim an Russland initiieren. NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen ruft Russland dazu auf, keine Schritte zu ergreifen, die zu einer Eskalation der Situation auf der Krim führen könnten.
27.02.2014	Kampfflugzeuge der russischen Streitkräfte des Westlichen Militärbezirks fliegen kontinuierlich Patrouillen im Luftraum der Grenzregionen. Grundlage ist die von Präsident Putin am Vortag überraschend angeordnete Überprüfung der Kampfbereitschaft.
27.02.2014	Viktor Janukowytsch, seiner Amtsvollmachten enthobener Präsident der Ukraine, bittet den russischen Staat, für seine persönliche Sicherheit zu sorgen. Einer anonymen Quelle zufolge »wurde der Bitte auf russischem Staatsgebiet entsprochen«. Janukowytsch sieht sich weiterhin als rechtmäßiges Staatsoberhaupt und bezeichnet die Entscheidungen der Rada als illegitim.
28.02.2014	Der ukrainische Innenminister Arsen Awako beschuldigt Russland einer bewaffneten Invasion und bittet die USA und Großbritannien, die Souveränität der Ukraine zu garantieren. Interimspräsident Alexander Turtschynow ruft eine Sondersitzung des ukrainischen Sicherheitsrates ein. Bewaffnete Einheiten ohne Erkennungszeichen haben die Flughäfen »Simferopol« und Belbek auf der Krim blockiert. Der ukrainische Telefonkonzern »Ukrtelekom« teilt mit, dass die Telefonverbindung zwischen dem Festland und der Krim wegen Beschädigung des optischen Faserkabels unterbrochen sei.

28.02.2014	Der ukrainische Ex-Präsident Viktor Janukowytsch gibt im russischen Rostow am Don eine Pressekonferenz.
28.02.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht wandelt das Reiseverbot gegen Alexej Nawalnyj in einen Hausarrest um, der bis zum 28. April gilt. Die Verwendung sämtlicher Kommunikationsmittel, darunter des Internet, wird ihm untersagt. Das russische Justizministerium registriert am gleichen Tag Nawalnyjs »Partei des Fortschritts« (Partija Progressa).
28.02.2014	Das Moskauer Stadtgericht bestätigt die Verlängerung des Hausarrestes gegen Sergej Udaltow, des Vorsitzenden der »Linken Front«, sowie die Verlängerung der Untersuchungshaft gegen Leonid Raswosshajew bis zum 10. Juni. Das Gericht lehnt einen Einspruch von Boris Nemzow (RPR-PARNAS) gegen seine Administrativhaft von 10 Tagen ab.
März	
01.03.2014	Die Ständige Vertreterin der USA bei den Vereinten Nationen Samantha Power erklärt, dass die USA eine Vermittlermission auf der Krim für notwendig halten. Witalij Tschurkin, Ständiger Vertreter Russlands bei der UN, erklärt, dass Russland gegen eine »aufgezwungene Vermittlermission« auf der Krim sei.
01.03.2014	Sergej Aksjonow, Ministerpräsident der Krim, unterstellt sämtliche Sicherheitsstrukturen der autonomen Republik seiner Kommandogewalt, darunter die »Berkut«-Einheit, die im Rest der Ukraine aufgelöst wurde. Aksjonow bittet zudem Russlands Präsident Wladimir Putin, Beistand bei der Aufrechterhaltung von Frieden und Ruhe auf dem Gebiet der autonomen Republik zu leisten.
01.03.2014	Das Außenministerium Russlands äußert in einer Erklärung seine große Sorge über die jüngsten Ereignisse auf der Krim. »Unbekannte Bewaffnete aus Kiew haben den Versuch unternommen, das Gebäude des Innenministeriums der autonomen Republik Krim einzunehmen. In Folge der heimtückischen Provokation hat es Verletzte gegeben. Dank des entschiedenen Vorgehens der Selbstverteidigungstruppen konnte der Versuch einer Besetzung des Ministerium verhindert werden.«
01.03.2014	Das Moskauer Stadtgericht bestätigt die administrative Haftstrafe von 10 Tagen gegen Ilja Jaschin (Solidarnost) wegen Teilnahme an einer nicht genehmigten Protestaktion.
01.03.2014	Der Vorsitzende der russischen Staatsduma Sergej Naryschkin teilt mit, dass die Dumaabgeordneten Präsident Wladimir Putin auffordern, »Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage auf der Krim zu ergreifen und alle möglichen Mittel einzusetzen, um die Bevölkerung der Krim vor Willkur und Gewalt zu schützen«.
01.03.2014	Präsident Wladimir Putin ersucht den Föderationsrat, den Einsatz russischer Streitkräfte auf dem Territorium der Ukraine bis zur Normalisierung der gesellschaftlichen und politischen Situation in diesem Land zu genehmigen. Der Föderationsrat stimmt dem Antrag einmütig zu.

02.03.2014	US-Präsident Barack Obama äußert bei einem Telefongespräch mit Präsident Wladimir Putin seine Sorge über einen möglichen Einsatz russischer Streitkräfte in der Ukraine. Putin betont die reale Gefahr für Leib und Leben russischer Staatsbürger und Landsleute in der Ukraine. Russland behalte sich das Recht vor, seine Interessen und die der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine zu schützen.
02.03.2014	Im Moskauer Stadtzentrum nehmen offiziellen Angaben zufolge 20.000 Personen an einer Demonstration »gegen die Provokateure, die in Kiew die Macht ergriffen haben« und zur Unterstützung der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine teil. In St. Petersburg nehmen rund 1.000 Personen unter der Losung »Der Ukraine zur Hilfe« an einer Versammlung teil, die von der Regierungspartei »Einiges Russland« mitorganisiert wurde. Auch in Krasnodar wird eine Versammlung abgehalten.
02.03.2014	In Moskau demonstrieren rund 500 Personen auf dem Manegenplatz gegen einen Einmarsch auf der Krim. Etwa 200 Personen werden festgenommen. Mehr als 100 Kriegsgegner werden bei Mahnwachen vor dem Verteidigungsministerium festgenommen. Auch in St. Petersburg kommt es zu Antikriegsdemonstrationen und Verhaftungen.
02.03.2014	Patriarch Kirill wendet sich in einer Ansprache an das »ukrainische Kirchenvolk und den Metropoliten Onufrij«: »Eine weitere Polarisierung der Gesellschaft, eine Zunahme von Gewalt gegen friedliche Staatsbürger darf nicht zugelassen werden. Es ist notwendig, der gesamten Bevölkerung ihre Rechte und Freiheiten zu garantieren, darunter ihr Recht, auch an der Verabschiedung von schicksalhaften Entscheidungen teilzunehmen.«
02.03.2014	Die Botschafter Kanadas, Lettlands und Tschechiens werden aus Russland abgezogen.
02.03.2014	Anders Fogh Rasmussen, Generalsekretär der NATO, gibt nach einer Sondersitzung der Allianz in Brüssel bekannt, dass die NATO die territoriale Integrität der Ukraine unterstützen wird und beabsichtigt, mit Russland im NATO-Russland-Rat Verhandlungen zu führen. Die NATO ruft alle Seiten zu einer Deeskalation des Konfliktes auf.
03.03.2014	Zur Eröffnung der Moskauer Börse stürzt der Rubel erneut deutlich ab und fällt auf ein neues historisches Tief von 1:36,46 US-Dollar und 1:50,5 Euro. Der Aktienindex fällt zum Start des Handelstages um 3,92–4,28 %.
03.03.2014	Die Partner Russlands in der G8 stellen ihre Vorbereitungen zur Teilnahme am G8 Gipfel im Juni in Sotschi ein und rufen Russland dazu auf, in direkte Verhandlungen mit Kiew zu treten.
03.03.2014	In Belgorod, Brjansk, Nowotscherkassk und Irkutsk finden Demonstrationen unter den Losungen » Wir lassen die Unsrigen nicht fallen«, »Für das Brudervolk Ukraine«, »Ehre der ›Berkut‹«, »Der Faschismus kommt nicht durch« und »Putin – wir sind mit dir« statt.
03.03.2014	Das russische Strafverfolgungskomitee eröffnet gegen Dmitrij Jarosch, den

	Anführer des ukrainischen »Rechten Sektors«, ein Strafverfahren wegen öffentlicher Aufrufe zu Terror und Extremismus und fordert dessen Auslieferung. Jarosch habe »antirussische Kräfte öffentlich zu extremistischen Handlungen und Terror auf russischem Staatsgebiet aufgerufen«.
03.03.2014	Alexej Wenediktow wird von den Angestellten des kritischen Radiosenders »Echo Moskvj« als Chefredakteur wiedergewählt. Der Radiosender gehört zu »Gazprom-Media«.
03.03.2014	Greenpeace fordert die Rückgabe ihres Schiffes »Arctic-Sunrise«. Dieses war nach einer Demonstration vor einer Ölbohrplattform in der Petschorasee im September 2013 beschlagnahmt worden.
03.03.2014	Präsident Wladimir Putin einigt sich telephonisch mit seinen Amtskollegen Nursultan Nasarbajew (Kasachstan) und Alexander Lukaschenko (Belarus) auf eine gemeinsame Erklärung, in der die Mitgliedsstaaten des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrates ihre Besorgnis über die Zuspitzung der Lage in der Ukraine ausdrücken.
04.03.2014	Vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Ukraine stellt die USA Handels- und Investitionsverhandlungen mit Russland ein. Das Pentagon unterbricht zudem die Zusammenarbeit mit den russischen Streitkräften.
04.03.2014	Präsident Wladimir Putin und Verteidigungsminister Sergej Schojgu ordnen an, dass die Streitkräfte des Westlichen und Zentralen Militärbezirks nach Ende der außerplanmäßigen Militärübungen am 7. März in ihre Kasernen zurückkehren.
04.03.2014	In Woronesh, Kostroma und Irkutsk finden Demonstrationen zur Unterstützung der russischsprachigen Landsleute in der Ukraine statt.
04.03.2014	Das oppositionelle »Komitee für Protestaktionen« beantragt eine Antikriegsdemonstration am 15. März im Zentrum Moskaus für 50.000 Teilnehmern.
04.03.2014	Der »Gazprom«-Chef Alexej Miller teilt bei einem Treffen mit Ministerpräsident Dmitrij Medwedew mit, dass die Reduzierung des Gaspreises (von \$410 auf \$268,5/Tsd. m ³), die Mitte Dezember mit dem ehemaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowytsch vereinbart wurde, ab April wieder ausgesetzt wird.
04.03.2014	Natalja Sindejewa, Generaldirektorin des kritischen TV-Senders »TV-Doshd« erklärt, dass der Sender aus finanziellen Gründen in einem Monat schließen muss.
04.03.2014	Präsident Wladimir Putin gibt eine Pressekonferenz zur Situation in der Ukraine und auf der Krim. Putin erklärt, Janukowytsch sei weiterhin legitimer Präsident der Ukraine, habe jedoch keine politische Zukunft mehr. Den Machtwechsel in der Ukraine bezeichnet Putin als »verfassungsfeindlichen Umsturz und bewaffnete Machtübernahme«. Die Zukunft der Krim sei Sache ihrer Bewohner, Russland werde die Situation nicht anheizen. Russland setze dort keine Soldaten ein.
04.03.2014	Das russische Verteidigungsministerium meldet den erfolgreichen Start der Interkontinentalrakete RS-12M »Topol« vom Truppenübungsplatz »Kapustin Jar«

	im Gebiet Astrachan.
05.03.2014	Der Premierminister Kanadas Steven Harper gibt bekannt, dass Kanada die militärische Zusammenarbeit mit Russland einstelle.
05.03.2014	Die Vorsitzenden von mehr als 40 russischen Medienunternehmen bitten Präsident Wladimir Putin in einem offenen Brief, die deutliche Erhöhung der Postgebühren (ab Juli um das zwei- bis dreifache) für die Zustellung von Printmedien abzuwenden und die Subventionen für die Zustellung von Abonnements an die russische Post aufrecht zu erhalten.
05.03.2014	Der russische Transportminister Maxim Sokolow schätzt die Kosten des von Medwedew zwei Tage zuvor beauftragen Baus der Brücke über die Straße von Kertsch (als Verbindung zwischen Russland und der Krim) auf mindestens 50 Mrd. Rubel (aktuell rund 1 Mrd. €) und einer Bauzeit von mindestens dreieinhalb Jahre. Medwedew hatte 3 Mrd. US-Dollar zugesagt.
05.03.2014	Rustam Minnichanow, Oberhaupt der Republik Tatarstan, unterzeichnet bei einem Treffen mit Sergej Aksjonow, dem Vorsitzenden des Ministerrats der autonomen Republik Krim, eine Vereinbarung zur wirtschaftlichen und humanitären Zusammenarbeit zwischen Tatarstan und der Krim.
06.03.2014	Rustam Temirgaliev, Stellvertretender Ministerpräsident der Autonomen Republik Krim, gibt bekannt, dass das Referendum über den Status der Krim auf den 16. März vorverlegt wird. Die Bewohner der Krim haben die Auswahl zwischen 1. einer Angliederung der Krim an Russland als Föderationssubjekt und 2. der Wiederherstellung der Verfassung von 1992, die der Krim weitere Autonomierechte gewährt. Der Oberste Sowjet der Republik Krim spricht sich für einen Beitritt zu Russland als Föderationssubjekt aus und bittet Präsident Putin und die Föderalversammlung, das Beitrittsverfahren aufzunehmen.
06.03.2014	Sitzung des russischen Sicherheitsrates. Im Zentrum stehen die Entwicklungen in der Ukraine sowie die Entscheidung des Obersten Sowjets der Krim für einen Beitritt der Krim zu Russland als Föderationssubjekt.
06.03.2014	Mehrere Hundert Menschen kommen in Jekaterinburg zu einer »Volksversammlung ›Für das Brudervolk!« zusammen. Als Organisator tritt die Gesellschaftskammer im Gebiet Swerdlowsk auf. Sichtbare Teilnehmer sind Kosaken und Vertreter von Parteien und gesellschaftlicher Organisationen.
06.03.2014	Das russische Justizministerium untersagt der NGO »Für die Menschenrechte« (Lew Ponomarjow) jegliche Tätigkeit und erklärt, dass diese sechs Monate Zeit habe, die beanstandeten Mängel insbesondere in der Satzung zu beheben.
06.03.2014	Die EU beschliesst, die Verhandlungen mit Russland über ein Wirtschaftsabkommen und Visaerleichterungen auszusetzen. Strengere Sanktionen würden folgen, sollte Russland die Krise verschärfen. Wladimir Tschishow, ständiger Vertreter Russland bei der EU, reagiert auf die Ergebnisse des EU-Sondergipfels zur Situation in der Ukraine: Wenn irgendjemand glaube, mit solchen Gruselgeschichten könne man Russland erschrecken, dann irre er sich gewaltig.

06.– 07.03.2014	Der Sprecher des UN-Sicherheitsrates erklärt, dass dieser das Referendum auf der Krim für rechtswidrig ansehe.
07.03.2014	Das Weiße Haus in Washington verhängt Visa-Sanktionen gegen russische Beamte, die »eine Gefahr für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine« geschaffen haben.
07.03.2014	Präsident Wladimir Putin entlässt Alexej Gordejew, dem Gouverneur des Gebiets Woronesh, mit dem Auslaufen seiner Amtszeit, ernennt ihn aber zum Interimgouverneur des Gebietes.
07.03.2014	Es kommt zu Hackerangriffen auf russische Medieninstitutionen. Die Internetseite der »Rossijskaja Gaseta« wird über mehrere Stunden hinweg lahm gelegt. Parallel dazu werden die Internetseiten der kritischen Zeitschriften »Russkij Reporter« und »Ekspert« durch DDoS-Angriffe blockiert.
07.03.2014	Sergej Naryschkin, Vorsitzender der russischen Staatsduma, empfängt Wladimir Konstantinow, den Vorsitzenden des Obersten Sowjets der autonomen Republik Krim in der Staatsduma. An dem Treffen nehmen zudem die Fraktionsvorsitzenden oder deren Stellvertreter aller Duma-Parteien sowie der Vorsitzende des Duma-Ausschusses für GUS-Angelegenheiten teil. Konstantinow erklärt, dass die Staatsmacht der Krim internationale Wahlbeobachter zum Referendum am 16. März einlädt, insbesondere aus Russland.
07.03.2014	Die Moskauer Polizei teilt mit, dass mehr als 65.000 Personen an einer Versammlung zur Unterstützung der Bewohner auf der Krim im Moskauer Stadtzentrum teilnehmen. Auf der Versammlung sind Flaggen von »Einiges Russland«, ihrer Jugendorganisationen, Hochschulen, und mehrerer staatsnaher Verbände zu sehen.
07.03.2014	Die russische Regierung vereinfacht die Vergabe der russischen Staatsbürgerschaft an Ausländer, wenn diese die russische Sprache regulär im kulturellen, gesellschaftlichen und familiären Umfeld verwenden, deren Vorfahren oder sie selbst auf dem Gebiet Russlands, der Sowjetunion oder des Russischen Reiches gelebt haben, sowie bereit sind, ihre bisherige Staatsbürgerschaft abzugeben bzw. die staatenlos sind.
07.03.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt Alexej Nawalnyj zu einer Geldstrafe von 10.000 Rubel (ca. 200 €). Nawalnyj habe bei Protesten gegen das Urteil im »Bolotnaja-Verfahren« gegen die Versammlungsordnung verstoßen.
07.03.2014	In Sotschi findet die Eröffnungszereemonie der XI. Paralympischen Winterspiele statt. Im Anschluss werden die Spiele, die bis zum 16. März andauern, offiziell eröffnet.
08.03.2014	Grigorij Karasin, Stellvertretender Außenminister, trifft mit Wladimir Jeltschenko, dem ukrainischen Botschafter in Russland, zusammen, um über die bilateralen Beziehungen zu sprechen.
08.03.2014	Dmitrij Rogosin, Vize-Ministerpräsident und Beauftragter für den Militär-Industriellen Komplex erklärt, dass nach den »offenen Drohungen der USA und der NATO hoffentlich niemand mehr an der Notwendigkeit einer schnellstmöglichen

	Neubewaffnung unserer Armee und Flotte sowie der Wiederbelebung der heimischen Rüstungsindustrie und Militärforschung zweifelt würde.«
09.03.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht in Telefonaten mit dem britischen Premierminister David Cameron und mit Bundeskanzlerin Angela Merkel die Situation in der Ukraine und das Referendum auf der Krim.
10.03.2014	In Wologda versammeln sich ca. 5.500 Personen um ihre Solidarität mit der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine und der Krim sowie mit der Politik Russlands auszudrücken
10.03.2014	Außenminister Sergej Lawrow teilt mit, dass US-Außenminister John Kerry seine für diesen Tag geplante Moskau-Visite verschoben hat.
10.03.2014	Der Oberste Sowjet der autonomen Republik Krim überträgt die Vollmachten des Oberkommandeurs der Streitkräfte der Republik auf Ministerpräsident Sergej Aksjonow. Aksjonow teilt im Anschluss mit, dass die Nationalisierung der Ukrainischen Kriegsflotte auf der Krim und von »TschernomorNefegas« (ukrainischer Staatskonzern zur Erkundung, Förderung, Transport und Lagerung von Öl und Gas im ukrainischen Schwarzmeersektor) und weitere Staatsobjekte zur Bodennutzung geplant sei.
10.03.2014	Die fünfte Sitzung, die der UN-Sicherheitsrat in den letzten zehn Tagen zur Situation in der Ukraine durchführt, endet abermals ergebnislos.
11.03.2014	In Russland tritt ein Erlass des Dienstes zur Regulierung des Alkoholmarktes in Kraft, wonach der Mindestpreis für einen halben Liter Wodka von 170 auf 199 Rubel und ab dem 1. August auf 220 Rubel (3,36 – 3,39 – 4,34 €) angehoben wird. Der Mindestpreis für 0,5 Liter Kognak steigt zum 11. März von 293 auf 322 Rubel (von 5,77 auf 6,36 €).
11.03.2014	Das Moskauer Bürgermeisteramt übernimmt die Wochenzeitung »Argumenty i fakty«. Die Zeitung hatte rote Zahlen geschrieben und geht nun samt Schuldenberg und Immobilien in die Hände der Stadtverwaltung über.
11.03.2014	Mehr als 250 russische Kulturschaffende unterzeichnen eine Erklärung zur Unterstützung von Präsident Wladimir Putin und seiner Politik gegenüber der Ukraine und der Krim. Die Erklärung wird auf der Internetseite des Kulturministeriums < http://mkrf.ru > und in sozialen Netzwerken veröffentlicht.
11.03.2014	Der ukrainische Ex-Präsident Viktor Janukowytsch gibt im russischen Rostow am Don eine Erklärung ab. Demnach versteht er sich als der legitime Präsident und Oberbefehlshaber des Landes. Die neue Regierung bezeichnet er als Ultrationalisten und Profaschisten.
11.03.2014	Der Oberste Sowjet der autonomen Republik Krim verabschiedet eine Unabhängigkeitserklärung als juristische Basis für einen Beitritt zu Russland.
12.03.2014	Der Schweizer Bundespräsident Didier Burkhalter veröffentlicht in seiner Funktion als derzeitiger Vorsitzender der OSZE eine Erklärung, in der das für den 16. März angesetzte Referendum auf der Krim für illegitim erklärt wird. Präsident Wladimir

	Putin telefoniert am Abend mit Burkhalter und lotet Vermittlungsoptionen der OSZE zur Regulierung der Krise aus.
12.03.2014	Alexander Mamut, Besitzer des Medienunternehmens »Afischa-Rambler-SUP« entlässt die Chefredakteurin des Online-Nachrichtenportals »Lenta.ru«, Galina Timtschenko. »Lenta.ru« war vom »Russischen Dienst zur Aufsicht der Massenmedien« wegen einer Publikation über den ukrainischen »Rechten Sektor« (»Wir sind keine bewaffneten Kräfte«) verwarnt worden. Als Nachfolger wird Alexej Goreslawskij ernannt, der zuvor stellvertretender Generaldirektor von Mamuts Medienholding war.
13.03.2014	Die Pressestelle des russischen Verteidigungsministeriums gibt bekannt, dass auf Truppenübungsplätzen im Südwesten Russlands, in den Gebieten Rostow, Belgorod, Tambow und Kursk Mobilisierungs- und anschließende Gefechtsübungen durchgeführt werden.
13.03.2014	Die Moskauer Stadtverwaltung genehmigt einen »Friedensmarsch« mit 50.000 Teilnehmern am 15. März .
13.03.2014	Die Internetseite des russischen »Ersten Kanals« wird durch einen Hacker-Angriff blockiert.
13.03.2014	Die OECD gibt bekannt, dass sie den Beitrittsprozess mit Russland auf die Bitte mehrerer Mitgliedsstaaten hin gestoppt hat.
13.03.2014	Präsident Wladimir Putin beruft kurzfristige eine Sitzung des russischen Sicherheitsrates ein. Im Zentrum steht die Situation in der Ukraine sowie die Zusammenarbeit mit den Ländern Mittelamerikas und der Karibik.
13.03.2014	Das belorussische Verteidigungsministerium gibt bekannt, dass Russland sechs Kampfflugzeuge vom Typ Su-27 und drei Transportflugzeuge des westlichen Militärbezirks auf dem belorussischen Militärflughafen Babrujsk stationiert hat. Diese nehmen an gemeinsamen Übungen für ein einheitliches regionales Luftabwehrsystem teil.
13.03.2014	Die Internetseite des russischen staatlichen TV-Senders »Erster Kanal« wird durch Hacker-Angriffe blockiert.
13.03.2014	Auf einer außerordentlichen Aktionärsversammlung des Medienunternehmens »Afischa-Rambler-SUP« wird Andrej Solomennik, Finanzdirektor und Generaldirektor der Unternehmensprojekte, zum neuen Generaldirektor des Nachrichtenportals »Lenta.ru« gewählt. Seine Vorgängerin Julia Minder wird entlassen. Am Vortag hatte der Besitzer der Medienholding, Alexander Mamut, Galina Timtschenko, seit 2004 Chefredakteurin von Lenta.ru, entlassen und Alexej Goreslawskij zu ihrem Nachfolger ernannt. Nach der ersten Redaktionssitzung mit Goreslawskij kündigt 39 Mitarbeiter.
13.03.2014	Der Russische Dienst zur Aufsicht über die Massenmedien »Roskomnadsor« setzt auf Anordnung der Generalstaatsanwaltschaft eine Reihe von Internetseiten auf den Index, da dort zu rechtswidrigen Handlungen und zur Teilnahme an Massenaktionen unter Verletzung geltender Gesetze aufgerufen werde. Betroffen sind die

	<p>Informationsplattform »Grani.ru«, die Seite des Schachweltmeisters und Oppositionspolitikers Garry Kasparow »Kasparov.ru« sowie das Plattform »Eshednewnyj Shurnal« (ej.ru). Einer weiteren Anordnung der Staatsanwaltschaft zufolge soll der Blogs des Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj bei »Livejournal« und auf der Webseite des Radiosenders »Echo Moskvyy« gesperrt werden.</p>
14.03.2014	<p>Russland stellt seine Lebensmittelimporte über die litauische Hafenstadt Kleipeda (Memel) ein.</p>
14.03.2014	<p>Mehrere russische Künstler, darunter Boris Akunin, Ljudmila Ulizkaja und Dmitrij Bykow rufen zur Durchführung eines Kongresses der Intelligencija »Gegen Krieg, gegen eine Selbstisolierung Russlands, gegen eine Restauration des Totalitarismus« auf. Sie kritisieren zudem den Unterstützungs-Aufruf russischer Kulturschaffender für die Position der Regierung zur Krim und zur Lage der Ukraine.</p>
14.03.2014	<p>»Livejournal« schränkt den Zugriff auf den Blog des Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj (<http://navalny.livejournal.ru>) ein. Der Blog bleibt unter der .com-Domain erreichbar. Die Seite des Radiosenders »Echo-Moskvyy« wird nach Sperrung von Nawalnyjs Blog auf deren Seiten wieder vom »Roskomnadzor«-Index genommen.</p>
14.03.2014	<p>Das russische Strafverfolgungskomitee eröffnet ein Strafverfahren gegen Oleg Tjanybok, den Vorsitzenden der Ukrainischen Partei »Swoboda« (Freiheit) sowie gegen mehrere Mitglieder der »Ukrainischen Nationalversammlung – Ukrainische Nationale Selbstverteidigung « (UNA-UNSO). Den Angeklagten wird die Bildung einer bewaffneten Bande vorgeworfen.</p>
14.03.2014	<p>Ministerpräsident Dmitrij Medwedew ernennt Sergej Pospelow zum neuen Leiter der Föderalen Agentur für Jugendangelegenheiten »Rosmolodjosh«. Pospelow (geb. 1980) war seit Juni 2012 Vorsitzender der »Jungen Garde« von »Einiges Russland« in Moskau und ist Mitglied im Generalrat der Regierungspartei.</p>
15.03.2014	<p>Sergej Donskoj, Minister für Naturressourcen und Ökologie, gibt bekannt, dass die UN-Kommission für Festlegung der Grenzen des Kontinentalschelfs ein Gebiet von 52.000 km² im Ochotkischen Meer als Teil des russischen Kontinentalschelfs anerkannt hat.</p>
15.03.2014	<p>Auf dem Moskauer Boulevard-Ring und dem Sacharow-Prospekt findet ein »Friedensmarsch« statt. Auf der Abschlusskundgebung sprechen russische Oppositionsaktivisten und Aktivisten des Kiewer »Euromajdan«. Rund 50.000 Personen nehmen an der Demonstration teil. Staatliche Medien nennen die Aktion »Gegen den Beitritt der Krim zu Russland«, die Moskauer Polizeibehörden zählen 3.000 Teilnehmer.</p>
15.03.2014	<p>In Moskau versammeln sich offiziellen Angaben zufolge 15.000 Personen zu einem Marsch »Zur Unterstützung der Krim und gegen Faschismus«. Die Teilnehmer unterstützen die staatliche russische Politik gegenüber der Ukraine. An einer ähnlichen Versammlung nehmen in Tambow offiziell rund 5.000 Personen teil.</p>
15.03.2014	<p>Das belorussische Verteidigungsministerium gibt die Stationierung eines russischen A-50-Flugzeugs zur Radar-Frühwarnung auf dem Flughafen Baranawitschy bekannt.</p>

15.03.2014	Russland legt im UN-Sicherheitsrat ein Veto gegen eine Resolution ein, in der das Referendum auf der Krim verurteilt wird und die UN-Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, das Ergebnis nicht anzuerkennen. China enthält sich bei der Abstimmung.
16.03.2014	Eine Proton-M-Trägerrakete, die in den Morgenstunden vom Kosmodrom Bajkonur in Kasachstan startete, bringt zwei russische Nachrichtensatelliten der Serie »Ekspress AT« erfolgreich in die Erdumlaufbahn.
16.03.2014	Auf der Krim wird ein Referendum zum Status der ukrainischen Halbinsel durchgeführt. Die Wähler können sich zwischen einem Beitritt der Krim zu Russland und einer Rückkehr zur Verfassung von 1992 entscheiden, die eine weitgehende Autonomie der Krim festgelegt hatte.
16.03.2014	In Sotschi werden die XI. Paralympischen Winterspiele mit einer feierlichen Abschlusszeremonie beendet. Russland gewinnt 80 von 216 Medaillen.
17.03.2014	Im Gumbetowskij-Rayon (Dagestan) wird eine groß angelegte Anti-Terror-Operation durchgeführt, in deren Verlauf zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet werden.
17.03.2014	Auf der Krim wird das offizielle Endergebnis des Referendums vom Vortag bekannt gegeben. Danach haben 96,77 % der Wähler für einen Beitritt der Krim zu Russland gestimmt, 2,51 % für eine Ausweitung der Autonomierechte als Teil der Ukraine und 0,72 % der Stimmzettel sind ungültig. Die Wahlbeteiligung beträgt offiziell 82,71 %. Der Oberste Sowjet der autonomen Republik Krim erklärt die Krim für unabhängig und fordert die UN und alle Staaten auf, die Unabhängigkeit der Krim anzuerkennen. Das Parlament richtet gleichzeitig eine Anfrage an die Russische Föderation, die Republik Krim als Föderationssubjekt aufzunehmen.
17.03.2014	Das Parlament der autonomen Republik Krim erklärt den Russischen Rubel zur offiziellen Währung der unabhängigen Republik. Außerdem werde die Krim ab dem 30. März in die Moskauer Zeitzone übergehen.
17.03.2014	Das Parlament der Krim nationalisiert das Eigentum von »Tschernomorneftegaz« (ukrainischer Staatskonzern zur Erkundung, Förderung, Transport und Lagerung von Öl und Gas im ukrainischen Schwarzmeersektor) auf dem Territorium der Krim, das Gaspipelinennetz von »Ukrtransgas« (ukrainischer Gasnetzbetreiber) auf der Krim sowie ein Umladeterminale für Ölprodukte in Feodosija (FPONP). Diese werden dem Ministerium für Treibstoff und Energie der Republik Krim unterstellt.
17.03.2014	Der Rat der Europäischen Union verabschiedet Sanktionen gegen 21 russische und ukrainische Amtspersonen, die durch ihr Handeln die territoriale Integrität der Ukraine gefährden. US-Präsident Barack Obama unterzeichnet einen Erlass, der gegen hochrangige russische Politiker Visa- und Finanzsanktionen verhängt.
17.03.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass, in dem er die Krim als souveränen und unabhängigen Staat anerkennt und rät die Krim als russisches Föderationssubjekt aufzunehmen.
18.03.2014	Kanada verabschiedet analog zu den USA und zur EU Visa- und Wirtschaftssanktionen gegen Entscheidungsträger in Russland und auf der Krim.

	Zudem werden die militärische Zusammenarbeit und die Tätigkeit der zwischenstaatlichen Wirtschaftskommission eingestellt. Auch Lettland verabschiedet entsprechende Sanktionen.
18.03.2014	Die russische Zentralbank entzieht den Banken »Strojkredit«, »S Bank«, »Russische Agrarbank« und »Migom« die Lizenz.
18.03.2014	Präsident Wladimir Putin entlässt Wasilij Jurtschenko, seit 2010 Gouverneur im Gebiet Nowosibirsk, und ernennt Wladimir Gorodezkij, bis März 13 Jahre lang Bürgermeister von Nowosibirsk, zum kommissarischen Nachfolger.
18.03.2014	Auf der Internetseite des islamischen Widerstands im Nordkaukasus wird der »Märtyrertod von Emir Doku Abu Usman«, Kampfname Doku Umarow, dem selbsternannten Anführer des Kaukasus-Emirats, bekannt gegeben. Scheich Ali Abu Muchammad wird zu dessen Nachfolger benannt.
18.03.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet einstimmig eine Erklärung »Zur Situation auf der Krim«, in der der Wunsch eines Beitritts der Krim zu Russland unterstützt wird. Außerdem verabschiedet sie einstimmig eine Erklärung, in der US-Präsident Barack Obama und die EU aufgefordert werden, die Sanktionen auf alle 353 Abgeordneten auszuweiten.
18.03.2014	Die russische Staatsduma wählt Ella Pamfilowa zur Menschenrechtsbeauftragten der Russischen Föderation. Pamfilowa wird als einzige Kandidatin im geheimen Wahlgang von 344 Abgeordneten unterstützt.
18.03.2014	Die staatliche Informationsagentur ITAR-TASS beschließt auf einer Sitzung des Organisationskomitees zur Vorbereitung des 110. Jubiläums der Agentur einstimmig, den sowjetischen Namen TASS (Telegrafagentur der Sowjetunion) wieder einzuführen. Eine abschließende Entscheidung wird nach der Bestätigung der Umbenennung durch die russische Regierung getroffen.
18.03.2014	Präsident Putin ernennt Wladislaw Menschtschikow zum Leiter der »Hauptabteilung für Spezialprogramme« beim russischen Präsidenten. Menschtschikow (geb. 1959) war zuvor seit 2003 Generaldirektor des staatlichen Rüstungskonzerns »Almas Antej«.
18.03.2014	Präsident Wladimir Putin wendet sich in einer Rede vor der Föderalversammlung an die Abgeordneten der Staatsduma und des Föderationsrates und bittet sie, das Beitrittsgesuchs der Krim als Föderationssubjekt Russlands positiv zu bescheiden.
18.03.2014	Im Anschluss an die Rede unterzeichnen Putin, der Ministerpräsident der Republik Krim Sergej Aksjonow, der Parlamentsvorsitzende Wladimir Konstantinow sowie der Vorsitzende des Koordinationsrates zur Organisation der Stadtverwaltung von Sewastopol, Alexej Tschalo, einen Beitrittsvertrag der Krim zu Russland. Die Russische Föderation wird damit um zwei Föderationssubjekte, die Republik Krim und die Stadt Sewastopol, erweitert.
18.03.2014	Auf dem Roten Platz in Moskau findet eine Feier zum Beitritt der Krim zu Russland unter dem Motto »Wir sind zusammen« statt. Präsident Wladimir Putin nimmt an den Feierlichkeiten teil. Die Moskauer Polizei spricht von 110.000 Teilnehmern.

	Insgesamt haben nach Angaben des Innenministeriums russlandweit 600.000 Personen an entsprechenden Feiern teilgenommen.
19.03.2014	Das Ukrainische Außenministerium händigt dem provisorischen russischen Amtsträger in der Ukraine eine Protestnote bezüglich der Krim aus. Zudem tritt die Ukraine vom diesjährigen GUS-Vorsitz zurück. Der Sekretär des ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungsrates Andrej Parubij gibt bekannt, dass die Ukraine die Austrittsprozedur aus der GUS eingeleitet habe. Parubij weist zudem das Außenministerium an, ein Visaregime gegenüber Russland einzuführen.
19.03.2014	Unweit einer Kaserne bei Simferopol (Krim) kommt es zu einem Schusswechsel. Unbekannte töten einen ukrainischen Soldaten und einen Kämpfer der Selbstverteidigungstruppen. Demonstranten besetzen das Hauptquartier der ukrainischen Kriegsmarine in Sewastopol und hissen die russische Flagge. Zwischen den Befehlshabern der russischen und der ukrainischen Marine finden Verhandlungen statt. Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Flotte Sergej Gajduk wird im Anschluss von der Staatsanwaltschaft in Sewastopol festgenommen.
19.03.2014	Präsident Wladimir Putin weist das Arbeitsministerium an, die Renten der Bewohner auf der Krim in kürzester Zeit auf russisches Niveau anzuheben. Dem Vorsitzenden der Föderalen Migrationsbehörde Konstantin Romodanowskij zufolge beginnt die Aushändigung russischer Pässe auf der Krim.
19.03.2014	Das russische Verfassungsgericht erkennt den Beitrittsvertrag der Krim zu Russland als verfassungskonform an. Präsident Putin legt den Vertrag der Staatsduma zur Ratifizierung vor, die ihn mit 433 Stimmen bei einer Gegenstimme verabschiedet.
19.03.2014	Das Oberste Gericht hebt ein Urteil des Moskauer Stadtgerichts auf, das im Oktober 2013 der Informationsagentur »Rosbalt« die Lizenz als Medieninstitution entzogen hatte.
20.03.2014	Der russische Verteidigungsminister Sergej Schojgu bittet die Republikführung der Krim, den Kommandeur der ukrainischen Kriegsflotte Konteradmiral Sergej Gajduk freizulassen und in die Ukraine ausreisen zu lassen. Dieser Bitte wird wenig später entsprochen.
20.03.2014	Das für April in Nowosibirsk angesetzte Konzert der ukrainischen Rockgruppe »Okean Elzi« wird um ein bis zwei Monate verschoben. Die Musikgruppe meldet auf ihrer Homepage, dass alle Konzerte in zehn Städten Russlands abgesagt oder auf unbestimmte Zeit verschoben wurden.
20.03.2014	Olga Golodez, Stellvertretende Ministerpräsidentin für den Sozialbereich, gibt bekannt, dass die Renten zum 1. April um durchschnittlich 8 % steigen werden.
20.03.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt den UN-Generalsekretär Ban Ki-moon im Kreml. Dieser war zuvor mit Außenminister Sergej Lawrow zusammengetroffen. Im Zentrum der Gespräche steht die Situation in der Ukraine. Ban Ki-moon äußert seine tiefe Sorge über die Situation in der Ukraine und in Russland.
20.03.2014	Die russische Staatsduma ratifiziert den Beitrittsvertrag der Krim zu Russland.

20.03.2014	US-Präsident Barack Obama gibt in einer Rede die Ausweitung der Sanktionen gegen russische Entscheidungsträger und Schlüsselsektoren der russischen Wirtschaft bekannt. Darunter fallen nun auch Organisationen, die die russische Regierung materiell unterstützen, etwa die »Bank Rossija«.
20.03.2014	In Reaktion auf die verschärften Sanktionen der USA verhängt das russische Außenministerium Einreisesperren gegen neun amerikanische Entscheidungsträger.
20.03.2014	Die Ratingagentur »Standard and Poors« bewertet in einem Ausblick die Kreditwürdigkeit Russlands negativ und warnt damit vor einer Absenkung des Ratings. S&P prognostiziert zudem einen Kapitalabfluss aus Russland von etwas 60 Mrd. US-Dollar im ersten Quartal 2014. Das entspräche dem gesamten Kapitalabfluss im Jahr 2013.
20.– 21.03.2014	Michail Dmitrijew, der wissenschaftliche Leiter des »Zentrums für strategische Ausarbeitungen« (CSR) wird in der Vorortbahn von Unbekannten überfallen, die seinen Computer rauben. Dmitrijew wird mit einer Gehirnerschütterung und Prellungen in ein Krankenhaus eingeliefert.
21.03.2014	Die Europäische Union erweitert die Sanktionsliste gegen Russische und Ukrainische Staatsbürger, die nun 33 Personen umfasst. Der Präsident des Europäischen Rates Herman Van Rompuy gibt die Absage des Russland-EU Gipfels bekannt, der am 3. Juni in Sotschi geplant war. Die Mitgliedsstaaten der EU sagen ihre bilateralen Treffen mit Russland ab. Die EU teilt mit, dass sie den Beitritt Russlands zur OECD und zur IEA blockieren wird. Gleichzeitig sollen von Mai bis voraussichtlich 1. November keine Einfuhrzölle auf ukrainische Waren erhoben werden.
21.03.2014	Die Ratingagentur Fitch senkt den Ausblick auf die Kreditwürdigkeit Russlands von stabil auf negativ ab.
21.03.2014	Das russische Strafverfolgungskomitee eröffnet ein Strafverfahren gegen Dmitrij Kortschinskij, den Vorsitzenden der nationalistischen Bewegung »Bruderschaft« in der Ukraine. Kortschinskij habe zur Entfesselung eines aggressiven Krieges und zu Terrorismus aufgerufen.
21.03.2014	Der Ministerpräsident der Ukraine Arsenij Jazenjuk unterzeichnet in Brüssel den politischen Teil des Assoziierungsabkommens mit der EU. Der Wirtschaftsteil soll nach weiteren Verhandlungen folgen.
21.03.2014	Präsident Wladimir Putin hält eine Sitzung mit den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates ab. Im Zentrum stehen die Lage in der Ukraine und auf der Krim, die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und die Sanktionen gegen Russland.
21.03.2014	Wladimir Putin eröffnet ein Bankkonto bei der Bank »Rossija«, auf welches in Zukunft sein Gehalt überwiesen wird. Gegen die Bank waren am Vortag von den USA Sanktionen verhängt worden.
21.03.2014	Der Föderationsrat ratifiziert den Beitrittsvertrag der Krim zu Russland einstimmig. Die Senatoren verabschieden zudem eine Erklärung, in der sie die Sanktionen von

	USA und EU als »präzedenzlosen Akt politischer Erpressung und Bestrafung Russlands für einen unabhängigen außenpolitischen Kurs« bewerten.
21.03.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt an einer Kollegiumssitzung des Innenministeriums teil und ruft die Mitarbeiter der Behörde dazu auf, extremistische Erscheinungen zu unterbinden und bei der Terrorismusbekämpfung aktiver mit anderen Behörden zusammen zu arbeiten.
21.03.2014	Wladimir Putin unterzeichnet den Vertrag über den Beitritt der Krim und Sewastopols zu Russland. Per Erlass ernennt er zudem Oleg Belawinzew zu seinem bevollmächtigten Vertreter im neu gegründeten Föderalbezirk Krim. Per Erlass finden am Abend Feuerwerke in Moskau, Simferopol und Sewastopol statt.
21.03.2014	Margarita Simonjan, die Chefredakteurin der Internationalen Informationsagentur »Russland Heute«, gibt bekannt, dass aus der Konkursmasse von »Ria-Nowosti« (auf deren Basis »Russland Heute« errichtet wird) die Agentur »Prajm« (Prime) an »ITAR-TASS« übergeht, die Agentur für Justiz- und Gerichtsinformationen (RAPSI) wird eine unabhängige Organisation und muss sich um eigenständige Finanzierung kümmern.
21.03.2014	Die Staatsduma verabschiedet in dritter Lesung ein Gesetz, das Bonus-Zahlungen für Top-Manager in Staatskonzernen auf drei durchschnittliche Monatslöhne begrenzt.
22.03.2014	Kanada erweitert seine Sanktionsliste gegenüber Russland analog zu den USA und zur EU. Auch Island verabschiedet eine analoge Liste an Sanktionen gegenüber Russland.
22.03.2014	Natalja Nikischina, Richterin im »Bolotnaja-Verfahren«, wird nach Drohungen gegen sie unter Polizeischutz gestellt.
22.03.2014	Igor Setschin, Präsident des staatlichen Ölkonzerns »Rosneft«, wird in Vietnam von Staatspräsident Truong Tan Sang empfangen. Im Zentrum des Gesprächs steht eine Erweiterung der Zusammenarbeit, darunter langfristige Öllieferungen. Mit Ministerpräsident Nguyen Tan Dung bespricht Setschin perspektivreiche Projekte zur Treibstofflieferung und Rohstoffförderung im Schelf vor Vietnam.
22.03.2014	Im Rayon Nazran (Inguschetien) werden bei einer Spezialoperation zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer durch Sicherheitskräfte getötet.
22.03.2014	Das russische Außenministerium veröffentlicht eine offizielle Erklärung zur Entsendung einer OSZE-Beobachtermision in die Ukraine. Das Mandat der Mission erstreckt sich nicht auf die Krim und Sewastopol, die von Russland nicht mehr als Teil der Ukraine angesehen werden. Die maximal 500 Beobachter könnten »eine Überwindung der innerukrainischen Krise, ein Ende der Exzesse des nationalistischen Bandentums, eine Ausrottung ultraradikaler Tendenzen und eine nationale Versöhnung erzielen«.
22.03.2014	Das einzige U-Boot der ukrainischen Marine wird von der russischen Schwarzmeerflotte übernommen. Die Gegner einer Übernahme, darunter der Kapitän des U-Boots, hatten das Boot verlassen. Die russische Schwarzmeerflotte

	verfügt somit über vier U-Boote.
22.03.2014	Prorussische bewaffnete Einheiten ohne Hoheitszeichen besetzen unter Einsatz gepanzerter Fahrzeuge den ukrainischen Militärflughafen Belbek in Sewastopol. Mindestens ein ukrainischer Soldat wird verletzt. Julij Mamtschur, Kommandeur des Flughafens, wird zum Verhör abgeführt.
23.03.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet eine Anweisung, in der er mehrere Minister und Leiter von Föderalbehörden auffordert, bis zum 29. März auf der Krim territoriale Organe der Exekutive und deren Unterabteilungen einzurichten.
23.03.2014	Auf dem Kriegsschiff der Ukrainischen Marine »Slawutin« wird die russische Flagge gehisst. Das russische Verteidigungsministerium gibt bekannt, dass 189 Einheiten und Einrichtungen der ukrainischen Streitkräfte auf dem Gebiet der Krim unter die russische Flagge übergetreten seien. Kiew ordnet derweil den Rückzug ukrainischer Einheiten aus der Krim an.
23.03.2014	Der belorussische Präsident Alexander Lukaschenka erklärt in einem Interview mit »Ria-Nowosti«, dass Belarus <i>de facto</i> die Krim als Teil Russlands anerkenne.
23.03.2014	Anatolij Antonow, Stellvertretender russischer Verteidigungsminister, dementiert eine Konzentration russischer Streitkräfte an der Grenze zur Ukraine sowie entsprechende Pläne. Er erklärt zudem, die Entscheidung Deutschlands zur Einstellung der militärischen Zusammenarbeit mit Russland wäre unter Druck getroffen worden und sei unkonstruktiv. Die Bundesregierung hatte zuvor erklärt, dass vor dem Hintergrund der Situation in der Ukraine die militärische Zusammenarbeit mit Russland vorläufig eingestellt werde.
23.03.2014	In Grosnyj, der Hauptstadt der Republik Tschetschenien, versammeln sich offiziellen Angaben zufolge 30.000 Menschen auf einer Konzertveranstaltung, um den Bewohnern der Krim ihre Unterstützung auszudrücken. Ramsan Kadyrow, Oberhaupt der Republik Tschetschenien, eröffnet derweil im Dorf Abu-Gosh unweit von Jerusalem eine Moschee, die den Namen seines Vaters und ersten Republikpräsidenten (Achmat Kadyrow) trägt. Die Moschee (sechs von rund zehn Millionen US-Dollar Baukosten wurden von Tschetschenien übernommen) ist nun eine der größten Moscheen im Nahen Osten. Die Einwohner von Abu-Gosh sind mehrheitlich Nachfahren von Einwanderern aus dem Kaukasus.
24.03.2014	Rustam Temirgalijew, Stellvertretender Ministerpräsident der Krim, gibt eine Halbierung der Stromlieferung der Ukraine an die Krim bekannt. In mehreren Regionen sowie in Simferopol wird die Elektrizität teilweise abgeschaltet. Der amtierende ukrainische Außenminister Andrej Deschtschiza erklärt am Abend, dass die Ukraine die Strom- und Wasserlieferungen an die Krim nicht einstellen werde.
24.03.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew weist die russische Regierung an, Steuerermäßigungen für Unternehmen auf der Krim auszuarbeiten, die unter russische Jurisdiktion wechseln. Die Krim könnte, Medwedew zufolge, eine Sonderwirtschaftszone werden.
24.03.2014	Konteradmiral Denis Beresowskij, Ex-Befehlshaber der ukrainischen Kriegsflotte, wird vom russischen Verteidigungsminister Sergej Schojgu zum stellvertretenden

	Befehlshaber der russischen Schwarzmeerflotte ernannt. Der ukrainische Interimspräsident Alexander Turtschynow unterzeichnet einen Erlass zum Abzug der ukrainischen Streitkräfte von der Krim und aus Sewastopol.
24.03.2014	Präsident Wladimir Putin zeichnet im Kreml Entscheidungsträger der Olympischen Spiele in Sotschi mit Orden aus. Einer derjenigen, die ausgezeichnet wurden, der stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Kosak, gibt bekannt, dass die Olympiade in Sotschi einen Gewinn von 1,5 Mrd. Rubel (ca. € 30,5 Mio.) erwirtschaftet habe.
24.03.2014	Die Leitung des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen (MGIMO) entlässt Prof. Andrej Subow. Subow hatte in Publikationen und Interviews zu den Ereignissen in der Ukraine und zur russischen Außenpolitik kritisch Stellung bezogen.
24.03.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass zur Wiedereinführung der Wehrsporterziehung »Bereit zu Arbeit und Verteidigung« (GTO). Die programmatischen und inhaltlichen Grundlagen für die Sporterziehung sollen bis zum 1. September ausgearbeitet werden.
24.03.2014	Das russische Außenministerium verhängt Einreisesperren gegen 13 kanadische Staatsbürger.
24.03.2014	Bei einer Verkehrskontrolle durch Polizisten in Chasawjurt (Dagestan) werden bei einem Schusswechsel vier Untergrundkämpfer, unter ihnen der mutmaßliche Anführer von Babajurt, erschossen.
24.– 25.03.2014	Die Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten vereinbaren auf einem Treffen in Den Haag, weitere Sanktionen gegen Russland zu verhängen, sollte Russland die Situation in der Ukraine weiter eskalieren lassen.
25.03.2014	Sergej Martynow wird zum Leiter des Verwaltungsapparats des russischen Föderationsrats ernannt. Martynow arbeitete zuvor im Apparat des Präsidentenvertreters im Föderalbezirk Nord-West und war Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes FSB.
25.03.2014	Wladimir Putschkow, Leiter des russischen Katastrophenschutzministeriums, gibt in Sewastopol bekannt, dass sein Ministerium 1.400 mobile Elektrogeneratoren auf die Krim gebracht habe, um wichtige Objekte mit Strom zu versorgen.
25.03.2014	Armeegeneral Dmitrij Bulgakow, stellvertretender russischer Verteidigungsminister Russlands, und Gennadij Worobjow, erster stellvertretender Leiter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte, führen Gespräche über den Abzug von ukrainischen Streitkräften, Waffen und Militärtechnik von der Krim.
25.03.2014	Bei einer Spezialoperation von Sicherheitskräften im Rayon Chasawjurt (Dagestan) werden vier Untergrundkämpfer und ein Soldat der Sondereinheiten getötet. Zwei weitere Soldaten werden bei dem Einsatz verletzt.
25.03.2014	Eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte im Falle dreier Tschetschenen, die im Jahr 2000 verschwunden waren, tritt in Kraft. Das Gericht verurteilt Russland zur Zahlung von 12.000 Euro Kompensation für den

	materiellen Schaden und 180.000 Euro Kompensation auf Grund des moralischen Schadens der Hinterbliebenen.
25.03.2014	Norwegen stellt die Militärzusammenarbeit mit Russland bis Ende Mai ein.
26.03.2014	Eine Sojus-Rakete startet vom Weltraumbahnhof Bajkonur zur Internationalen Raumstation ISS.
26.03.2014	Die russische Zentralbank entzieht den Banken »Moj Bank. Ipoteka«, »Sberinvestbank« und dem Kreditinstitut »Verrechnungsstelle »Energobiznes«« die Lizenz.
26.03.2014	Armeegeneral Walerij Gerasimow, der Chef des Generalstabs der russischen Streitkräfte, gibt bekannt, dass nunmehr allen 193 Truppeneinheiten auf der Krim unter russischer Kontrolle sind.
26.03.2014	Olga Kowitidi und Sergej Zekow werden für die Republik Krim in den Föderationsrat der Russländischen Föderation entsandt.
26.03.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass, dem zufolge der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) Thomas Bach und weitere Ausländer staatliche Auszeichnungen für ihren Beitrag zur Entwicklung der internationalen olympischen Bewegung und die Vorbereitungen der russischen Sportler auf die Olympiade erhalten. Thomas Bach erhält den Ehrenorden.
26.03.2014	Der russische »Erste Kanal« ruft die ukrainische Staatsmacht und die Regulierungsbehörde dazu auf, die Ausstrahlung des russischen Staatssenders in der Ukraine wieder freizugeben. Ein ukrainisches Gericht hatte zuvor die Ausstrahlung untersagt.
27.03.2014	Abduraschid Magomedow, der dagestanische Innenminister, gibt bekannt, dass im Jahr 2013 in Dagestan 167 Untergrundkämpfer, darunter 10 Anführer, getötet wurden. Weitere 27 Kämpfer hätten sich ergeben, 213 seien festgenommen und verurteilt worden. Dem stehen 92 getötete und 176 verletzte Polizisten sowie 12 getötete und 73 verletzte Zivilisten gegenüber.
27.03.2014	Der Staatsrat der Krim veröffentlicht eine Liste von 320 Personen, deren Einreise auf die Halbinsel verboten wird. Darunter sind viele ukrainische Politiker und Entscheidungsträger.
27.03.2014	Die UN-Generalversammlung verabschiedet eine Resolution zur territorialen Integrität der Ukraine, in der das Referendum auf der Krim als »illegal« bezeichnet wird. Die Resolution wird von 100 Staaten unterstützt, 58 Staaten enthalten sich, 11 Staaten votieren gegen die Resolution.
28.03.2014	Das russische Außenministerium verabschiedet angesichts der Sanktionen der USA, der EU und Kanadas gegen russische Entscheidungsträger Einreiseverbote gegen Staatsbürger dieser Länder. Die Liste der Betroffenen werde nicht veröffentlicht.
28.03.2014	Das kasachische Verteidigungsministerium untersagt russische Raketentests auf dem Territorium Kasachstans bis zur Klärung der Unfallursachen des Absturzes

	einer Höhenforschungsrakete vom Typ MN-300 (Komplex MP-30). Bei dem Absturz unweit eines Dorfes kam niemand zu Schaden.
29.03.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht in einem Telefonat mit US-Präsident Barack Obama die Situation in der Ukraine und in Transnistrien.
29.03.2014	Der Mineralölkonzern »Lukoil« beginnt mit der Ölförderung auf dem irakischen Ölfeld West-Kurna 2.
30.03.2014	In der Republik Krim und der Stadt Sewastopol wird die Moskauer Zeit (MEZ +2) eingeführt. Diese löst die Kiewer Zeit (MEZ +1) ab, die seit 1996 auf der Krim galt.
30.03.2014	Außenminister Sergej Lawrow fordert in den Abendnachrichten des »Ersten Kanals« eine Föderalisierung der Ukraine, die Einführung von Russisch als zweiter Staatssprache sowie Referenden in ukrainischen Regionen über ihren Status. Das ukrainische Außenministerium weist dies entschieden zurück.
30.03.2014	Der Oppositionspolitiker Ilja Ponomarjow (»Gerechtes Russland«) tritt von seiner Kandidatur bei den Bürgermeisterwahlen in Nowosibirsk am 6. April zurück. Zwei Tage zuvor hatten fünf Oppositionskandidaten zu Gunsten des kommunistischen Kandidaten Anatolij Lokot den Rückzug ihrer Kandidatur angekündigt – zwei von ihnen dementierten diesen Schritt am Folgetag.
30.– 31.03.2014	In Paris treffen US-Außenminister John Kerry und sein russischer Amtskollege Sergej Lawrow zu Gesprächen zusammen. Im Zentrum steht die Entwicklung in der Ukraine und Möglichkeiten zur Deeskalation der Situation.
31.03.2014	Der kritische TV-Sender »Doshd« (TV Rain) beendet seinen Spendenmarathon. Der Sender kann seine Arbeit für weitere 50 Tage fortsetzen.
31.03.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew hält in Simferopol (Krim) eine Sitzung zur Entwicklung der neuen russischen Regionen ab, an der mehrere Minister und stellvertretende Minister teilnehmen.
31.03.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet eine Reihe von Erlassen, mit denen die Eingliederung der Krim geregelt wird. Es wird ein Ministerium für Angelegenheiten der Krim geschaffen, das von Oleg Saweljow, seit 2008 Stellvertretender Minister für wirtschaftliche Entwicklung, geleitet wird. Weitere Erlasse betreffen Gehaltserhöhungen für Vertragssoldaten, Wehrdienstleistende, Sicherheitskräfte und Staatsangestellte. Die Renten sollen auf das russische Durchschnittsniveau angehoben werden.
31.03.2014	Die Staatsduma verabschiedet einstimmig eine Erklärung, mit der der russisch-ukrainische Staatsvertrag über die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol auf der Krim aufgekündigt wird.
31.03.2014	Präsident Wladimir Putin führt am Abend mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan Telefongespräche zur Lage in der Ukraine.

31.03.2014	Auf dem Moskauer Triumfalnaja-Platz werden Eduard Limonow, Vorsitzender der Vereinigung »Anderes Russland«, und zehn weitere Aktivisten der traditionellen »Strategie-31«-Demonstrationen, die Versammlungsfreiheit fordern, festgenommen.
April	
01.04.2014	Der russische Gaskonzern »Gazprom« gibt eine Erhöhung des Gaspreises für die Ukraine auf 385 US-\$ pro 1000 Kubikmeter Gas bekannt. Zuvor lag der Preis bei 268,5 US-\$ pro 1000 m ³ . Der Schritt wird damit begründet, dass Kiew ausstehende Zahlungen von aktuell 1,7 Mrd. US-Dollar nicht beglichen habe.
01.04.2014	Alexej Tschalij wird vom Stadtparlament Sewastopols zum Interimsgouverneur der Stadt ernannt.
01.04.2014	»Aeroflot« erhöht die Zahl der Flugreisen und reduziert die Flugpreise für Reisen von Moskau auf die Krim auf 7500 Rubel (ca. 152 €) für einen Hin- und Rückflug.
01.04.2014	Die NATO stellt die militärische wie zivile Zusammenarbeit mit Russland ein. Das wird nach einem Außenministertreffen der NATO-Staaten in einer Erklärung bekannt gegeben.
01.04.2014	Der Gründer des sozialen Netzwerks »W Kontakte« Pawel Durow erklärt seinen Rücktritt. Er begründet seinen Schritt mit einer deutlichen Einschränkung seiner Handlungsfreiheit als Generaldirektor auf Grund von Veränderungen bei der Zusammensetzung der Aktionäre. Am 3. April zieht er diese Erklärung zurück.
01.04.2014	Die Statistikbehörde »Rosstat« teilt mit, dass das Bruttoinlandsprodukt über das Jahr 2013 um 1,3 % gewachsen ist; es betrug im vergangenen Jahr 66,755 Billionen Rubel (ca. 1,360 Billionen €).
02.04.2014	Bei einer Anti-Terror-Operation der Sicherheitskräfte im Rayon Bujnaks (Dagestan) werden zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
02.04.2014	Sergej Dankwert, Leiter des Föderalen Dienstes für Veterinär- und Phytosanitäraufsicht (Rosselchhosnadsor), gibt ein Einfuhrverbot für Fertigfleischprodukte aus Polen und Litauen ab dem 7. April bekannt. Russland folge dabei einer Entscheidung von Belarus.
02.04.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht fällt das erste Urteil im Zusammenhang mit den Veruntreuungen im Verteidigungsministerium. Dinara Biljalowa, die Leiterin von »Mira«, einem Subunternehmen von »Oboronserwis«, wird zur vier Jahren Haft und einer Geldstrafe von 800.000 Rubel (ca. 16.300 €) verurteilt.
02.04.2014	Sergej Stepaschin, ehemaliger Leiter des russischen Rechnungshofes und Vorsitzender der »Kaiserlich Orthodoxen Palästina-Gesellschaft « (IPPO), trifft in Syrien mit Präsident Bashar al-Assad zusammen. Er übergibt diesem eine mündliche Botschaft von Präsident Putin.
02.04.2014	Präsident Putin entlässt den Gouverneur des Gebietes Wolgograd Sergej Boshenow auf dessen eigenen Wunsch und ernennt Andrej Botscharow zum

	Interimsgouverneur.
02.04.2014	Präsident Wladimir Putin bestimmt durch einen Erlass, dass die Krim in den Südlichen Militärbezirk Russlands integriert wird.
03.04.2014	Vor dem Hintergrund der Situation in der Ukraine unterbrechen die USA die gemeinsamen Konsultationen zur Raketenabwehr. Die NASA stellt die Zusammenarbeit mit Russland im Bereich der Luft- und Raumfahrt ein.
03.04.2014	Das Parlament der Republik Kabardino-Balkarien schafft durch eine Gesetzesänderung die Direktwahl des Republikoberhauptes ab. Stattdessen wird dieser nun durch das Republikparlament aus drei Kandidaten gewählt, die zuvor vom russischen Präsidenten vorgeschlagen wurden.
03.04.2014	Die Internetseite der Informationsagentur »Interfax« wird durch einen Hacker-Angriff über mehrere Stunden lahmgelegt.
03.04.2014	Das russische Außenministerium teilt der Ukraine offiziell mit, dass der Staatsvertrag über die Stationierung der Schwarzmeerflotte in Sewastopol auf der Krim von russischer Seite aufgekündigt wurde.
03.04.2014	Das russische Außenministerium protestiert beim deutschen Botschafter gegen Äußerungen von Finanzminister Wolfgang Schäuble. Dieser hatte vor Schülern Parallelen zwischen der Übernahme der Krim und der Annexion des Sudetenlands 1938 durch das Deutsche Reich gezogen. Das russische Außenministerium hält solche »pseudo-historischen Exkurse« für provokativ.
03.04.2014	25 ukrainische Staatsbürger werden in mehreren russischen Regionen wegen der Vorbereitung von Sabotagehandlungen und Terroranschlägen festgenommen.
03.04.2014	Bei einem Treffen mit Gazprom-Chef Aleksej Miller erklärt Ministerpräsident Dmitrij Medwedew, dass er anordne, das Charkower Abkommen vom 21. April 2010 außer Kraft zu setzen, da die völkerrechtliche Grundlage entfallen seien. Das Abkommen sah eine Gaspreisreduzierung um bis zu \$100/Tsd. m ³ als Gegenleistung für die Stationierung der Schwarzmeerflotte bis 2042 vor. Der Gaspreis für die Ukraine steigt damit auf \$480/Tsd. m ³ – bis April lag dieser bei \$268,5/Tsd. m ³ .
03.04.2014	Bei der Explosion eines Sprengsatzes im Rayon Martanowsk (Republik Tschetschenien) kommen 4 Soldaten in einem Schützenpanzer ums Leben, sieben weitere werden verletzt.
04.04.2014	Das Moskauer Stadtgericht reduziert nachträglich die Haftstrafe der amnestierten »Pussy-Riot«-Aktivistinnen Nadeshda Tolokonnikowa und Maria Aljochina um einen Monat. Aus dem Urteil soll der Straftatbestand »Anstachelung von Hass oder Feindschaft« gestrichen werden. Das Oberste Gericht hatte zuvor das ursprüngliche Urteil bemängelt.
04.04.2014	Zur Sicherung der Kampf- und Einsatzbereitschaft werden alle größeren Verbände der russischen Streitkräfte im Gebiet Amur, in der Region Chabarowsk und im Jüdischen Autonomen Gebiet bis Ende April auf Gefechtsbereitschaft und

	Mobilisierungsfähigkeit überprüft.
04.04.2014	Der Föderale Dienst für Medienaufsicht (»Roskomnadsor«) blockiert den Zugang zur Internetseite der nicht registrierten Partei »Anderes Russland«. Auf der Seite seien Informationen über eine nicht genehmigte Veranstaltung veröffentlicht worden.
04.04.2014	Ramasan Abdulatipow, Republikoberhaupt in Dagestan, entlässt den Bürgermeister der dagestanischen Hauptstadt Machatschkala Murtasali Rabadanow und ernennt Magomed Sulejmanow zu dessen Interims-Nachfolger.
04.04.2014	Alexej Anisimow wird zum neuen Vorsitzenden des Exekutivkomitees der »Allrussischen Volksfront« gewählt. Sein Vorgänger Andrej Botscharow war zum Interims-Gouverneur im Gebiet Wolgograd ernannt worden. Anisimow war bisher Stellvertretender Leiter der Abteilung Innenpolitik in der Präsidentialadministration.
04.04.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet ein Gesetz zur vereinfachten Anerkennung der russischen Staatsbürgerschaft für Russischsprachige und Angehörige von ehemals in Russland, der Sowjetunion oder dem Russischen Reich lebenden Personen. Dabei muss der ständige Wohnsitz nach Russland verlegt und die bisherige Staatsbürgerschaft abgegeben werden.
05.04.2014	Die parlamentarische Versammlung der NATO beschließt auf ihrer Sitzung in Riga, die Zusammenarbeit mit der russischen Staatsduma einzustellen. Grund ist die Situation in der Ukraine.
06.04.2014	Auf dem Moskauer Manegen-Platz werden fünf Personen, die individuelle Mahnwachen für die »Bolotnaja-Gefangenen« abhalten wollten, vorübergehend festgenommen.
06.04.2014	In Nowosibirsk finden vorgezogene Neuwahlen des Bürgermeisters statt. Der Amtsinhaber Wladimir Gorodezkij war zum Stellvertretenden Gouverneur im Gebiet Nowosibirsk ernannt worden. Der Kandidat der KPRF Anatolij Lokot gewinnt mit 43,75 % der Stimmen vor Wladimir Snatkow (»Einiges Russland«, 39,57 %). Die Wahlbeteiligung lag bei 31,31 %. Lokot erklärt am Abend seinen Wahlsieg und hebt hervor, dass es gelungen sei, »Einiges Russland« durch eine Vereinigung der Opposition zu besiegen.
07.04.2014	Der Föderale Dienst für den Verbraucherschutz (Rospotrebnadsor), gibt Einfuhrverbote für Milchprodukte von sechs ukrainischen Unternehmen bekannt.
07.04.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt an einer Sitzung des Kollegiums des Inlandsgeheimdienst (FSB) teil. Er fordert, den Schutz der nationalen Informationsressourcen, der Netze, der Datenbanken staatlicher Einrichtungen und Behörden sowie von Staatsgeheimnissen zu verstärken. Zudem erwartet Putin eine Aktivierung der Korruptionsbekämpfung, besonders in Hinblick auf versteckte Gelder im Ausland. Weiterhin ruft er den FSB auf, legitime oppositionelle Tätigkeit von Extremismus zu unterscheiden. .
07.04.2014	Präsident Putin empfängt Ramsan Kadyrow, das Oberhaupt der Republik Tschetschenien. Kadyrow erklärt, dass die Republik von 2013 bis 2016

	Investitionen in Höhe von 128 Mrd. Rubel (ca. 1,6 Mrd. €) anziehen wird. Die Arbeitslosigkeit sei 2013 von 27 % auf 18 % gefallen. Zudem gäbe es in Tschetschenien die höchste Geburtenrate in Russland.
07.04.2014	Walerij Kostarjow, Sprecher des halbstaatlichen Kommunikationsunternehmens »Rostelekom« erklärt, dass das Unternehmen keine Wiederaufnahme der Ausstrahlung von »TV Doshd« plane. Stattdessen werde ein Verfahren zur Vertragsauflösung eingeleitet.
07.04.2014	Die Moskauer Stadtverwaltung genehmigt eine von der Opposition angemeldete Demonstration »Zum Schutz der Medienfreiheit« mit bis zu 50.000 Teilnehmern für den 13. April.
07.04.2014	Der russische Außenminister Sergej Lawrow führt mit dem deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier sowie US-Außenminister John Kerry Telefongespräche zur Situation in der Ukraine. Kerry schlägt Verhandlungen unter Beteiligung Russlands, der Ukraine, der USA und der EU in den kommenden 10 Tagen vor, um eine Deeskalation der angespannten Situation zu erzielen.
08.04.2014	Die Abteilungsleiterin der Landwirtschaftsbank »Rosselchosbank« in Dagestan wird in Machatschkala erschossen aufgefunden.
08.04.2014	Alexander Bortnikow, der Direktor des russischen Inlandsgeheimdienst FSB, teilt mit, dass der FSB Doku Umarow, den Anführer der terroristischen Organisation »Imarat Kaukasus« »neutralisiert« habe. Sein Leichnam sei noch nicht aufgefunden. Im ersten Quartal 2014 seien bei 33 Anti-Terror Einsätzen 13 Anführer und 65 aktive Untergrundkämpfer getötet, sowie 240 »Banditen und deren Gehilfen« festgenommen worden. Zudem seien die Terroranschläge in Wolgograd und Pjatigorsk aufgeklärt und eine Personengruppe, die an deren Vorbereitung und Durchführung beteiligt war, festgenommen worden, so Bortnikow.
08.04.2014	Admiral Wladimir Koroljow, Kommandeur der russischen Nordmeerflotte, gibt bekannt, dass die Flotte bis 2020 sechs atomgetrieben und nicht atomgetrieben Mehrzweck-U-Boote, zwei große Landungsschiffe, einen Zerstörer neuester Bauart, fünf Fregatten, fünf Minensuchschiffe sowie 21 Versorgungsschiffe erhalten werde. »Wladimir Monomach«, das letzte von drei strategischen Atom-U-Booten, werde bis Ende des Jahres geliefert – die U-Boote »Jurij Dolgorukij« und »Alexander Newskij« seien schon an ihren Standorten bei der Flotte eingetroffen.
08.04.2014	Der Föderale Migrationsdienst gibt bekannt, dass bisher 300 Personen auf der Krim einen Antrag zur Beibehaltung ihrer ukrainischen Staatsbürgerschaft eingereicht haben. Ein solcher Antrag zur Ablehnung der russischen Staatsbürgerschaft kann bis zum 18. April in vier Städten auf der Krim eingereicht werden.
08.04.2014	Das russische Verfassungsgericht erkennt das russische Gesetz zu »ausländischen Agenten« als verfassungskonform an. Das Gesetz sieht eine Registrierung von NGOs als »ausländische Agenten« vor, die eine Finanzierung aus dem Ausland erhalten und politisch tätig sind.
08.04.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht lehnt die Klage des Senders »TV Doshd« gegen

	Kabelnetzbetreiber ab, die den Sender aus ihrem Angebot gestrichen hatten.
08.04.2014	Bei der Aufsichtsratsrichtung der »Agentur für strategische Initiativen« fordert Präsident Wladimir Putin die deutliche Verbesserung des Wirtschaftsklimas in Russland.
09.04.2014	Alexander Bortnikow, Direktor des russischen Inlandsgeheimdienst FSB, gibt bekannt, dass der FSB in Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten einen Terroranschlag auf die olympischen Objekte vor den Winterspielen verhindern konnte.
09.04.2014	Kabinettsitzung unter dem Vorsitz von Präsident Wladimir Putin zur außergewöhnlichen Situation bei der Energie- und Wirtschaftszusammenarbeit mit der Ukraine.
09.04.2014	Das Oberhaupt der Republik Tschetschenien Ramsan Kadyrow, der Ministerpräsident der Krim Sergej Aksénow und weitere Gouverneure werden gemäß dem Rotationsprinzip in das Präsidium des russischen Staatsrates aufgenommen. Präsident Putin erlässt eine entsprechende Anweisung.
09.04.2014	Das Militärgericht des Militärbezirks Nord-Kaukasus in Rostow am Don verurteilt fünf Organisatoren einer Anschlagsserie in Wladikawkas (Nordossetien) im September 2010, bei der 19 Personen getötet und 240 Personen verletzt wurden, zu Haftstrafen von 14 bis 24 Jahren.
09.04.2014	US-Außenminister John Kerry bespricht mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow telefonisch die Situation im Südosten der Ukraine. Beide rufen zu einem Gewaltverzicht auf. Eine internationale Regulierung der Situation wird weiter verhandelt.
09.04.2014	Tagung Präsident Wladimir Putins mit den Präsidialbevollmächtigten in den Föderalbezirken. Im Zentrum der Diskussion stehen ein ausgeglichene Haushalt der Föderationssubjekte, der Abriss von beschädigtem Wohnraum und die Bereitstellung moderner Medizintechnik in den Regionen.
09.– 10.04.2014	Die Parlamentarische Versammlung des Europarats verabschiedet eine Resolution, die die »militärische Aggression« gegenüber der Ukraine und die »Annexion der Krim« verurteilt.
10.04.2014	Im Gebiet Amur wird wegen großräumiger Waldbrände der Ausnahmezustand ausgerufen.
10.04.2014	Einige Abgeordnete der russischen Staatsduma fordern den Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka auf, zu prüfen, wie es zum Zerfall der Sowjetunion gekommen ist. Sie unterstellen, die Staatsführung der UdSSR mit Michail Gorbatschow an der Spitze habe illegale Handlungen begangen, die zu einem Zerfall des Landes geführt hätten.
10.04.2014	Der Blogger und Oppositionsaktivist Alexej Nawalnyj teilt mit, dass gegen ihn ein weiterer Strafprozess angestrengt wird. Nawalnyj hatte Alexej Lisowenko (»Einiges Russland«), einen Abgeordneten eines Moskauer Bezirksparlaments in seinem Blog

	als »Drogenabhängigen Abgeordneten« bezeichnet. Nawalnyj steht bis 28. April unter Hausarrest.
10.04.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew bestätigt Anna Popowa als Vorsitzende des Föderalen Dienstes für den Verbraucherschutz (Rospotrebnadsor). Popowa hatte das Amt seit Oktober 2013 kommissarisch übernommen.
10.04.2014	Die Parlamentarische Versammlung des Europarates entzieht der russischen Delegation bis zum Ende des Jahres das Stimmrecht und schließt Russland aus allen Leitungsorganen des Europarates sowie von der Teilnahme an Wahlbeobachtermissionen aus. Die russische Delegation verlässt daraufhin die Versammlung vorzeitig.
10.04.2014	Präsident Wladimir Putin trifft in seiner Residenz mit Vertretern der »Allrussischen Volksfront« zusammen. Putin erklärt unter anderem, dass Russland den Beitritt der Krim nicht langfristig geplant habe. Er habe diese Entscheidung erst getroffen, als durch soziologische Erhebungen die Einstellungen der Bewohner der Krim deutlich geworden sei.
10.04.2014	Präsident Wladimir Putin lässt in den Justiz- und Innenbehörden, in der Polizei, in den Strafverfolgungsbehörden, beim Haftvollzug und im Katastrophenschutzministerium per Erlass zahlreiche hochrangige Offiziere ersetzen, darunter 14 Generäle.
11.04.2014	Im Rayon Prigorodnij (Nordossetien) wird die Föderale Fernstraße »Kawkas« von Anwohnern blockiert. Diese protestieren dagegen, dass ihrer Angehörigen als mutmaßliche Untergrundkämpfer festgenommen wurden. Der nordossetische Innenminister Artur Achmetchanow erwirkt vor Ort eine Freigabe der Straße.
10.– 11.04.2014	Unbekannte erschießen den Imam einer Dorf-Moschee im Zuntinskij-Rayon (Dagestan).
11.04.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht weist die Beschwerde Alexej Nawalnyjs ab, der gegen die Blockierung seines »Livejournal«-Accounts durch den Föderalen Aufsichtsdienst für die Medien (»Roskomnadsor«) Einspruch eingelegt hatte.
11.04.2014	Außenminister Sergej Lawrow erklärt, dass Russland nicht plane, sich die südlichen und östlichen Gebiete der Ukraine anzugliedern. Dies würde den russischen Interessen widersprechen.
11.04.2014	Das Moskauer Staatliche Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO) nimmt die Entlassung von Professor Andrej Subow zurück. Subow ist Mitglied der Wahlkommission eines Moskauer Wahlkreises und darf als solches nicht entlassen werden. Das MGIMO hatte Subow am 24.3. wegen dessen kritischer Äußerungen zur russischen Außenpolitik gekündigt.
11.04.2014	Präsident Wladimir Putin setzt per Erlass einen Nationalen Plan zur Korruptionsbekämpfung für die Jahre 2014–2015 in Kraft.
11.04.2014	Präsident Wladimir Putin, die Regierung Russlands, die Senatoren des Föderationsrates sowie die Mitarbeiter der Präsidentialadministration informieren wie

	<p>gesetzlich vorgeschrieben die Öffentlichkeit über ihre Einkommens- und Besitzverhältnisse für das Jahr 2013. Präsident Wladimir Putin hat demnach im betreffenden Jahr 3,67 Mio. Rubel (ca. 74.000 €) und Ministerpräsident Dmitrij Medwedew 4,25 Mio. Rubel (ca. 85.000 €) verdient. Topverdiener unter den Mitgliedern der Präsidentialadministration war mit 79,4 Mio. Rubel (ca. 1,6 Mio. €) Oleg Belawenzew, der Bevollmächtigte Vertreter des Präsidenten im neuen Föderalbezirk Krim. Unter den Senatoren des Föderationsrates war es mit einem Jahresverdienst von 1,312 Mio. Rubel (ca. 26,3 Mio. €) Jefim Malkin, Senator des Autonomen Bezirks der Tschuktschen. Topverdiener in der Regierung war 2013 Michail Abyrow, Minister für Angelegenheiten der »Offenen Regierung« mit einem Jahreseinkommen von 282,9 Mio. Rubel (ca. 5,7 Mio. €).</p>
11.04.2014	<p>Präsident Wladimir Putin ernennt Anton Kobjakow zu seinem Berater. Kobjakow hatte seit November 2012 die Kanzlei des Präsidenten geleitet. 2008–2012 war Kobjakow in der Präsidentialadministration Abteilungsleiter für Außenpolitik gewesen.</p>
12.04.2014	<p>Auf der Krim tritt eine neue Verfassung in Kraft, der zufolge die Krim ein untrennbarer Teil des Territoriums der Russischen Föderation und ein demokratischer Rechtsstaat ist. Russisch, Ukrainisch und Krimtatarisch werden als Amtssprachen festgelegt.</p>
12.04.2014	<p>In Machatschkala (Dagestan) nehmen rund 500 (nach Angaben der Veranstalter: 3.000) Personen an einer nicht genehmigten Demonstration für die Freilassung des festgenommenen Ex-Bürgermeisters Saïd Amirow teil. Die Demonstranten blockieren eine Straße im Stadtzentrum. 22 Personen werden von der Polizei vorübergehend festgenommen.</p>
12.04.2014	<p>Dmitrij Rogosin, Stellvertretender Ministerpräsident und verantwortlich für den Militär-Industriellen Komplex, erklärt, dass bis 2020 20 Billionen Rubel (ca. 404 Mrd. €) in die Modernisierung der russischen Armee und Flotte investiert werden sollen. Weitere 3 Billionen Rubel (ca. € 60,6 Mrd.) sollen in die Modernisierung der Rüstungsbetriebe investiert werden.</p>
12.04.2014	<p>Der ehemalige Präsident der Ukraine Viktor Janukowytsch veranstaltet in Rostow am Don eine Pressekonferenz. Er erklärt, die Ukraine befände sich am Rande eines Bürgerkriegs und ruft dazu auf, die Anweisungen der neuen Regierung nicht zu befolgen. Zudem sollten Referenden über den Status der Regionen durchgeführt werden.</p>
12.– 13.04.2014	<p>US-Außenminister John Kerry droht bei einem Telefonat mit seinem russischen Amtskollegen weitere Sanktionen gegenüber Russland an, sollte es keine Schritte zur Deeskalation der Situation in der Ukraine unternehmen. Lawrow wiederum warnt, im Falle eines Einsatzes der ukrainischen Sicherheitskräfte gegen die Bevölkerung in der Ostukraine werde das geplante Gipfeltreffen in Genf scheitern.</p>
13.04.2014	<p>An der oppositionellen Versammlung »Marsch der Freiheit« zur Meinungsfreiheit und dem Recht auf objektive Information nehmen im Moskauer Stadtzentrum nach Medienschätzungen 2–3.000 Personen teil. Schriftsteller wie Dmitrij Bykow und Ljudmila Ulizkaja kritisieren die Politik des Staates gegenüber den Medien und bekunden ihre Solidarität mit dem kritischen Fernsehsender »TV Doschd«.</p>

13.– 14.04.2014	In New York findet eine Krisensitzung des UN-Sicherheitsrates unter Beteiligung des Ständigen Vertreters der Ukraine statt. Russland kritisiert den Einsatz ukrainischer Streitkräfte in Slawjansk.
14.04.2014	In den vergangenen 24 Stunden werden 87 Waldbrände im russischen Fernen Osten registriert. Betroffen sind die Regionen Primorje und Chabarowsk, das Gebiet Amur sowie das Jüdische Autonome Gebiet. Seit Jahresbeginn hat es 773 Waldbrände auf einer Fläche von insgesamt 59.900 Hektar gegeben.
14.04.2014	Michail Dmitrijew wird als Präsident des »Zentrums für Strategische Ausarbeitungen« (CSR) entlassen. Seine Position übernimmt Wladimir Knjaginin, der bisherige Leiter von »CSR Nord-West«. Dmitrijew verlässt mit seinem Team das CSR.
14.04.2014	Präsident Wladimir Putin legt per Erlass fest, dass die Gehälter des Präsidenten und des Ministerpräsidenten um 165 % steigen. Putins Sprecher Dmitrij Peskow begründet dies mit einer notwendigen Anpassung, da die beiden wegen der allgemeinen Gehaltserhöhungen die »am niedrigsten bezahlten Vertreter in der obersten Staatsmacht« seien.
14.04.2014	Gegen Platon Lebedew, den Ex-Häftling im Fall »Jukos«, wird eine zeitweilige Ausreisesperre verhängt.
14.04.2014	Der stellvertretende Premierminister der Krim Rustam Temirgalijew erklärt, dass die Lieferungen von Dnjepr-Wasser auf die Halbinsel von den ukrainischen Behörden auf ein Viertel des bisherigen Volumens reduziert worden seien.
14.04.2014	Präsident Wladimir Putin ernennt Sergej Aksjonow nach einem Treffen zum geschäftsführenden Oberhaupt der Republik Krim. Nach einem Treffen mit Alexej Tschalij, dem geschäftsführenden Gouverneur der Stadt Sewastopol, ernennt Putin den ebenfalls anwesenden bisherigen Stellvertretenden Kommandeur der russischen Schwarzmeerflotte Sergej Menjajlo zum Interimsgouverneur von Sewastopol. Putin setzt in den beiden Regionen für Mitte September Neuwahlen an.
14.04.2014	Japanische Kampfflugzeuge fangen vier russische Militärflugzeuge ab und geleiten diese aus dem japanischen Luftraum. Das amerikanische Verteidigungsministerium meldet, dass ein russisches Kampfflugzeug ein US-Kriegsschiff im Schwarzen Meer im Tiefflug überflogen habe.
14.– 15.04.2014	Präsident Wladimir Putin und US-Präsident Barack Obama erörtern in einem Telefonat die Situation im Osten der Ukraine. Obama äußert seine große Sorge über die Unterstützung pro-russischer Einheiten durch Moskau und bittet Putin, seinen Einfluss auf diese bewaffneten Kräfte geltend zu machen. Putin weist dies zurück. Die Unruhen seien ein Ergebnis der Politik der ukrainischen Übergangsregierung.
15.04.2014	In der Region Transbaikalien wird wegen der Waldbrände der Ausnahmezustand ausgerufen.
15.04.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew empfängt in Moskau seine kasachischen und weißrussischen Amtskollegen Karim Masimow und Michail Mjasnikowitsch. Im Mittelpunkt der außerplanmäßigen Gespräche stehen die Eurasische

	Wirtschaftsunion und die Lage in der Ukraine.
15.04.2014	Ein Sprecher des russischen Katastrophenschutzministeriums teilt mit, dass das Ministerium ein Flugzeug mit mehr als 14 Tonnen humanitärer Hilfsgüter, darunter Lebensmittel und Medikamente, nach Latakia (Syrien) entsandt habe. Auf dem Rückflug sollen russische Staatsbürger und Bürger von GUS-Staaten ausgeflogen werden.
15.04.2014	Der russische Sportminister Vitalij Mutko gibt auf einer Sitzung des Ausschusses für Sozialpolitik im Föderationsrat bekannt, dass in Russland ab 2015 anstelle von Landesmeisterschaften Spartakiaden durchgeführt werden. Spartakiaden von 1928 – 1937 als sozialistische Gegenveranstaltungen zu Olympischen Spielen durchgeführt worden.
15.04.2014	Leonid Sluzkij, Vorsitzender des Duma-Ausschusses für GUS-Angelegenheiten, gibt bekannt, dass die Staatsduma keine Wahlbeobachter zu den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine am 25. Mai entsenden werde. »Wir erkennen diese Wahlen nicht an«, erklärte Sluzkij.
15.04.2014	Bei einer Anti-Terror-Operation russischer Sondereinheiten werden in Machatschkala (Dagestan) vier mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet. Drei Mitglieder der Sondereinheiten werden bei dem Einsatz verletzt.
15.04.2014	Präsident Wladimir Putin erklärt in einem Telefongespräch mit UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon, dass Moskau eine Verurteilung der ukrainischen Militäroperation im Osten des Landes durch die UN erwartet. Das russische Außenministerium äußert seine tiefe Besorgnis angesichts der Meldungen über die Opfer, die bei der Einnahme des Flughafens bei Kramatorsk durch die ukrainische Armee zu beklagen waren. Bei dem Einsatz sollen mindestens vier Kämpfer der »Selbstverteidigungskräfte« getötet worden sein.
15.04.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt in der Bibliothek der Moskauer Staatsuniversität an einer Kuratoriumssitzung der »Russischen Geographischen Gesellschaft« als deren Vorsitzender teil. Unter den Teilnehmern sind auch Verteidigungsminister Sergej Schojgu, der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin, die Vorsitzende des Föderationsrates Valentina Matwijenko, der Leiter der Präsidentialadministration Sergej Iwanow sowie als Ehrengast Robert Warren Dudley, der Konzernchef von BP.
15.– 16.04.2014	Bundeskanzlerin Angela Merkel bespricht in einem Telefonat mit Präsident Wladimir Putin die Lage in der Ukraine. Die Situation in der Ukraine ist auch Inhalt des Telefongesprächs zwischen Wladimir Putin und dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu.
16.04.2014	Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im russischen Föderationsrat Sergej Rjabuchin gibt bekannt, dass durch russische Regionen und russische Bürger ca. 5 Mrd. Rubel (ca. 100 Mio. €) zur Unterstützung der Krim und der Stadt Sewastopol gesammelt wurden.
16.04.2014	Der russische Föderationsrat verabschiedet ein Gesetz, das einen verpflichtenden Sprach- und Wissenstest für Arbeitsmigranten einführt; Hochqualifizierte sind

	<p>hiervon ausgenommen. Wer keinen vor dem 1.9.1991 ausgestellten Pass einer ehemaligen Sowjetrepublik besitzt, muss einen Sprachtest sowie Tests zur Geschichte und Grundzügen der Gesetzgebung Russlands ablegen. Der Föderationsrat verabschiedet darüber hinaus ein Gesetz, wonach ausländische Staatsbürger als Piloten bei russischen Fluggesellschaften arbeiten dürfen.</p>
16.04.2014	<p>Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Abgeordneten der russischen Staatsduma für 2013 werden veröffentlicht. Topverdiener ist der Abgeordnete Grigorij Anikejew (»Einiges Russland«), Mitglied im Duma-Ausschuss für Eigentumsfragen, mit einem Vorjahreseinkommen von 1,706 Mio. (ca. 34 Mio. €).</p>
16.04.2014	<p>Der Abteilungsleiter für langfristige strategische Planungen im Finanzministerium Maxim Oreschkin teilt mit, dass im Jahr 2014 möglicherweise ca. 1 Billion Rubel (ca. 20,3 Mrd. €) weniger als erwartet eingenommen werde.</p>
17.04.2014	<p>In Chasawjurt (Dagestan) wird Musa Islawow, ein Abgeordneter des Republikparlaments, von Unbekannten erschossen. Auch sein Fahrer wird bei dem Anschlag getötet.</p>
17.04.2014	<p>In Moskau findet der 12. »Direkte Draht« mit Präsident Wladimir Putin statt, der landesweit direkt übertragen wird. Putin beantwortet mehr als vier Stunden lang Fragen, insbesondere zum Beitritt der Krim zu Russland, zur Situation in der Ukraine sowie zur Wirtschafts-, Außen- und Sozialpolitik. Putin erklärt u. a., dass hinter den »Selbstverteidigungskräften« auf der Krim russische Soldaten standen »um die Bedingungen zur Durchführung des Referendums auf der Krim zu gewährleisten«.</p>
17.04.2014	<p>Das russische Außenministerium fordert von der Ukraine eine offizielle Erklärung zu den neuen Einreisebeschränkungen für Bürger der Russischen Föderation: männliche Staatsbürger zwischen 16 und 60 Jahren dürfen mit Wirkung von 17.4. nicht mehr in die Ukraine einreisen. Die ukrainische Grenzbehörde begründet die Entscheidung mit einer hohen Terrorgefahr. Außenminister Sergej Lawrow bezeichnet die Entscheidung als skandalös.</p>
17.04.2014	<p>In Genf beginnen die Verhandlungen zur Lösung der Krise in der Ukraine unter Beteiligung der Außenminister Russlands (Sergej Lawrow), der USA (John Kerry), der Ukraine (Andrij Deschtschyzja) sowie Catherine Ashton, die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Am Abend einigen sich alle vier Seiten in einer »Genfer Erklärung« auf Schritte zur Deeskalation der angespannten Lage.</p>
17.04.2014	<p>Präsident Wladimir Putin bespricht in einem Telefonat mit dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan vor dem Hintergrund des Beitritts der Krim zu Russland die Situation der Krimtataren auf der Halbinsel.</p>
18.04.2014	<p>Generaloberst Sergej Surowin, der Kommandeur der Streitkräfte im Östlichen Militärbezirk, erklärt, auf den südlichen Kurileninseln Iturup und Kunaschir sei bis 2016 der Bau von über 150 militärischen Einrichtungen geplant.</p>
18.04.2014	<p>Präsident Wladimir Putin empfängt den Generaldirektor des Ölkonzerns Shell Ben van Beurden. Das Unternehmen plane, seine Beteiligung am Projekt »Sachalin-2«</p>

	auszuweiten. Putin verspricht, Shell bei seinen Projekten in Russland zu unterstützen. Im Anschluss nimmt Putin einen Live-Bericht des Gazprom-Chefs Alexej Miller von der Ölbohrplattform »Priraslommaja« in der Petschorasee entgegen.
18.04.2014	Die Partei »Bürgerplattform« wendet sich an den Vorsitzenden der Staatsduma Sergej Naryschkin sowie an Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka mit der Forderung, dem Vorsitzenden der LDPR Wladimir Schirinowskij das Abgeordnetenmandat zu entziehen. Schirinowskij hatte eine Journalistin von »Russia today« in der Staatsduma grob beleidigt. Naryschkin weist den Duma-Ausschuss für Fragen der Abgeordnetenethik an, den Vorfall zu untersuchen.
18.04.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet ein Gesetz, dem zufolge 10 der 11 Mrd. US-Dollar Schulden Nordkoreas gegenüber der Sowjetunion erlassen werden. Die verbliebene Milliarde soll über einen Zeitraum von 20 Jahren zurückgezahlt und von Russland in Nordkorea refinanziert werden.
18.04.2014	Sitzung des Sicherheitsrates Russlands zur Lage in der Ukraine vor dem Hintergrund der Verhandlungen und Vereinbarungen in Genf.
18.04.2014	Der russische Katastrophenschutzminister Wladimir Putschkow verhängt in mehreren Regionen des Fernen Ostens Russlands wegen der Gefahr einer Ausbreitung von Waldbränden den Ausnahmezustand.
19.04.2014	Präsident Wladimir Putin erklärt in einem Fernsehinterview, dass die russischen Soldaten, die bei der Durchführung des Referendums auf der Krim für Sicherheit gesorgt haben, staatliche Auszeichnungen erhalten werden.
19.04.2014	Der Leiter des russischen Migrationsdienstes Konstantin Romodanowskij gibt bekannt, dass nur rund 3.000 Bewohner der Krim und Sewastopols einen russischen Pass ablehnen würden. Zwischen 1,5 und 1,7 Mio. Bewohner der Krim erhalten russische Pässe.
19.04.2014	Dmitrij Peskow, Sprecher von Präsident Wladimir Putin, erklärt in einem Fernsehinterview, dass Putin die Entscheidung über einen Beitritt der Krim zu Russland allein getroffen habe.
19.– 20.04.2014	Präsident Wladimir Putin und Ministerpräsident Dmitrij Medwedew nehmen gemeinsam am Ostergottesdienst in der Christ-Erlöser Kathedrale in Moskau teil. Patriarch Kyrill gratuliert den beiden sowie Sergej Sobjanin, Moskauer Bürgermeister, zu Ostern. Putin entrichtet den orthodoxen Gläubigen den Ostergruß und betont die wichtige Rolle der Orthodoxen Kirche, die den Menschen dabei helfe, »den Glauben zu finden und sie auf ihrem Lebensweg zu stärken«.
21.04.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet eine Reihe von Gesetzen, unter anderem eines, das die Anerkennung der russischen Staatsbürgerschaft für russische Muttersprachler vereinfacht und Sprach- und Landeskundetests für Arbeitsmigranten einführt. Er unterzeichnet ferner einen Erlass zur Rehabilitierung verfolgter Völkerschaften auf der Krim, darunter der Krim-Tataren, Armenier, Griechen und Deutschen. Der Präsident legt zudem einen Gesetzesentwurf zur

	Einrichtung einer Glücksspielzone auf der Krim in die Staatsduma vor.
21.04.2014	Konstantin Busygin, ehemaliger Leiter des Konzerns »Kalaschnikow«, wird von der russischen Regierung zum Leiter der Föderalen Agentur für die Ausstattung der Staatsgrenze (»Rosgraniza«) ernannt. Sein Amtsvorgänger Dmitrij Besdelow wird seit gut sechs Monaten wegen des Verdachts auf Veruntreuung von 1 Mrd. Rubel (ca. 20 Mio. €) per Haftbefehl gesucht.
21.04.2014	Der ehemalige ukrainische Präsident Viktor Janukowytsch fordert eine Rückkehr der ukrainischen Streitkräfte in ihre Kasernen und definiert fünf Schritte zur Vermeidung eines Bürgerkrieges. Dazu gehören die Durchführung von Referenden über die Frage der Föderalisierung des Landes und eine entsprechenden Verfassungsreform. Erst dannach müsse es Neuwahlen geben, deren internationale Kontrolle gewährleistet ist.
21.04.2014	Das russische Verteidigungsministerium und der Menschenrechtsrat beim Präsidenten unterzeichnen eine Vereinbarung über eine Zusammenarbeit bei den Menschenrechten und deren Schutz im Bereich der Streitkräfte.
22.04.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew legt vor der Duma seinen alljährlichen Rechenschaftsbericht über die Arbeit der russischen Regierung im vergangenen Jahr vor. Die ungünstige Lage auf den Weltmärkten habe empfindlichen Seiten der russischen Wirtschaft offen gelegt, katastrophal sei die Situation aber nicht. Die Folgen der Sanktionen durch die EU und den USA ließen sich minimieren. Die Bemühungen der Staatsmacht seien weiterhin auf eine Erhöhung der Renten und der Gehälter der Staatsbediensteten sowie auf die Bereiche Bildung und Gesundheit ausgerichtet
22.04.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt den Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj wegen Verleumdung des Bezirksabgeordneten Alexej Lisowenko (»Einiges Russland«) zu einer Geldstrafe in Höhe von 300.000 Rubel (ca. 6. 000 €). Nawalnyj soll Lisowenko auf seinem Twitter-Account als »Drogenabhängigen« bezeichnet haben, obwohl er unter Hausarrest steht und das Internet nicht nutzen darf. Die Verteidigung legt Berufung ein.
22.04.2014	Pawel Durow, Gründer des sozialen Netzwerks »V Kontakte« (jetzt: »VK«), teilt mit, dass er Russland verlassen habe und nicht plane, in sein Heimatland zurück zu kehren: »Leider ist es in diesem Land unmöglich, ein Onlineunternehmen zu führen«, so Durow.
22.04.2014	Präsident Putin leitet eine Sitzung des russischen Sicherheitsrates. Im Zentrum steht die Entwicklung der Arktis. Putin ordnet an, ab 2017 eine vollwertige Finanzierung des Entwicklungsprogramms für die Arktis zu gewährleisten.
22.04.2014	Die Staatsduma verabschiedet ein Paket von »Anti-Terror-Gesetzen«. Dieses sieht lebenslängliche Haftstrafen für mehrere Straftatbestände mit terroristischer Ausrichtung, verschärfte Strafen für die Organisation von Massenunruhen sowie eine Ausweitung der Befugnisse des Inlandsgeheimdienstes FSB bei der Terrorbekämpfung vor.

22.04.2014	Die Staatsduma verabschiedet ein Gesetz, durch das Blogger mit Medienorganen gleichgestellt werden. Natürliche oder juristische Personen müssen dem Föderalen Aufsichtsdienst für die Medien (»Roskomnadsor«) informieren, wenn sie ihre Tätigkeit aufnehmen; die Informationen sind dann sechs Monate lang zu speichern. Als Blogger gilt nun, wer mehr als 3.000 Klicks pro Tag auf seiner Internetseite verzeichnet.
22.04.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Anweisung zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der »Higher School of Economics« (HSE). Neuer Aufsichtsratsvorsitzender wird Wjatscheslaw Wolodin, der Erste stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration.
23.04.2014	Der Pressedienst des Südlichen Militärbezirks teilt mit, dass die Kampfbereitschaft der russischen Flottille auf dem Kaspischen Meer außerplanmäßig überprüft wird.
23.04.2014	Präsident Wladimir Putin ernennt per Erlass Inna Bilenkina zur Leiterin der Verwealtung Wissenschafts- und Bildungspolitik in der Präsidentialadministration. Bilenkina war von 2010 – 2012 stellvertretende Ministerin für Bildung und Wissenschaft.
23.04.2014	Präsident Wladimir Putin verleiht per Erlass den Marschall Shukow-Staatspreis für Errungenschaften in der Militärtechnik, Militärforschung und Rüstung sowie in Literatur und Kunst. In der Sparte Literatur und Kunst erhält Jurij Bondarjow die Auszeichnung für seine Darstellungen des Heldenmuts und der Tapferkeit der »Vaterlandsverteidiger im Großen Vaterländischen Krieg 1941–1945«.
23.04.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz, das eine »Rehabilitierung des Nationalsozialismus« mit bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug ahndet. Als solches gilt eine Leugnung der Verbrechen des Nationalsozialismus sowie die Verbreitung von falschen Informationen über die Handlungen der UdSSR während des 2. Weltkrieges. Ein weiteres, von der Staatsduma verabschiedetes Gesetz, untersagt den Gebrauch von Kraftwörtern in Film und Fernsehen.
24.4.2014	Russland veranlasst, dass in der Kommission des UN-Sicherheitsrats die Behandlung des Antrags Frankreichs und der USA auf Sanktionen gegen François Bozizé, den früheren Präsidenten der Zentralafrikanischen Republik, unterbrochen wird.
24.4.2014	In Chasawjurt (Dagestan) eröffnet eine Frau das Feuer auf Sicherheitskräfte, die eine Spezialoperation durchführen. Sie wird getötet, als diese das Feuer erwidern.
24.4.2014	Auf dem Medienforum der Allrussischen Volksfront (ONF) kritisiert Präsident Wladimir Putin den Einsatz des ukrainischen Militärs gegen die eigene Bevölkerung als Verbrechen des »Kiewer Regimes«. Er erklärt ferner, dass das Internet als Projekt der CIA begonnen habe. Die USA kontrollierten die Datenströme, da die meisten Server dort stationiert sein. Man werde Mittel einsetzen, um die Informationsversorgung in Russland zu gewährleisten.
24.04.2014	Verteidigungsminister Sergej Schojgu verkündet, dass angesichts der Konzentration ukrainischer Truppen im Osten der Ukraine russische Verbände des Südlichen und

	Westlichen Militärbezirks im Grenzbereich Übungen aufgenommen hätten.
25.04.2014	Standard & Poor's senkt das Rating Russlands von BBB auf BBB-.
25.04.2014	Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel erörtern telefonisch die Situation in der Ukraine und die Gasfrage.
25.04.2014	Bei Slawjansk wird ein Beobacherteam, das sich auf Einladung der ukrainischen Regierung im Rahmen einer OSZE-Verifikationsmission in der Ostukraine aufhält, von bewaffneten Kräften der ostukrainischen Opposition festgenommen. Das Team steht unter deutscher Leitung. Ihm gehören acht Offiziere aus Deutschland, Tschechien, Schweden und Dänemark an.
26.04.2014	Die Visaerleichterungen für Reisen zwischen Russland und China treten in Kraft.
26.04.2014	Bei einer Spezialoperation in Derbent (Dagestan) werden zwei Aufständische getötet. Ein Angehöriger der Sicherheitskräfte wird verwundet.
27.04.2014	Marija Scharapowa gewinnt das Tennisturnier in Stuttgart.
27.04.2014	Die USA kündigen an, dass sie am 28.4. die Sanktionen auf Personen und Unternehmen aus dem Rüstungs- und Technologiesektor, die Präsident Putin nahestehen, ausdehnen werden.
28.04.2014	Das Gericht der Region Primorje verkündet das Urteil gegen die »Primorsker Partisanen«, eine Gruppe, die für Entführungen, Raubüberfälle und mehrere Morde verantwortlich war. Die Mitglieder der Gruppe werden zu Haftstrafen zwischen acht Jahren und lebenslänglichem Freiheitsentzug verurteilt.
28.04.2014	Präsident Wladimir Putin ordnet an, Pläne für die Ersetzung ukrainischer Zulieferungen für den russischen Rüstungssektor auszuarbeiten.
28.04.2014	Präsident Wladimir Putin kritisiert die Regierung für die Verzögerungen bei der Lösung des Problems der »Monostädte«.
29.04.2014	Die Europäische Union veröffentlicht eine Liste von 15 Personen, gegen die im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine Sanktionen verhängt werden. Dazu gehören u. a. der Stellvertretender Ministerpräsident Dmitrij Kosak, der Generalstabschef Valerij Gerasimow und Igor Sergun, der Chef des militärischen Nachrichtendienstes GRU.
29.04.2014	In der Region Transbaikalien greift ein Waldbrand auf ein Munitionslager über. Bei der Explosion von Munition werden 11 Personen getötet und 23 verletzt.
29.04.2014	Sitzung der Staatsoberhäupter des Eurasischen Wirtschaftsrats in Minsk. An der Sitzung nehmen Präsident Wladimir Putin und seine kasachischen und belorussischen Amtskollegen Nursultan Nasarbajew und Alexander Lukaschenka teil. Thema ist der Entwicklungsstand der Organisation.
29.04.2014	In einem Gespräch mit Journalisten anlässlich der Sitzung des Eurasischen Wirtschaftsrats kommentiert Präsident Wladimir Putin die neuen Sanktionen der

	USA und der EU gegen Russland. Er bezeichnet diese als Versuch des Westens, die Schuld für die Situation in der Ukraine, die der Westen selbst trage, Russland zuzuschieben. Er droht als mögliche Reaktion Schritte in Bezug auf ausländische Investitionen im Energiesektor an.
30.04.2014	Präsident Wladimir Putin erörtert mit dem britischen Ministerpräsidenten David Cameron und dem italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi telefonisch die Entwicklungen in der Ukraine.
01.05.2014	In Moskau findet auf dem Roten Platz eine Demonstration der Gewerkschaften statt. Die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation wird auf vielen Plakaten hervorgehoben. In ganz Russland nehmen nach offiziellen Angaben 2,5 Mio. Personen an Veranstaltungen zum 1. Mai teil.
01.05.2014	Bundeskanzlerin Angela Merkel bittet Präsident Wladimir Putin in einem Telefongespräch, sich für die Freilassung der Angehörigen der Verifikationsmission der OSZE einzusetzen, die in Slawjansk festgehalten werden.
02.05.2014	Auf Ersuchen Russlands setzt sich der Schweizer Präsident Didier Burkhalter als Vorsitzender der OSZE mit der ukrainischen Regierung in Verbindung und bittet sie, die Militäraktionen in der Ostukraine zu beenden. Indessen wird in Slawjansk ein Fahrzeug mit russischen Journalisten von ukrainischen Sicherheitskräften beschossen.
02.05.2014	Eine Initiative Russlands im UN-Sicherheitsrat, die Gewaltanwendung durch die ukrainische Regierung zu verurteilen, scheitert, da man sich nicht darüber einigen kann, auch die Aktionen der ostukrainischen Opposition in die Erklärung aufzunehmen. Indessen werden bei Gefechten in der Ostukraine und bei Zusammenstößen in Odessa zahlreiche Menschen getötet, darunter über 40 allein in Odessa.
03.05.2014	Der ehemalige Menschenrechtsbeauftragte in der Russischen Föderation Wladimir Lukin erreicht in Slawjansk als Sonderbevollmächtigter des russischen Präsidenten die Freilassung der OSZE-Verifikationsmission und ihrer ukrainischen Begleiter.
03.05.2014	Auf dem Manegenplatz in Moskau erfolgt eine Protestaktion mit Anti-Putin-Plakaten. Eine Person wird festgenommen, später aber wieder freigelassen.
04.05.2014	Michail Markelow, der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Dumausschusses für gesellschaftliche Vereinigungen und religiöse Organisationen, fordert, dass die amtierende ukrainische Regierung vor den Haager Gerichtshof gestellt wird. Die Abgeordneten, die die Kiewer Regierung unterstützen, bezeichnet er als Verräter und fordert, ihnen das Mandat zu entziehen.
05.05.2014	Der Menschenrechtsrat beim Präsidenten ruft die UNO und die OSZE dazu auf, Gespräche zwischen den Konfliktparteien in der Ukraine zu organisieren.
05.05.2014	Die Schauspielerin Tatjana Samojlowa (»Die Kraniche ziehen«, »Anna Karenina«) stirbt im Alter von 81 Jahren.

05.05.2014	Bei einer Spezialoperation in Chasawjurt (Dagestan) werden drei Häuser blockiert, in denen sich drei Aufständische befinden sollen. Zwei Aufständische werden bei der Aktion getötet.
05.05.2014	Das russische Außenministerium übergibt Präsident Wladimir Putin einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine von November 2013 und März 2014.
05.05.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt das Rücktrittsgesuch von Marina Kowtun, der Gouverneurin des Gebietes Murmansk, an und ernennt sie bis zu den vorgezogenen Neuwahlen zur geschäftsführenden Gouverneurin
05.05.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz, das die Leugnung von Tatsachen, die der Nürnberger Gerichtshof nach 1945 festgestellt hat, und die Verbreitung von falschen Behauptungen über die Aktivitäten UdSSR in den Jahren des Zweiten Weltkrieges unter Strafe stellt.
05.– 06.05.2014	Außenminister Sergej Lawrow nimmt an der Ministersitzung des Europarates anlässlich des 65jährigen Bestehens des Rates in Wien teil. Er ruft zur Beendigung der Kampfhandlungen und zur Einbeziehung der Vertreter der Südost-Ukraine in einen politischen Dialog auf. Der Außenminister bezweifelt auch die Legitimität der Präsidentenwahlen in der Ukraine.
05.– 06.05.2014	In Ostmitteleuropa beginnen militärische Übungen unter Beteiligung von US-amerikanischen Truppen. In Polen üben polnische, kanadische und US-amerikanische Luftlandetruppen gemeinsam. In Estland beginnt am 5.5. die Übung »Frühjahrssturm«, ein dreiwöchiges Manöver, an dem 6.000. Mann teilnehmen. In Rumänien beginnt am 6. 5. die rumänisch-amerikanische Übung »Black Sea Rotational Force 14 (BSRF)«.
06.05.2014	Auf dem Bolotnaja-Platz in Moskau findet eine nicht genehmigte Demonstration statt, die an die im »Bolotnaja-Prozess« Verurteilten erinnern will. 12 Demonstranten und ein Journalist werden festgenommen.
06.05.2014	Die US Air Force teilt mit, dass russische Bomber des Typs Tu-95 (»Bear«) vor der kalifornischen Küste und bei der Insel Guam identifiziert worden seien. Es seien US-amerikanische Jäger entsandt worden, um sie abzufangen.
06.05.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt das Rücktrittsgesuch des Oberhaupts der Republik Kalmykien Alexej Orlow an und ernennt ihn bis zu den vorgezogenen Neuwahlen zum amtierenden Republiksoberhaupt.
06.05.2014	Beim »Eurovision Song Contest« 2014 erreichen die Schwestern Anastasija und Marija Tolmatschewa, die für Russland antreten, die Finalrunde.
07.05.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt den Schweizer Bundespräsidenten Didier Burkhalter, dessen Land gegenwärtig den OSZE-Vorsitz innehat. In den Gesprächen geht es um eine <i>Road map</i> zur Lösung der Ukraine-Krise. Vor der Presse erklärt Putin, dass man ähnliche Vorstellungen über das weitere Vorgehen habe. Er fordert die Vertreter der ostukrainischen Seite auf, das für den 11. Mai geplante Referendum über die Unabhängigkeit der Region zu verschieben, und verlangt

	zugleich, dass die amtierende Regierung in Kiew Gespräche mit den politischen Kräften aufnimmt, die eine Loslösung der Ostukraine anstreben.
07.05.2014	Am Abend findet eine Sitzung des russischen Sicherheitsrats statt, bei der die Lage in der Ukraine und die Ergebnisse der Gespräche zwischen Putin und Burghalter erörtert wurden.
08.05.2014	Die Separatistenführer in der Ostukraine (Donezk und Luhansk) lehnen eine Verschiebung des Referendums am 11.5., wie von Putin vorgeschlagen, ab.
08.05.2014	Das russische Verteidigungsministerium teilt mit, dass entschieden worden sei, die Luftstreitkräfte und die Streitkräfte der Luft- und Weltraumabwehr zu einer Teilstreitkraft, den Luft- und Weltraumstreitkräften zu vereinen.
08.05.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass, der sowjetischen Teilnehmern des »Großen Vaterländischen Krieges«, die in Litauen, Lettland und Estland leben, auf Lebenszeit eine monatliche Versorgungsleistung in Höhe von 500–1.000 Rubel (ca. 12–25 Euro) garantiert.
09.05.2014	Am »Tag des Sieges« finden in Moskau und vielen anderen Städten Russlands Militärparaden statt. Präsident Wladimir Putin nimmt die Parade auf dem Moskauer Roten Platz ab. Im Anschluss fliegt der Präsident nach Sewastopol, um dort an den Feierlichkeiten zum »Tag des Sieges« teilzunehmen.
09.05.2014	Russische Medien berichten, dass ukrainische Sicherheitskräfte am »Tag des Sieges« versuchen, die Stadt Mariupol unter ihre Kontrolle zu bringen. Bei den Gefechten sterben wenigsten sieben Personen.
09.05.2014	Der Stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Rogosin nimmt gemeinsam mit Kulturminister Wladimir Medinskij und Duma-Abgeordneten an den Feierlichkeiten zum »Tag des Sieges« in Tiraspol, der Hauptstadt der international nicht anerkannten Republik Transnistrien teil.
10.05.2014	Da der Stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Rogosin auf der Sanktionsliste der EU steht, verweigern die Ukraine und Rumänien dem Regierungsflugzug mit seiner Delegation den Überflug. Die Mitglieder der Delegation kehren daher mit normalen Linienflugzeugen aus Tiraspol nach Moskau zurück.
11.05.2014	In den ostukrainischen Gebieten Luhansk und Donezk finden in jenen Orten und Bezirken, in denen die ukrainische Zentralregierung die Kontrolle verloren hat, Referenden über eine Loslösung von der Ukraine statt. Nach Medienberichten ist dort der Andrang der Wähler groß. 80–90 % der Wähler stimmen, so die ostukrainischen Wahlleiter, für eine Loslösung von der Ukraine.
12.05.2014	Präsident Wladimir Putin ordnet die Einrichtung eines Ministeriums für die Entwicklung des Nordkavkas an. Zum Leiter der Behörde ernennt er Lew Kusnezow, den bisherigen Gouverneur der Region Krasnojarsk. Ferner ernennt er den bisherigen Oberbefehlshaber der Truppen des Innenministeriums, Armeegeneral Nikolaj Rogoschkin, zum Präsidentialbevollmächtigten im Sibirischen Föderalbezirk. Generalleutnant Sergej Melikow, der Befehlshaber der Truppen im Nordkavkas, wird zum Präsidentialbevollmächtigten im Föderalbezirk Nordkavkas ernannt. Der

	bisherige Präsidialbevollmächtigte im Nordkaukasus, Aleksandr Chloponin, verliert zwar diese Funktion, bleibt jedoch Stellvertretender Ministerpräsident.
12.05.2014	Präsident Putin ernennt Viktor Solotow zum Stellvertretenden Innenminister und Befehlshaber der Truppen des Innenministeriums. Ferner ernennt er Aleksander Sawenkow zum Stellvertretenden Innenminister und Leiter der Abteilung Strafverfolgung des Innenministeriums.
12.05.2014	Präsident Putin ernennt den bisherigen Leiter der Vermögensverwaltung des Präsidenten, Wladimir Koshin, zum Assistenten des Präsidenten für militärisch-technische Zusammenarbeit. An seine Stelle tritt Aleksandr Kolpakow, bisher Leiter der Abteilung »W« des Wachdienstes für den Präsidenten beim des Föderalen Schutzdienstes (FSO).
12.05.2014	Präsident Putin nimmt den Rücktritt des Gouverneurs des Gebietes Lipezk, Oleg Koroljow, an. Bei den vorgezogenen Neuwahlen am 14. September werde Koroljow wieder antreten.
12.05.2014	Der Pressedienst des Präsidenten teilt mit, dass die Ergebnisse der Abstimmungen in Luhansk und Donezk respektiert werden. Es werde erwartet, dass die Umsetzung des Referendums auf zivilisiertem Weg im Rahmen eines Dialogs zwischen Donezk, Luhansk und Kiew erfolgt.
13.05.2014	Präsident Putin nimmt den Rücktritt des Gouverneurs des Gebietes Kursk, Aleksandr Michajlov, an und ernennt ihn bis zu Neuwahlen zum geschäftsführenden Gouverneur.
13.05.2014	Der Erdgaskonzern Gazprom stellt dem ukrainischen Erdgaskonzern »NAK Naftogas Ukrainy« für Juni eine Vorausrechnung in Höhe von 1,66 Mrd. US-Dollar aus. Lieferungen werden nur erfolgen, wenn Naftogas Ukrainy das Gas im Voraus bezahlt.
13.05.2014	Präsident Putin nimmt den Rücktritt des Gouverneurs des Gebietes Tjumen, Wladimir Jakuschew, an und ernennt ihn bis zu Neuwahlen zum geschäftsführenden Gouverneur.
14.05.2014	Präsident Putin nimmt den Rücktritt von Jurij Berg, dem Gouverneur des Gebietes Orenburg, an und ernennt ihn bis zu den Neuwahlen zum geschäftsführenden Gouverneur.
14.05.2014	Ministerpräsident Medwedew gibt bekannt, dass der Bau des Hafens von Taman am Asowschen Meer sowie ein Brückenbau über die Lena in Jakutien »in Folge der Krim« eingefroren werden. Die 112 Mrd. Rubel (rund 2,4 Mrd. €) sollen anderweitig eingesetzt werden.
15.05.2014	Präsident Putin nimmt den Rücktritt von Oleg Kuwschinnikow, dem Gouverneur des Gebietes Wologda, an und ernennt ihn bis zu den Neuwahlen zum geschäftsführenden Gouverneur.
15.05.2014	Das Allrussische Ausstellungszentrum (WWZ) im Norden Moskaus erhält offiziell seinen sowjetischen Namen wieder: WDNCh (Ausstellung der

	volkswirtschaftlichen Errungenschaften). Für die vom Moskauer Bürgermeister Sobjanin angeregte Umbenennung hätten sich in einer »interaktiven Umfrage« in Moskau 90 % der Teilnehmer ausgesprochen.
15.05.2014	Unbekannte erschießen im Rayon Gunib (Dagestan) drei Polizisten. Bei der anschließenden Anti-Terror-Operation werden weitere zehn Polizisten verletzt.
15.05.2014	Im Moskauer Vorort Puschkino versammeln sich ca. 500 Fußballfans, um der Tötung eines »Spartak«-Fans zwei Tage zuvor zu gedenken. Die Polizei nimmt 57 Personen vorübergehend fest. Der Täter wird in Usbekistan gefasst.
16.05.2014	Eine »Proton-M« Trägerrakete mit dem Kommunikationssatelliten »Ekspress-AM6« an Bord verglüht wenige Minuten nach dem Start vom Weltraumbahnhof Bajkonur auf Grund des Ausfalls einer Steuerrakete. Weitere Starts von Proton-Trägerraketen werden bis auf weiteres untersagt.
16.05.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew kritisiert die Äußerung von Maksim Ksensow, dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Föderalen Dienstes für die Medienaufsicht (»Roskomnadsor«), zur möglichen Schließung von Twitter und Facebook in Russland. Ksensow schränkt seine Äußerungen in der Folge inhaltlich ein.
17.05.2014	Bei dem Versuch einer Fahrzeugkontrolle durch Sicherheitskräfte werden in Tschegem (Kabardino-Balkarien) zwei Untergrundkämpfer getötet, darunter der Anführer des süd-westlichen Sektors der Kämpfer in der Republik, der einen Terroranschlag vorbereitet haben soll.
17.05.2014	Der Föderale Migrationsdienst gibt die Abschiebung von 136 »illegalen Migranten« aus dem Moskauer Vorort Puschkino bekannt. Nach dem Tod eines Fußballfans am 13. Mai war es zu nationalistischen Ausschreitungen und Razzien der Behörden gekommen.
18.05.2014	Auf Grund von Waldbränden wird im Gebiet Irkutsk der Ausnahmezustand verhängt.
18.05.2014	Bei einer Anti-Terror-Operation im Rayon Baksan (Kabardino-Balkarien) werden drei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
19.05.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt in Sotschi die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates. Im Zentrum des Gesprächs steht die Lage in der Ukraine. Die Pressestelle des Kremls veröffentlicht wenig später eine Mitteilung, in der die Ukraine aufgefordert wird, die »Strafoperation und die gewaltsamen Handlungen« im Osten des Landes einzustellen und die Streitkräfte von dort abziehen.
19.05.2014	Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt bei einem Treffen mit seinem slowakischen Amtskollegen Miroslav Lajčak, dass Russland seine Beziehungen mit der EU und der NATO wesentlich überdenken wird.
19.05.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew überträgt dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Aleksandr Chloponin die Regulierung des Alkoholhandels, die Koordination der Aufgabenbereiche Bodenschätze und Bodennutzung sowie der

	internationalen Beziehungen. Chloponin wird weiterhin die Tätigkeiten des Ministeriums zur Entwicklung des Nordkavkasus koordinieren.
19.05.2014	Anatolij Antonow, stellvertretender Verteidigungsminister, gibt bekannt, dass alle NATO-Staaten ihre Teilnahmen an der Moskauer Sicherheitskonferenz am 23. Mai abgesagt hätten. Im Zentrum der Konferenz steht die regionale Stabilität, globale Sicherheit sowie das »Problem der ‚Bunten Revolutionen‘«.
20.05.2014	Präsident Putin trifft zu einem Staatsbesuch in Shanghai (China) ein. Er trifft mit seinem Amtskollegen und Generalsekretär der KP Xi Jinping zu Gesprächen zusammen. Im Zentrum steht die wirtschaftliche Zusammenarbeit, v.a. in den Bereichen Verteidigung, zivile Luftfahrt und Automobilindustrie. Putin und Xi Jinping vereinbaren Militärübungen für das kommende Jahr.
20.05.2014	Verteidigungsminister Sergej Schojgu weist die Einheiten der russischen Streitkräfte, die im Grenzgebiet zur Ukraine Militärübungen durchgeführt hatten, an, in ihre Kasernen zurück zu kehren und ihre Kampfbereitschaft auf naheliegenden Truppenübungsplätzen aufrecht zu halten. Dmitrij Bulgakow, Stellvertretender Verteidigungsminister, gibt derweil bekannt, dass Russland bis Ende des Jahres der Ukraine militärisches Gerät von der Krim übergeben wird.
20.05.2014	Im Gebiet Moskau prallt ein Güterzug mit dem Passagierzug Moskau–Chişinău zusammen. Sechs Personen kommen ums Leben, mehr als 30 Insassen werden verletzt.
20.05.2014	Eine Geschworenengjury im Moskauer Stadtgericht spricht die Angeklagten im Mordfall Anna Politkowskaja für schuldig. Es sind der ehemalige Polizist Sergej Chadshikurbanow, die Journalistin erschossen haben soll, und Lom-Ali Gajtukajew als Organisator des Mordes. Die Hintermänner bleiben weiterhin unbekannt.
20.05.2014	Präsident Wladimir Putin trifft am Rande seines Staatsbesuchs in Shanghai mit UN-Generalsekretär Ban Ki-moon zusammen. Im Zentrum des Gesprächs steht die Situation in der Ukraine sowie die Lage in Syrien.
21.05.2014	Japan lässt zwei russische Militärflugzeuge von Kampfflugzeugen abfangen und von der Nähe der Grenze entfernen. Finnland meldet kurz darauf die Verletzung seines Luftraums durch zwei russische Flugzeuge. Wenig später erklärt Südkorea, zwei U-Boot-Abwehrflugzeuge der russischen Streitkräfte seien in den südkoreanischen Verteidigungsraum eingedrungen und erst nach einer Warnung wieder abgedreht.
21.05.2014	Der Föderationsrat ernennt Wjatscheslaw Lebedew zum Vorsitzenden des neuen Obersten Gerichtshofs. Präsident Wladimir Putin hatte die Kandidatur zuvor vorgeschlagen.
21.05.2014	Die Moskauer Stadtverwaltung lehnt einen Antrag zur Durchführung einer »Gay-Pride«-Parade am 31. Mai ab. Als Grund wird genannt, die Parade könnte Kinder und Jugendliche ungewollt zu Zeugen machen und zudem religiöse und moralische Gefühle sowie die menschliche Würde verletzen.

21.05.2014	Präsident Wladimir Putin gibt in Shanghai den größten Gasliefervertrag Russlands bekannt. Gazprom und der chinesische Energiekonzern CNPC unterzeichnen ein dreißigjähriges Lieferabkommen über 38 Mrd. m ³ Gas pro Jahr. Die Lieferungen sollen ab 2017 beginnen, das Gesamtvolumen des Vertrags beläuft sich auf 400 Mrd. US-Dollar. Bis dahin soll eine Gaspipeline aus Sibirien nach China verlegt werden, die »die größte Baustelle der Welt« werden wird. Russland übernimmt 55 Mrd. Dollar der Kosten für die Infrastruktur und den Bau der Pipeline, die Gesamtkosten liegen bei mehr als \$ 70 Mrd.
21.05.2014	Präsident Putin nimmt am Gipfeltreffen der Staatschefs zur Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA) teil. Am Rande des Gipfels trifft er mit dem iranischen Staatspräsidenten Hassan Rouhani zusammen.
22.05.2014	In St. Petersburg beginnt das Internationale Wirtschaftsforum, das bis zum 24. Mai dauern soll. Zur Eröffnung kommen Konzernchefs aus aller Welt zusammen. US-Konzerne bleiben auf Anweisung ihrer Regierung dem Wirtschaftsforum vielfach fern.
22.05.2014	Präsident Putin hält im Gebiet Amur eine Sitzung zu den Folgen der Flutkatastrophe vom Vorjahr ab. Er weist erneut an, dass alle Betroffenen in kürzester Zeit neuen Wohnraum erhalten sollen. Zuvor traf er sich mit Betroffenen. Im Anschluss nimmt Putin an einer Videokonferenz zum Verlauf der Bauarbeiten des Kosmodroms »Wostotschnyj« teil.
22.05.2014	Im Rahmen des Zielprogramms »Stärkung der Einheit der russischen Nation und der ethnokulturellen Entwicklung der Völker Russlands« werden 23 Nichtregierungsorganisationen mit Beträgen in einer Gesamthöhe von 8 Mrd. Rubel (ca. 168 Mio. €) gefördert. Die NGOs wurden in einem Wettbewerb ausgesucht.
23.05.2014	Das Strafverfolgungskomitee führt Razzien bei Konstantin Jankauskas, Nikolaj Ljaskin und Wladimir Aschurkow durch, die alle als Unterstützer des Oppositions-Aktivisten Alexej Nawalnyj bekannt sind. Ihnen wird die Veruntreuung von Spendengeldern für den Wahlkampf Nawalnyjs bei den Moskauer Bürgermeisterwahlen im Herbst 2013 vorgeworfen.
23.05.2014	Auf der Moskauer Konferenz für internationale Sicherheit bezeichnet Außenminister Sergej Lawrow die »bunten Revolutionen« als Gefahr für die Stabilität auf der Welt.
23.05.2014	Präsident Putin unterzeichnet einen Erlass, wonach Pläne zur Wasserversorgung und von Eisenbahnknotenpunkten von Großstädten über 200.000 Einwohner in Zukunft der Geheimhaltung unterliegen.
23.05.2014	Sicherheitskräfte töten bei einer Anti-Terror Operation in Baksan (Kabardino-Balkarien) vier Untergrundkämpfer. Dabei wird ein Labor zur Herstellung von Sprengstoff entdeckt.
23.05.2014	Auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg (22.–24.5.2014) ruft Präsident Putin die EU-Staaten auf, ein neues Partnerschaftsabkommen mit Russland zu unterzeichnen. Die Sanktionen des Westens würden sich zwar negativ auswirken, hätten bisher keine systemische Auswirkungen für die russische Wirtschaft.

23.05.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht weist das Menschenrechtszentrum »Memorial« an, sich als »ausländischer Agent« zu registrieren. »Memorial« hatte gegen eine entsprechende Auflage der Staatsanwaltschaft bei Gericht Einspruch eingelegt.
23.05.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet ein Gesetz, wonach bei Kommunalwahlen die Option, »Gegen alle« zu stimmen, wieder eingeführt wird. Wenn mehr Wähler »Gegen alle« stimmen als für einen der Kandidaten, wird die Wahl für ungültig erklärt.
24.05.2014	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte im Rayon Malgobek (Inguschetien) werden fünf Untergrundkämpfer getötet, darunter der Anführer der Kämpfer in Inguschetien, Artur Gatagashew (»Emir Abdullah«).
24.05.2014	Präsident Putin trifft in St. Petersburg mit Vorsitzenden weltweiter Informationsagenturen zusammen. Dabei erklärt er, die Behauptung, Russland wolle die UdSSR wiederherstellen, sei ein Instrument des Informationskriegs. Im Rahmen des Wirtschaftsforums trifft Putin zudem mit Vorsitzenden russischer und ausländischer Energieunternehmen zusammen; dabei werden mehrere Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet.
24.05.2014	Bundeskanzlerin Merkel und der französische Präsident Hollande bitten Präsident Putin um ein gemeinsames Telefonat. Dabei wird die Situation in der Ukraine erörtert, die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen sowie die Regulierung des Konflikts um die ukrainischen Erdgasschulden.
25.05.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew besucht die Krim. Er besichtigt u. a. die Abteilung der Migrationsbehörde in Sewastopol, die russische Pässe ausstellt, und empfängt Bürger, die der Partei »Einiges Russland« angehören. In den folgenden Tagen steht die Entwicklung von Sommerlagern für Kinder auf dem Programm.
25.05.2014	Präsident Putin besucht das Finale der Eishockey-Weltmeisterschaft zwischen Finnland und Russland in Minsk (Belarus). Russland gewinnt mit 5:2.
26.05.2014	In der Ukraine werden die vorläufigen Endergebnisse der Präsidentschaftswahlen veröffentlicht. Petro Poroschenko gewinnt mit 54,2 % im ersten Wahlgang. Die OSZE erklärt, die Wahlen seien im Einklang mit internationalen Normen erfolgt und hätten den demokratischen Kurs der Ukraine bestätigt. Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, dass Russland die Willensäußerung des ukrainischen Volkes respektieren werde.
26.05.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt Konstantin Schirschow, einen Duma-Abgeordneten der Kommunistischen Partei, wegen des Versuchs, ein Abgeordnetenmandat für 6,5 Mio. € an einen Unternehmer zu verkaufen, zu fünf Jahren Haft.
27.05.2014	Präsident Putin unterzeichnet Gesetze, die die Wahl zur gesetzgebenden Versammlung auf der Krim und in Sewastopol von 2015 auf September 2014 vorverlegen. Zudem wird das Datum, ab dem auf der Krim die ukrainische Griwna nicht mehr als Zahlungsmittel benutzt werden kann, vom 1.1.2016 auf den 1.6.2014 vorverlegt.

27.05.2014	In Inguschetien wird der Ausnahmezustand aufgehoben, der im September 2013 im Rahmen der Terrorbekämpfung für die Regionen Malgobek, Sunsha und Nasran verhängt worden war.
28.05.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht erlässt auf Ersuchen der Strafverfolgungsbehörden gegen einen weiteren Verdächtigen im »Bolotnaja-Fall« einen Haftbefehl: Der 31-jährige Dmitrij Ischewskij wird beschuldigt, am 6. Mai 2012 auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz Gewalt gegen Polizeibeamte angewendet zu haben und bleibt in Untersuchungshaft.
28.05.2014	Außenminister Frank-Walter Steinmeier führt ein Telefongespräch mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow. Im Zentrum steht die Situation in der Ukraine nach der Präsidentschaftswahl. Lawrow betont, die »Strafoperationen« der Ukrainischen Sicherheitskräfte im Osten der Ukraine müssten eingestellt werden.
29.05.2014	Präsident Putin und seine Amtskollegen Alexander Lukaschenka (Belarus) und Nursultan Nasarbajew (Kasachstan) beschließen in Astana die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion zum 1. Januar 2015, die einen freien Austausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften vorsieht. An dem Treffen nehmen auch der armenische Präsident Sersj Sargsjan und der kirgisische Präsident Almasbek Atambajew teil, die einen Beitritt anstreben.
29.05.2014	Eine Sprecherin der Organisation für Atomenergie des Iran teilt mit, dass Russland und Iran übereingekommen seien, in der iranischen Provinz Buschehr zwei weitere Atomkraftwerke mit einer Leistung von jeweils 1.000 Megawatt zu errichten.
29.05.2014	Dmitrij Peskow, Sprecher von Präsident Putin, erklärt, dass Russland der Bevölkerung in der Ostukraine humanitäre Hilfe zukommen lasse.
30.05.2014	In der Region Altaj und in der Republik Altaj kommen bei Überschwemmungen acht Personen ums Leben. In der Republik Altaj wird auf Grund der Hochwasserlage der Ausnahmezustand ausgerufen. Wladimir Putschow, Minister für Katastrophenschutz, trifft am Abend in der Region Altaj ein.
30.05.2014	Präsident Putin entlässt Rustem Chamitow, das Oberhaupt der Republik Baschkortostan, und Walerij Schanzew, den Gouverneur des Gebietes Nishnij Nowgorod, vorzeitig aus ihren Ämtern. Beide werden im September bei vorgezogenen Neuwahlen kandidieren.
30.05.2014	Das Moskauer Stadtgericht verurteilt Magomed Rasulow wegen Angriffs auf einen Polizeibeamten beim Moskauer Matwejewskij-Markt im Sommer 2013 zu 18 Jahren Haft, seine Ehefrau Chalimat Rasulowa wegen Mittäterschaft zu 12,5 Jahren Haft. Die Rasulows hatten versucht, die Festnahme eines Verwandten zu verhindern.
30.05.2014	Ramsan Kadyrow, Oberhaupt der Republik Tschetschenien, reagiert auf ukrainische Medienberichte, im Osten der Ukraine würden tschetschenische Sondereinheiten operieren. Kadyrow erklärt, es seien nur 14 Tschetschenen in der Ostukraine an den Kämpfen beteiligt.

31.05.2014	Katastrophenschutzminister Wladimir Putschow verhängt wegen der Hochwasserlage in der Region Altaj und den Republiken Altaj und Chakassien den Ausnahmezustand.
31.05.2014	Präsident Putin entlässt Wladimir Mikluschewskij, den Gouverneur der Region Primorje, vorzeitig aus seinem Amt. Er wird bei vorgezogenen Neuwahlen im September kandidieren.
31.05.2014	Auf dem Moskauer Triumphalnaja-Platz findet nach fünf Jahren erstmals eine genehmigte »Strategie-31«-Demonstration für die Versammlungsfreiheit statt. Eduard Limonow, Vorsitzender von »Anderes Russland«, kritisiert in einer Rede vor ca. 300 Personen die USA, die EU und die Ukraine, die einen Krieg zwischen den Völkern anzetteln würden. In St. Petersburg werden bei einer nicht genehmigten »Strategie-31«-Versammlung sechs Personen festgenommen.
31.05.– 01.06.2014	Im Terskij-Rayon (Gebiet Murmansk) stürzt ein Hubschrauber vom Typ Mi-8 in einen See. 12 Passagiere und vier Besatzungsmitglieder kommen ums Leben. Zwei Personen überleben das Unglück. Unter den Opfern sind der stellvertretende Gouverneur des Gebiets Murmansk, Sergej Skomorochow, der Generaldirektor des Unternehmens »Apatit« und mehrere hochrangige Beamte der Gebietsregierung.
Juni	
01.06.2014	Auf der Halbinsel Krim wird die ukrainische Griwna als Zahlungsmittel vollständig durch den russischen Rubel ersetzt.
01.06.2014	Alexander Ankwab, Präsident der von Russland unterstützten und als unabhängiger Staat anerkannten georgischen Region Abchasien, tritt nach massiven Protesten von seinem Amt zurück. Die Volksversammlung Abchasiens hatte am Vortag Neuwahlen für den 24. August beschlossen. Walerij Bganba, Sprecher der Volksversammlung, übernimmt kommissarisch das Amt des Präsidenten.
02.06.2014	Präsident Putin ordnet an, die russischen Geschichtsbücher um Informationen über die Rolle der Krim in der Geschichte des Russischen Reiches, der Sowjetunion sowie des heutigen Russland zu ergänzen.
02.06.2014	Bei einem Doppelanschlag auf eine Militärkolonne sowie die anschließend eintreffende Polizei werden im Rayon Sunsha (Inguschetien) zwei Soldaten und vier Polizisten zum Teil schwer verletzt. Ein Soldat erliegt seinen Verletzungen. Der Anschlag wird als Vergeltung auf die vor zehn Tagen erfolgte Tötung von Artur Gatagashew (Emir Abdullah), dem Anführer der Untergrundkämpfer in Inguschetien, gesehen.
02.06.2014	Der abchasische Ministerpräsident Leonid Lakerbaja tritt von seinem Amt zurück. Wladimir Delba, Finanzminister der abtrünnigen georgischen Provinz, übernimmt kommissarisch die Amtsgeschäfte.
03.06.2014	Das Strafverfolgungskomitee eröffnet ein weiteres Verfahren wegen der Teilnahme an den Zwischenfällen auf dem Bolotnaja-Platz im Mai 2012. Beschuldigt wird Oleg Melnikow.

03.06.2014	Finanzminister Anton Siluanow gibt bekannt, dass Russland und China eine gemeinsame Ratingagentur einrichten werden. Diese würde gemeinsame Projekte bewerten, in der Perspektive aber auch Dienstleistungen für andere Länder anbieten.
03.06.2014	Präsident Putin empfängt in Sotschi die neue Menschenrechtsbeauftragte Ella Pamfilowa. Im Zentrum des Gesprächs stehen die Krim, das russische Strafvollzugssystem sowie die russische Zivilgesellschaft.
03.06.2014	Präsident Putin nimmt den vorzeitigen Rücktritt von Nikolaj Merkuschkina, dem Gouverneur des Gebietes Samara, entgegen. Merkuschkina, dessen Amtszeit im Mai 2017 ausgelaufen wäre, will sich im September zur Wiederwahl stellen.
04.06.2014	Im Rayon Kisljar (Dagestan) werden bei Kampfhandlungen zwischen Sicherheitskräften und Untergrundkämpfern der mutmaßliche Anführer der Kämpfer in Babajurt getötet und ein Soldat verletzt.
04.06.2014	Präsident Putin setzt durch seine Unterschrift ein Gesetz in Kraft, das dem Justizministerium das Recht gibt, nach eigenem Ermessen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in das Register für »ausländische Agenten« aufzunehmen. Die Entscheidungen des Justizministeriums können gerichtlich angefochten werden.
04.06.2014	Das russische Strafverfolgungskomitee richtet eine Sonderabteilung zur Untersuchung der Ereignisse in der Ukraine ein. Diese soll »Verbrechen ukrainischer Soldaten gegen die Zivilbevölkerung« untersuchen.
04.06.2014	Wassilij Golubew, Gouverneur des Gebietes Rostow, verhängt in 15 Rayons, die unmittelbar an die Ukraine angrenzen, den Notstand. Grund seien Flüchtlinge aus dem Südosten der Ukraine, die in Notunterkünften untergebracht werden müssten. Pawel Astachow, Beauftragter für Kinderrechte beim Präsidenten, besucht die Region und Aufnahmezentren für Flüchtlinge und erklärt später, über achttausend ukrainische Staatsbürger seien im Laufe des Tages im Gebiet Rostow eingetroffen.
05.06.2014	Der Minister zur Entwicklung des russischen Fernen Ostens Aleksandr Galuschko gibt bekannt, dass die nordkoreanischen Behörden Visaerleichterungen für russische Investoren und Mitarbeiter russischer Unternehmen in Nordkorea einführen sowie deren Handynutzung und Internetzugang ermöglichen.
05.06.2014	Präsident Putin nimmt den vorzeitigen Rücktritt des Petersburger Gouverneurs Georgij Poltawtschenko entgegen. Poltawtschenko, dessen Amtszeit im August 2016 ausgelaufen wäre, will sich im September zur Wiederwahl stellen.
05.– 06.06.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt in Frankreich an den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des <i>D-Day</i> teil. Bei Treffen mit seinem französischen Amtskollegen François Hollande, dem britischen Premierminister David Cameron sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel steht die Situation in der Ukraine im Zentrum. Putin kommt zudem gemeinsam mit Hollande und Merkel kurz zu einem informellen Gespräch mit dem neuen ukrainischen Staatspräsidenten Petro Poroschenko zusammen. Dabei sprechen sich alle Seiten für eine Einstellung der Kämpfe im Südosten der Ukraine aus.

06.06.2014	Der Föderale Migrationsdienst führt auf Großbaustellen in Moskau und Twer Kontrollen durch. Auf der Baustelle von »Moskau-City« werden 180 »Illegale« festgenommen, in Twer weitere 176 Personen.
06.06.2014	Alexander Winokurow, Investor der kritischen Medienprojekte »Doshd« (TV Rain), »Bolschoj Gorod« und »Slon.ru« gibt bekannt, dass er die Aktiva aller drei Projekte zusammenfasst und einen Börsengang plant. Das Kapital der Aktionäre soll in ein Fernsehstudio für TV Doshd sowie ein neues Finanzierungsmodell investiert werden.
06.06.2014	Das Moskauer Stadtgericht verlängert den Hausarrest von Sergej Udaltow, dem Vorsitzenden der »Linken Front«, und die Untersuchungshaft von Leonid Raswosschajew bis zum 10. September. Den beiden wird die Vorbereitung von Massenunruhen am 6. Mai 2012 auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz vorgeworfen. Das Verfahren läuft seit Herbst 2012.
06.06.2014	Auf dem Moskauer Manegenplatz demonstrieren Aktivisten zur Unterstützung der Angeklagten im »Bolotnaja-Fall«, fünf Personen werden festgenommen.
07.06.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Anordnung zur Gründung von zwei Militärschulen in Sewastopol (Krim). Präsident Wladimir Putin hatte die Einrichtung einer »Kadetten-Lehranstalt des Präsidenten« sowie einer »Nachimow-Marineschule der Schwarzmeerflotte«, die ursprünglich 1937 gegründet wurde, am 20. März angeregt.
07.06.2014	Präsident Wladimir Putin beauftragt den Inlandsgeheimdienst FSB, die Kontrollen an der Grenze zur Ukraine zu verstärken, um illegale Grenzübertritte zu unterbinden.
09.06.2014	Das Moskauer Stadtgericht verurteilt alle Angeklagten im Mordfall Anna Politkowskaja. Lom-Ali Gajtukajew und Rustam Machmudow erhalten als Organisator bzw. als Auftragsmörder eine lebenslängliche Haftstrafe. Der ehemalige Polizist Sergej Chadshikurbakow wird zu 20 Jahren Straflager und die Brüder des Schützen Dshabrail und Ibragim Machmudow werden wegen Beihilfe zu 14 und 12 Jahren Haft verurteilt. Die Kinder Politkowskajas erhalten einen Schadenersatz von 5 Mio. Rubel (ca. 100.000 €) zugesprochen.
09.06.2014	Präsident Wladimir Putin schafft einen präsidentialen Rat für russische Sprache. Vorsitzender wird Wladimir Tolstoj, kulturpolitischer Berater des Präsidenten. Der Rat soll die Entwicklung, den Schutz und die Förderung der russischen Sprache im In- und Ausland begleiten.
09.06.2014	Die Moskauer Polizei nimmt bei Razzien zur »Dekriminalisierung von Baustellen« ca. 700 ausländische Bauarbeiter auf der Baustelle von »Moskau-City« fest.
09.06.2014	Russland übergibt den ukrainischen Streitkräften 44 Kriegsschiffe sowie fast alle Flugzeuge, die auf der Krim stationiert waren. Mehrere Fregatten, ein U-Boot und ein Teil der Wehrtechnik, die für Kampfhandlungen eingesetzt werden kann, werden von Russland zurückgehalten.

09.06.2014	Sergej Kirijenko, der Vorsitzende von »Rosatom«, unterzeichnet einen Vertrag zum Bau des ersten Atomkraftwerks in Bangladesch.
09.06.2014	Sicherheitskräfte töten vier Untergrundkämpfer auf der Föderalen Fernstraße »Kawkas« unweit von Baksan (Kabardino-Balkarien).
10.06.2014	Im Gebiet Kaliningrad beginnen Manöver des westlichen Militärbezirks, der Ostseeflotte, der Luftlandetruppen und der russischen Luftstreitkräfte. Die Übungen finden parallel zu den US-geführten NATO-Übungen »Saber Strike-2014« und »Baltops-2014« in den baltischen Staaten und dem Ostseeraum statt und umfassen ein gleich großes Truppenkontingent.
10.06.2014	Sergej Lawrow, russischer Außenminister, empfängt seine Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier (Deutschland) und Radosław Sikorski (Polen) in St. Petersburg zu Gesprächen zur Regulierung der Krise in der Ukraine.
10.06.2014	Mehr als 100.000 Personen stimmen auf der offiziellen Petitionsseite < www.onlinepetition.ru > dafür, die psychische Gesundheit von Jelena Misulina, einer Dumaabgeordneten von »Einiges Russland«, untersuchen zu lassen.
10.06.2014	Die russische Staatsduma entzieht dem Dumaabgeordneten Alexej Mitrofanow (Gerechtes Russland) die Immunität. Gegen Mitrofanow wird wegen eines Erpressungsversuchs ermittelt.
11.06.2014	Das russische Bildungsministerium veröffentlicht eine Liste von ca. 1.000 Hochschulen, denen empfohlen wird, ihre Effektivität zu erhöhen.
11.06.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verhängt gegen Konstantin Jankauskas, einen Abgeordneter aus dem Moskauer Stadtteil Sjusino, Hausarrest. Gegen Jankauskas und weitere Mitarbeiter des Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj wird wegen Veruntreuung von Spendengeldern für den Wahlkampf Nawalnyjs bei den Moskauer Bürgermeisterwahlen im Herbst 2013 ermittelt.
11.06.2014	Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt bei einem Treffen mit dem OSZE-Vorsitzenden Lamberto Zannier in Moskau, Russland würde Hilfsgüter in die Ostukraine liefern. Da Kiew Hilfsgüter aus Moskau abgelehnt habe, würden diese über die Separatisten an die Bevölkerung in den umkämpften Gebieten ausgeliefert werden.
12.06.2014	Im Solskij-Rayon (Kabardino-Balkarien) werden bei einer Anti-Terror Operation der Sicherheitskräfte drei Untergrundkämpfer getötet.
12.06.2014	Maksim Liksutow, der Stellvertretende Bürgermeister Moskaus, verklagt den Oppositions-aktivisten Alexej Nawalnyj wegen der Verletzung seiner Würde und seines geschäftlichen Rufes. Auf Nawalnyjs Blog war berichtet worden, Liksutow besitze Aktien in Zypern.
12.06.2014	Präsident Wladimir Putin telefoniert mit seinem ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko. Poroschenko informiert Putin über seine Pläne zur Regulierung der Situation in der Ostukraine und gratuliert zum »Tag Russlands«.

13.06.2014	Präsident Putin weist das russische Außenministerium an, auf die Verletzung der russischen Staatsgrenze durch zwei Schützenpanzer im Gebiet Luhansk zu reagieren. Das Außenministerium fordert die ukrainische Regierung auf, ihre Provokationen an der ukrainisch-russischen Grenze einzustellen.
14.06.2014	Vor der russischen Botschaft in Kiew kommt es zu Ausschreitungen. Auslöser ist der Abschuss eines ukrainischen Transportflugzeugs bei der Landung auf dem Flughafen von Luhansk durch ostukrainische Aufständische. 49 Angehörige der ukrainischen Streitkräfte werden getötet. Das russische Außenministerium fordert von der Ukraine, die Sicherheit seiner Diplomaten in Kiew zu gewährleisten.
14.06.2014	Der Vorsitzende der Föderalen Migrationsbehörde, Konstantin Romodanowski berichtet, dass die Zahl der Einreisen aus GUS-Staaten innerhalb eines Jahres um 20 % gesunken sei. Dies sei auf die Verschärfung der Migrationsgesetzgebung im vergangenen Jahr zurück zu führen.
15.06.2014	Im Gebiet Kirow wird die Chefredakteurin der Regionalzeitung »Rodnoj Kraj« (< www.gazetark.ru >) im Rayon Tusha erschossen aufgefunden.
15.06.2014	Bei einer Gasexplosion in einer Raffinerie bei Atschinsk (Region Krasnojarsk) kommen acht Arbeiter ums Leben. Sieben weitere werden verletzt.
16.06.2014	Der russische Gasmonopolist »Gazprom« stellt die Gaslieferungen in die Ukraine vorläufig ein und stellt den Gasbezug für die Ukraine auf Vorkasse um, nachdem Verhandlungen über eine Regelung der ukrainischen Gasschulden gescheitert waren. Ministerpräsident Dmitrij Medwedew kommentiert, die Ukraine hätte die Gaskrise künstlich geschaffen. Russland sei erst wieder zu Dialog bereit, wenn die Ukraine ihre Schulden bezahlt habe.
17.06.2014	Dmitrij Rogosin, Stellvertretender Ministerpräsident mit Zuständigkeit für den Rüstungssektor, teilt mit, dass das Ministerium für Industrie und Handel einen Plan zur vollständigen Importkompensation von Rüstungsgütern aus der Ukraine verabschiedet habe.
17.06.2014	»Gerechtes Russland« nominiert Oksana Dmitriewa in St. Petersburg als Kandidatin für die Gouverneurswahlen der Stadt im September. Präsident Putin hatte am 5. Juni den Rücktritt des amtierenden Gouverneurs Georgij Poltawtschenko angenommen, der bei vorgezogenen Neuwahlen wieder antreten will .
17.06.2014	Denis Puschilin, der Vorsitzende des Obersten Rates der »Volksrepublik Donezk«, trifft in Moskau mit Wladislaw Surkow, einem Assistenten des Präsidenten, sowie Sergej Glasjew, Berater des Präsident, zusammen. Puschilin zufolge behandelten die Gespräche die sozial-ökonomische Entwicklung und den Aufbau ziviler Institutionen in der international nicht anerkannten ostukrainischen Republik.
17.06.2014	Igor Korneljuk, ein Journalist des »Allrussischen staatlichen Fernseh- und Radiounternehmens« (WGTRK), und sein Tontechniker Anton Woloschin kommen durch Beschuss von Seiten ukrainischer Streitkräfte bei Luhansk ums Leben.
17.06.2014	Im Gebiet Poltawa (Ukraine) kommt es zu einer Explosion der Gaspipeline »Urengoj – Pomara – Ushgorod«. Dabei gehen bis zu 10 Mio. Kubikmeter Gas

	verloren. Das ukrainische Innenministerium geht von einem gezielten Anschlag aus.
18.06.2014	Das russische Strafverfolgungskomitee eröffnet ein Verfahren gegen den ukrainischen Innenminister Arsen Awakow und den Gouverneur im Gebiet Dnepropetrowsk Igor Kolomojskij. Anklagepunkte sind die Organisation von Morden, der Einsatz rechtswidriger Mittel und Methoden der Kriegsführung, die Verschleppung von Menschen sowie die Behinderung der rechtmäßigen Tätigkeit von Journalisten.
18.06.2014	Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko verkündet eine einseitige Waffenruhe in der Ostukraine. Gianni Magazzeni, Vorsitzende des UN Menschenrechtsbüros für Amerika, Europa und Zentralasien, gibt bekannt, dass seit Beginn der Spezialoperation der ukrainischen Sicherheitskräfte in den Gebieten Donezk und Luhansk 356 Personen getötet wurden.
18.06.2014	Das Justizministerium registriert die Moskauer Abteilung von Alexej Nawalnyjs Partei »Partei des Fortschritts«. Dmitrij Krajnew, Jurist der Partei, erklärt dazu, dass die Registrierung speziell verzögert wurde, so dass die Partei nun nicht zu den Wahlen zur Moskauer Stadtduma antreten kann.
19.06.2014	Das Außenministerium Australiens gibt bekannt, dass die Sanktionen gegen 50 Personen und 11 Firmen aus Russland und der Ukraine, die wegen der Annexion der Krim verhängt wurden, in Kraft treten. Betroffen sind u. a. Walentina Matwijenko, Wladislaw Surkow, die Gebrüder Rotenberg und Wladimir Jakunin. Das russische Außenministerium nennt den Schritt »völlig unproduktiv«.
19.06.2014	Die selbsternannte »Volksrepublik Donezk« eröffnet eine Vertretung in Moskau. Als Leiter der Vertretung wird Andrej Rodkin ernannt, Berater Borodajs und Leiter des Komitees für Staatsreserven.
19.06.2014	Eine geplante Ausstellung des britischen Street-Art Künstlers »Banksey« in der Moskauer »Manege« wird abgesagt, da mehrere Kunstsammler auf Grund der Politik Russlands gegenüber der Ukraine ihre Leihgaben zurückziehen.
20.06.2014	Mitarbeiter des Strafverfolgungskomitees durchsuchen seit dem frühen Morgen die Wohnung des Oppositionsaktiven Alexej Nawalnyj. Es geht um einen Bilderdiebstahl, der angeblich acht Jahre zuvor stattgefunden hat. Nawalnyj soll das Bild eines Künstlers aus Wladimir entwendet haben. Dieser wiederum erklärt, keine Forderungen gegenüber Nawalnyj zu haben.
20.06.2014	Truppen des Zentralen Militärbezirks werden auf Anweisung von Präsident Wladimir Putin ohne Vorankündigung einer Überprüfung der Kampfbereitschaft unterzogen. Die Übungen finden im Wesentlichen auf Truppenübungsplätzen in den Gebieten Tscheljabinsk und Kemerowo statt. Nach Angaben von Armeegeneral Walerij Gerasimow, des Vorsitzender des russischen Generalstabs, nehmen an der Übung mehr als 65.000 Soldaten, ca. 5.500 Einheiten militärisches Gerät, darunter Panzer und Luftabwehrraketen, über 180 Flugzeuge und rund 60 Hubschrauber teil. Die Hauptphase der Überprüfung findet bei Tscheljabinsk statt. Russland informiert seine Partner in der OSZE 24 Stunden nach Beginn der Überprüfung.

20.06.2014	Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko unterrichtet seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin über seine Pläne zur Regulierung der Lage in der Ostukraine.
20.06.2014	Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Admiral Viktor Tschirkow gibt bekannt, dass die rund 300 Schiffe umfassende Flotte in diesem Jahr um 50 Kriegs- und Versorgungsschiffe aufgestockt wird.
21.06.2014	Das russische Strafverfolgungskomitee schreibt den ukrainischen Innenminister Arsen Awakow sowie den Gouverneur des Gebiet Dnepropetrowsk Igor Kolomojskij wegen Mordes, des Einsatzes illegaler Mittel und Methoden der Kriegsführung, der Entführung von Menschen sowie der Behinderung der Tätigkeit von Journalisten international zur Fahndung aus.
21.06.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt die Initiative seines ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko, der im Südosten der Ukraine für eine Woche die Kampfhandlungen einstellen will, positiv auf. Er ruft erneut zu Verhandlungen mit den Separatisten auf. Das ukrainische Außenministerium fordert derweil von Russland Aufklärung über die »verstärkte Gruppierung russischer Streitkräfte unweit der ukrainischen Grenze«.
22.06.2014	Der Vorsitzende der russischen Staatsduma Sergej Naryschkin nimmt auf der Brester Festung in Belarus an einer Gedenkveranstaltung zum 73. Jahrestags des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion teil. In einer Rede erklärt er, der Faschismus trete erneut in einem Bruderland hervor.
22.06.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt an einer Gedenkveranstaltung am Grab des unbekanntes Soldaten in Moskau teil. Im Anschluss verurteilt Putin die aktuellen Kampfhandlungen auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion und begrüßt den Friedensplan des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko. Er ruft erneut zu einem realen Dialog mit den Separatisten in der Ostukraine auf.
22.06.2014	Die Moskauer Polizei nimmt im Stadtzentrum sechs Aktivisten bei dem Versuch fest, einen Flashmob für die Gefangenen im »Bolotnaja-Fall« initiieren.
22.06.2014	Bei einem Schusswechsel zwischen Sicherheitskräften und Angreifern im Rayon Urus-Martanowsk (Tschetschenien) werden beide Angreifer getötet. Zwei Polizisten werden bei dem Einsatz verletzt.
23.06.2014	Die Außenminister der Europäischen Union verabschieden ein Importverbot für Waren aus der Krim. In einer gemeinsamen Erklärung wird Russland aufgefordert, den Friedensplan des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko zu unterstützen, den Abzug seiner Truppen von der ukrainischen Grenze fortzusetzen, das Mandat des Föderationsrates zum Einsatz von Streitkräften in der Ukraine zurückzunehmen sowie seinen Einfluss geltend zu machen, um OSZE Beobachter und andere Geiseln frei zu bekommen.
23.06.2014	Ein Gericht in St. Petersburg verurteilt neun Rechtsextreme zu zwei bis 24 Jahren strenger Lagerhaft. Die Gruppe hat zehn Morde, Brandanschläge und Übergriffe begangen, die sich gegen Personen aus Zentralasien, dem Nordkaukasus sowie

	gegen Obdachlose richteten.
23.06.2014	In Donezk kommen die Sondergesandte des OSZE-Vorsitzenden, Heidi Tagliavini, der russische Botschafter in der Ukraine Michail Surabow, der ukrainische Ex-Präsident Leonid Kutschma als Vertreter von Präsident Petro Poroschenko sowie die Führung und Vertreter der selbsternannten »Volksrepubliken« Luhansk und Donezk zusammen, um Schritte zur Umsetzung des Friedensplans zu besprechen. Man einigt sich auf einen Waffenstillstand bis zum 27. Juni.
24.06.2014	Die Führungen der selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk geben den Zusammenschluss zu einer »Union der Volksrepubliken« bekannt. Man habe eine gemeinsame Verfassung »Neurusslands« verabschiedet.
24.06.2014	Präsident Wladimir Putin trifft in Wien mit seinem Amtskollegen Heinz Fischer zusammen. Neben der Situation in der Ukraine steht der geplante Bau der »South Stream Pipeline« auf der Agenda. Gazprom und der österreichische Energiekonzern OMV unterzeichnen ein Abkommen zur Gründung eines gemeinsamen Unternehmens für den österreichischen »South Stream«-Abschnitt.
25.06.2014	In der Region Krasnojarsk wird auf Grund von Waldbränden der Notstand ausgerufen.
25.06.2014	Der russische Föderationsrat hebt die Genehmigung zum Einsatz russischer Streitkräfte im Ausland auf, die er am 1. März erteilt hatte. Präsident Putin hatte dies am Vortag beantragt.
25.06.2014	Während eines Besuchs von Nikolaj Spasskij, dem stellvertretenden Vorsitzenden des staatlichen Atomkonzerns »Rosatom«, verständigen sich Russland und der Iran auf den Bau neuer Reaktorblöcke des iranischen Atomkraftwerks in Buser.
25.06.2014	In einer Telefonkonferenz besprechen Präsident Wladimir Putin, sein ukrainischer Amtskollege Petro Poroschenko, Frankreichs Präsident Francois Hollande sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel die Lage in der Ukraine. Merkel und Hollande rufen Putin und Poroschenko dazu auf, einen effektiven Mechanismus zur Kontrolle des Waffenstillstands sowie der russisch-ukrainischen Grenze auszuarbeiten und umzusetzen.
27.06.2014	Die OSZE bestätigt die Freilassung von vier Beobachtern in Donezk. Alexander Borodaj, Premierminister der »Volksrepublik Donezk« kündigt die Freilassung weiterer vier OSZE-Beobachter in den kommenden Tagen an.
27.06.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht lehnt eine Klage gegen die Registrierung der NGO »Gesellschaftliches Verdikt« als »ausländischer Agent« ab. Zuvor hatte das Justizministerium die NGOs »Memorial«, »Gesellschaftliches Verdikt«, »Juriks« und die Wahlrechtsvereinigung »Golos« als »ausländische Agenten« registriert.
27.06.2014	Der Präsident des staatlichen Ölkonzerns »Rosneft«, Igor Setschin teilt Präsident Wladimir Putin im Rahmen einer Videokonferenz die Inbetriebnahme der Ölbohrinsel »Berkut« im Ochotskischen Meer mit. Diese soll im Rahmen des Gas- und Ölprojektes »Sachalin 1« ab Dezember 2014 Öl aus der Lagerstätte Arkutun-

	Dagi fördern.
27.06.2014	In Donezk findet die zweite Verhandlungsrunde zur Regulierung der Situation in der Ostukraine statt. Daran nehmen Vertreter der selbsternannten »Volksrepubliken« Luhansk und Donezk, der russische Botschafter in der Ukraine Michail Subarow, eine OSZE-Mission sowie Leonid Kutschma und Viktor Medwedtschuk als Vertreter Kiews teil. Der Waffenstillstand wird bis zum 30. Juni verlängert. Zudem wird die Ausarbeitung einer Liste von »Kriegsgefangenen« vereinbart, die zwischen Kiew und den »Volksrepubliken« ausgetauscht werden sollen.
28.06.2014	Vertreter der »Volksrepublik Donezk« lassen weitere vier OSZE-Beobachter frei. Diese waren einen Monat zuvor im Gebiet Donezk festgenommen worden.
29.06.2014	Der Minister für wirtschaftliche Entwicklung Alexej Uljukajew gibt Ergebnisse einer Studie zu Entwicklungsszenarien der russischen Wirtschaft im Falle sektoraler Sanktionen des Westens gegen Russland bekannt. Russland werde die härtesten Sanktionen aushalten, dabei würden jedoch das Wirtschaftswachstum und stärker noch die Investitionen ernstlich ins Minus rutschen, die Einnahmen wie staatlichen Reserven stark zurückgehen sowie die Inflation zunehmen. All dies wäre jedoch eine »undramatische Entwicklung«.
30.06.2014	Anatolij Kljan, ein Kameramann des russischen »Ersten Kanals«, kommt in Donezk durch eine Schussverletzung ums Leben.
30.06.2014	Der Gouverneur des Gebietes Rostow, Wasilij Golubjew verhängt wegen des andauernden Zuzugs von Flüchtlingen aus der Ukraine über das gesamte Gebiet den Notstand. Ministerpräsident Dmitrij Medwedew richtet eine Arbeitsgruppe zur Unterstützung der Flüchtlinge ein, die vom Stellvertretenden Ministerpräsidenten Dmitrij Kosak geleitet wird.
30.06.2014	Der Minister für regionale Entwicklung Igor Slunjabew gibt bekannt, dass das föderale Zielprogramm zur sozial-ökonomischen Entwicklung der Krim bis 2020 Haushaltsmittel von bis zu 620 Mrd. Rubel (ca. 13 Mrd. €) vorsieht.
30.06.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht gibt der Klage des Dumaabgeordneten und Vorsitzenden des Komitees für Wirtschaftspolitik und Unternehmertum Igor Rudenskij gegen den Oppositionsaktivisten Aleksej Nawalnyj statt. Rudenskij hatte gegen die Verletzung seiner Ehre geklagt und eine Richtigstellung gefordert. Nawalnyj hatte Rudenskij in seinem Blog vorgeworfen, einen Teil seines Landbesitzes im Gebiet Pensa nicht deklariert zu haben.
Juli	
01.07.2014	Das Gesetz zum Verbot der Verwendung von Kraftausdrücken in öffentlichen Darbietungen von Literatur, Kunst, Theater und Kino tritt in Kraft. Print- und Audioprodukte, die Kraftwörter beinhalten, müssen gesondert verpackt und mit der Aufschrift »enthält unzensurierte Schimpfwörter« versehen werden. Gesetzesverstöße haben Strafen von 2.000 bis 50.000 Rubel (ca. € 40–1.000) zur Folge. Die Vorführung eines Filmes mit Kraftausdrücken wird mit Geldstrafen von 50.000–100.000 Rubel (ca. 1.000–2.000 €) belegt.

01.07.2014	Präsident Wladimir Putin hält eine Rede vor Botschaftern und ständigen Vertretern Russlands sowie den Abgeordneten der Staatsduma, des Föderationsrates und den Leitern von Ministerien und Behörden. Im Zentrum stehen das neue Konzept der nationalen Sicherheit sowie der Schutz der nationalen Interessen. Im Rahmen einer notwendigen Selbstverteidigung müssten Russen in der ganzen Welt geschützt werden. Putin erklärt, die Ereignisse in der Ukraine seien vom Westen provoziert und ein »konzentrierter Ausdruck einer notorische Politik der Eindämmung gegenüber Russland«. Diese Politik setze seit dem Kalten Krieg fortgesetzt worden. Putin ruft weiterhin zu einer Vertiefung der Partnerschaft mit China auf.
01.07.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet ein Gesetz zur Wiedereinführung der Winterzeit in Russland.
02.07.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verlängert auf Antrag des Föderalen Strafvollzugsdienstes die Bewährungsfrist für den Oppositionsaktivisten Aleksej Nawalnyj im Falle »Kirowles« um drei Monate.
02.07.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht erklärt die Nichtzulassung des Oppositionsaktivisten Konstantin Jankauskas zu den Wahlen zur Moskauer Stadtduma für rechtmäßig. Die Moskauer Wahlkommission hatte eine Registrierung von Jankauskas abgelehnt, da dieser seine Registrierungsunterlagen auf Grund eines Hausarrests seit dem 11. Juni nicht persönlich eingereicht hatte.
02.07.2014	Der Föderale Dienst für Veterinär- und Phytosanitäraufsicht (Rosselchosnadsor) verhängt ein Importverbot für Fleischprodukte aus Moldawien ab dem 5. Juli. Der Stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Rogozin gibt derweil bekannt, dass das Assoziierungsabkommen zwischen Moldawien und der EU, das am 27. Juni in Brüssel unterzeichnet wurde, die Rechte der Bewohner in Transnistrien verletzen würde.
02.07.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt in Minsk gemeinsam mit seinem belorussischen Amtskollegen Lukaschenka an den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Befreiung Weißrusslands von der Besatzung durch Nazideutschland teil. Dabei wird ein Anbau des historischen Museums zum vaterländischen Krieg eingeweiht und von beiden Präsidenten besichtigt.
02.07.2014	Die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine sprechen sich in Berlin für eine sofortige Freilassung aller Geiseln und für einen raschen Waffenstillstand in der Ostukraine aus, der von allen Beteiligten überwacht werden soll. Die Kontaktgruppe soll Verhandlungen zwischen Kiew und den Separatisten zügig wieder aufnehmen und Bedingungen für einen Waffenstillstand aushandeln.
03.07.2014	Der Vorsitzende der russischen Staatsduma Sergej Naryschkin bezeichnet Maßnahmen der USA gegen den Dumaabgeordneten Adam Delimchanow (»Einiges Russland«) als »illegale Handlung«. Das US-Finanzministerium hatte am Vortag Delimchanows Aktiva in den USA eingefroren und Geschäfte mit ihm untersagt, da dieser mit organisierter Kriminalität in Verbindung stehe.
03.07.2014	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte spricht Russland schuldig, bei der Deportation von Georgiern im Jahr 2006 Normen der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt zu haben, darunter das Verbot von

	Massendeportation, das Verbot erniedrigender Behandlung, das Recht auf Freiheit und Sicherheit sowie auf effektiven Rechtsschutz. Georgien und Russland haben nun zwölf Monate Zeit, sich auf eine Kompensationszahlung zu einigen.
03.07.2014	Finanzminister Anton Siluanow teilt mit, dass 2015 100 Mrd. Rubel (ca. 2,1 Mrd. €) in die Entwicklung der Krim investiert werden sollen. Die Summe umfasst auch den Bau der Brücke über die Straße von Kertsch.
03.07.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt an einer Sitzung des Präsidialrates für die interethnischen Beziehungen teil. Im Zentrum stehen Initiativen zur patriotischen Erziehung der Jugend.
04.07.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet ein Gesetz, das ausländische Internetunternehmen verpflichtet, persönliche Daten russischer Nutzer auf russischem Territorium zu speichern. Betroffen sind unter anderem Facebook und Twitter.
04.07.2014	Der Föderale Dienst für den Verbraucherschutz (Rospotrebnadzor) verhängt ein Importverbot gegen Milchprodukte des Unternehmens »Milkyland-Ukraine«
04.07.2014	Das russische Verteidigungsministerium teilt mit, dass die Schwarzmeerflotte im gesamten Schwarzen Meer eine Übung durchführt, an der ca. 20 Kriegsschiffe teilnehmen. Zuvor waren vier Kriegsschiffe der NATO im Rahmen der »Standing NATO Mine Counter-Measures Group 2« in das Schwarze Meer eingelaufen. Sie sollen vor Bulgarien an einer Übung teilnehmen.
04.07.2014	Das russische Außenministerium protestiert gegen die Entscheidung des Koordinationsrates für Fernsehen und Radio in Moldawien, der die Ausstrahlung von »Rossija 24« bis zum 1. 1. 2015 untersagt. Diese Entscheidung verwehrt das Recht auf freien Informationszugang, so das Ministerium.
05.07.2014	Dem Vorsitzenden der Versammlung der Krim-Tataren Refat Tschubarow wird die Einreise auf die Krim verweigert. Für ihn gilt ein fünfjähriges Einreiseverbot.
06.07.2014	Patriarch Kirill, das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche wird nicht zur Beerdigung des Kiewer Metropoliten Wladimir reisen, um »radikalen Kräften« keinen Anlass für Demonstrationen zu bieten. An seiner Stelle nimmt Ilarion, der Metropolit von Wolokolamsk an der Beerdigung teil. Der Kiewer Metropolit und Vorsitzende der ukrainischen orthodoxen Kirche Wladimir war am 5. 7. 2014 im Alter von 79 Jahren verstorben.
06.– 07.07.2014	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte im Rayon Unzukul (Dagestan) werden fünf Untergrundkämpfer und ein Polizist getötet. Drei weitere Angehörige der Sicherheitskräfte werden bei dem Einsatz verletzt.
07.07.2014	Ein Bezirksgericht in Kasan verurteilt vier Angeklagte im »Bulgarija«-Fall zu Haftstrafen von fünf bis elf Jahren. Beim Untergang des Ausflugschiffs »Bulgarija« auf der Wolga waren im Juli 2011 122 Personen ums Leben gekommen.
08.07.2014	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte nimmt die Klage des Anwalts von Leonid Raswosshajew an. Im Zentrum steht die Entführung Raswosshajews von

	Kiew nach Moskau im Oktober 2012.
08.07.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt den Serbischen Premierminister Aleksandar Vučić. Im Zentrum des Gesprächs stehen Fragen der bilateralen Zusammenarbeit sowie die Energiebeziehungen. Dabei geht es vor allem um den von Russland geplanten Bau der »South Stream«-Pipeline.
08.07.2014	Präsident Putin gratuliert im Rahmen einer Videokonferenz den Veteranen und Eisenbahnern der »Baikal-Amur-Magistrale« (BAM) zum 40. Jahrestag des Baubeginns.
08.07.2014	Valentina Matwijenko, die Vorsitzende des Föderationsrates, empfiehlt im Rahmen einer Pressekonferenz den Senatoren des Föderationsrates, Auslandsreisen einzuschränken, um sich nicht möglichen Provokationen auszusetzen.
08.07.2014	Im Rahmen der andauernden Spezialoperation der Sicherheitskräfte im Rayon Unzukul (Dagestan) werden zwei weitere Untergrundkämpfer getötet.
09.07.2014	Vertreter von »South Stream Serbia«, »Serbiagaz«, Gazprom und »Centrgaz« unterzeichnen in Belgrad (Serbien) eine Vereinbarung zum Bau der »South Stream« Pipeline auf serbischem Territorium. Das 2,1 Mrd. Euro teure Teilstück soll ab Ende 2016 Gas transportieren.
09.07.2014	Das Militärgericht im Bezirk Nordkaukasus verurteilt den ehemaligen Bürgermeister von Machatschkala (Dagestan, 1998–2013) Said Amirow zu zehn Jahren sowie seinen Neffen Jusup Dshaparow zu 8,5 Jahren strenger Lagerhaft. Die beiden waren angeklagt, den Abschuss eines Flugzeugs geplant zu haben, bei dem sich ein politischer Gegner Amirows, Sagid Murtasalijew, der Vorsitzender des Pensionsfonds in Dagestan, an Bord befunden hätte.
09.07.2014	Präsident Wladimir Putin trifft erstmals mit der neu zusammengesetzten Gesellschaftskammer zusammen. Diese besteht aus 40 Personen, die vom Präsidenten ernannt werden, 85 Vertretern der Gesellschaftskammern in allen Föderationssubjekte sowie 43 Vertretern von gesellschaftlichen Vereinigungen, die per Internet-Abstimmung ausgewählt wurden.
09.07.2014	Präsident Putin empfängt im Kreml eine Delegation ausländischer Rabbiner. Im Zentrum stehen gemeinsame Anstrengungen gegen eine Umschreibung der Geschichte, der Kampf gegen Neonationalismus und Neofaschismus, Xenophobie und Antisemitismus. Putin erklärt, dass Russland gegen jegliche Erscheinung des Nazismus ankämpfen werde. Das Treffen findet am Vorabend des Gedenktags für das Pogrom gegen Tausende Juden in Sewastopol im Juli 1942 statt.
09.07.2014	Wladimir Markin, offizieller Sprecher des Strafverfolgungskomitees, gibt die Eröffnung eines Strafverfahrens gegen die Ukrainerin Nadeshda Sawtschenko bekannt. Sawtschenko, die in der Ostukraine für die ukrainischen Streitkräfte im Einsatz war, wird vorgeworfen, für den Tod zweier russischer Journalisten des »Staatlichen Fernseh- und Radiounternehmens« verantwortlich zu sein. Ein Bezirksgericht in Woronesh verhängt zwei Monate Untersuchungshaft gegen sie. Wie Sawtschenko nach Russland gelangte, ist bisher ungeklärt.

10.07.2014	Im Östlichen Militärbezirk wird eine unangekündigte Überprüfung der Kampfbereitschaft durchgeführt. Mehr als 9.000 Soldaten und 4.000 Fahrzeuge nehmen an Übungen teil.
10.07.2014	Wladimir Artamanow, Stellvertretender Leiter des Katastrophenschutzministeriums, gibt bekannt, dass in den Gebieten Rostow, Wolgograd, Astrachan, der Republik Kalmykien, der Region Stawropol sowie der Stadt Sewastopol auf Grund des anhaltenden Zuzugs von Flüchtlingen aus der Ukraine der Notstand verhängt wurde.
10.07.2014	Im Zentrum einer Sicherheitsratsitzung unter Leitung von Präsident Wladimir Putin steht die Situation in der Ukraine sowie die bevorstehende Reise Putins nach Lateinamerika.
11.07.2014	Präsident Wladimir Putin hält eine Sitzung mit Mitgliedern der Regierung ab. Im Zentrum der Erörterungen stehen die erleichterte Anerkennung der russischen Staatsbürgerschaft, eine erhöhte Mobilität von Arbeitskräften sowie die »De-Offshorisazija« der russischen Wirtschaft.
11.07.2014	Präsident Putin trifft zu einem Staatsbesuch auf Kuba ein. Im Zentrum steht die Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Putin unterzeichnet u. a. ein Regierungsabkommen zwischen Russland und Kuba, durch das 90 % der Schulden Kubas aus Sowjetzeiten in Höhe von 35,2 Mrd. US-Dollar erlassen werden. Die restlichen 3,5 Mrd. US-Dollar sollen über einen Zeitraum von 10 Jahren zurückbezahlt werden. Am Abend trifft Putin mit Fidel Catro zusammen.
11.07.2014	Michail Kosenko, Verurteilter im »Bolotnaja-Fall« und seit Juni 2012 in Haft sowie in psychiatrischer Zwangsbehandlung, wird aus der Psychiatrie entlassen. Er wird im weiteren Verlauf an seinem Wohnort ambulant behandelt.
12.07.2014	Das russische Außenministerium protestiert bei der Ukraine gegen den Beschluss eines russischen Grenzpostens im Gebiet Rostow. Russland droht Gegenmaßnahmen an, falls sich ähnliche Vorfälle wiederholen.
12.07.2014	Präsident Wladimir Putin trifft bei einem Kurzbesuch in Nicaragua mit seinen Amtskollegen Daniel Ortega zusammen.
12.07.2014	Bei seinem Staatsbesuch in Argentinien führt Präsident Putin Gespräche mit seiner Amtskollegin Cristina Fernández de Kirchner. Im Beisein der beiden werden mehrere Vereinbarungen unterzeichnet, darunter über eine Zusammenarbeit im Justizbereich, über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie sowie im Medienbereich. Demnach wird der Sender »Russia Today« in Argentinien auf Sendung gehen.
12.07.2014	In Moskau stirbt im Alter von 65 Jahren die Oppositionspolitikerin, Journalistin, Bürgerrechtlerin und Dissidentin Walerija Nowodvorskaja. Sie engagierte sich für den Samisdat, wurde mehrfach verhaftet und zur Zwangsbehandlung in die Psychiatrie eingewiesen. 1992 war sie Mitbegründerin der »Demokratischen Union Russlands«. Präsident Wladimir Putin bekundet den Angehörigen sein Beileid.
13.07.2014	Das russische Außenministerium lässt den amtierenden Vertreter der Ukraine in Moskau einberufen und überreicht diesem eine Protestnote, nachdem abermals

	russisches Territorium von der Ukraine aus beschossen worden sein soll. Bei dem Vorfall war in der russischen Siedlung Donezk (Gebiet Rostow) ein Bewohner getötet worden. Zwei weitere wurden verletzt.
13.07.2014	Präsident Wladimir Putin trifft auf seiner Lateinamerikareise in Rio de Janeiro ein. Im Vorfeld des WM-Finales zwischen Argentinien und Deutschland treffen er und Außenminister Sergej Lawrow mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen. Im Zentrum der Gespräche steht die Situation in der Ukraine.
13.07.2014	Am Seligersee (Gebiet Twer) beginnt zum zehnten Mal das Jugendforum »Seliger«. Mehr als 20.000 Teilnehmer aus allen Regionen Russlands und 143 Staaten werden erwartet. Das Generalthema der Veranstaltung lautet »Globale Herausforderungen der Moderne«.
14.07.2014	Konstantin Romodanowskij, der Vorsitzende der Föderalen Migrationsbehörde, gibt bekannt, dass mehr als 30.000 ukrainische Flüchtlinge einen Flüchtlingsstatus und eine zeitweilige Aufenthaltsgenehmigung in Russland beantragt hätten. Seit Beginn der Krise in der Ostukraine seien 500.000 Ukrainer in die russischen Grenzregionen geflohen, davon hätten 130.000 eine langfristige Aufenthaltsgenehmigung beantragt.
14.07.2014	Der Gouverneur des Gebiets Rostow, Wasilij Golubew teilt mit, dass nach dem Grenzzwischenfall beim Dorf Donezk, bei dem ein russischer Zivilist getötet worden war, zusätzliche Einheiten der Polizei und des südlichen Kommandos der Truppen des Innenministeriums herangeführt werden.
14.07.2014	Die russische Regierung verbietet den Behörden und Kommunen die Beschaffung von ausländischen Fahrzeugen.
14.07.2014	Präsident Wladimir Putin trifft mit seiner brasilianischen Amtskollegin Dilma Rousseff zusammen. Im Rahmen der Gespräche werden Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erörtert sowie eine Zusammenarbeit im Bereich der zivilen Luftfahrt vereinbart.
15.07.2014	Bei Wladiwostok (Region Fernost) beginnt das russisch-indische Marinemanöver »Indra-2014«.
15.07.2014	Bei einem Unfall in der Moskauer Metro kommen 23 Personen ums Leben. Mehr als 130 Passagiere werden zum Teil schwer verletzt. Die Ursache der Katastrophe werden untersucht.
15.– 16.07.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt in Brasilien am 6. Treffen der Staats- und Regierungschefs der BRICS-Staaten teil. Neben Fragen zur politischen Koordination wird die Gründung einer Entwicklungsbank der BRICS-Staaten sowie die Einrichtung eines Fonds an Währungsreserven zum Schutz vor Risiken der Finanzmärkte mit einem Volumen von jeweils \$ 100 Mrd. vereinbart. Im Rahmen des Treffens führt Putin u. a. Einzelgespräche mit dem chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping, seinem südafrikanischen Amtskollegen Jacob Zuma sowie dem neuen indischen Premierminister Narendra Modi.

16.07.2014	Wenige Tage nach dem Staatsbesuch von Präsident Wladimir Putin auf Kuba wird gemeldet, dass Russland und Kuba eine Vereinbarung zur Reaktivierung des Abhörzentrums (Signals Intelligence) in Lourdes bei Havanna geschlossen haben. Die 1962 errichtete größte Abhöreinrichtung des sowjetischen bzw. russischen Auslandsgeheimdienstes wurde 2001 aus finanziellen Gründen und als Geste guten Willens an die USA geschlossen. Putin dementiert diese Meldung persönlich am folgenden Tag.
17.07.2014	Die USA verhängen weitere Sanktionen gegen Russland. Aktiva mehrerer russischer Rüstungskonzerne (u. a. »Almas-Antej«, »Kalaschnikow« und »Uralwagonsawod«) werden eingefroren. Gegen den Stellvertretenden Duma-Vorsitzenden Sergej Newerow; den Minister für die Angelegenheiten der Krim Oleg Saweljew sowie den Assistenten des Präsidenten Igor Schtschegolew werden Einreisesperren verhängt. Den Mineralölkonzern »Rosneft«, den Gasproduzenten »Nowatek« sowie die Banken »Gazprombank« und Wneschekonombank« wird der Zugang zum Dollar-Finanzmarkt untersagt.
17.07.2014	Die europäischen Staats- und Regierungschefs beschließen auf dem EU-Gipfel in Brüssel eine Ausweitung der Sanktionen gegen Russland. Geschäfte mit bestimmten russischen Unternehmen werden Konzernen aus der EU untersagt, die Bankkonten der betroffenen russischen Unternehmen in der EU eingefroren. Eine Liste der betroffenen russischen Unternehmen soll bis Ende des Monats ausgearbeitet werden. Weiterhin werden die Europäische Investitionsbank sowie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung angewiesen, keine neuen Projekte für Russland zu genehmigen.
17.07.2014	Die Wahlkommission der Stadt Moskau lehnt die Registrierung der beiden Oppositionsaktivistinnen Olga Romanowa und Maria Gajdar ab. Beide wollten für die oppositionelle »Liste 45« kandidieren. Die Wahlkommission moniert, dass ca. 20 % der eingereichten Unterschriften nicht korrekt seien.
17.07.2014	Eine Boeing der Malaysian Airlines (Flug MH 17) stürzt in der Nähe von Tores (Ostukraine) rund 50 km von der russischen Grenze ab. Alle 298 Passagiere werden getötet. Das Flugzeug, das sich in eine Höhe von 10.000 Metern befand, wurde vermutlich durch ein Luftabwehrsystem getroffen. Die Separatisten der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und die ukrainischen Truppen geben sich gegenseitig die Schuld. Igor Strelkow, der sogenannte Verteidigungsminister von Donezk, meldet kurz nach dem Absturz auf seinem Account bei »Vkontakte« den Abschuss einer ukrainischen »An-26«. An dem von Strelkow genannten Ort wird später das Wrack von MH 17entdeckt.
18.07.2014	Finanzminister Anton Siluanow berichtet Präsident Wladimir Putin, dass in der Haushaltsperiode 2014-2015 250 Mrd. Rubel (ca. 5,3 Mrd. €) aus Regierungsreserven für die Entwicklung der Krim eingesetzt werden. Im Übrigen wird der Haushaltsansatz eingehalten.
18.07.2014	Der Föderale Dienst für Veterinär- und Phytosanitäraufsicht (Rosselchhosnadsor) verhängt ein Einfuhrstopp gegen Früchte und Beeren aus Moldawien.
18.07.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt an den Feierlichkeiten zum 700. Geburtstag des

	<p>heiligen Sergej Radoneshskij in Sergijew Posad teil. Putin, der gemeinsam mit Patriarch Kirill Tausende Gläubige begrüßt, lobt Radoneshskij als »geistigen Halt und Unterstützung während der schwierigen Periode der fremden Invasion und inneren Spaltung«. Er habe die Vereinigung der russischen Länder befördert. Im Anschluss trifft Putin mit den Mitgliedern des Heiligen Synods der Russischen Orthodoxen Kirche sowie den Oberhäuptern der orthodoxen Kirchen in 15 anderen Ländern zusammen.</p>
19.07.2014	<p>Das russische Außenministerium verhängt als Reaktion auf verschärfte Sanktionen der USA Einreisesperren gegen 12 amerikanische Staatsbürger. Diese seien an Menschenrechtsverletzungen in Abu Ghraib und Guantanamo beteiligt gewesen. In »symmetrischer Reaktion« auf die Einreisesperre gegen den Dumaabgeordneten Adam Delimchanow wird gegen James Moran, Abgeordneter im US-Repräsentantenhaus, ein Einreiseverbot nach Russland verhängt.</p>
20.07.2014	<p>In einem Telefonat betonen Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel die Notwendigkeit von Sicherheitsgarantien für die Experten, die die Unglücksstelle von MH 17 in der Ostukraine untersuchen sollen.</p>
20.– 21.07.2014	<p>Präsident Wladimir Putin macht in einer nächtlichen Videobotschaft die Kampfhandlungen in der Ostukraine für das Flugzeugunglück verantwortlich und ruft zu Verhandlungen aller Beteiligten des Konfliktes in der Ostukraine auf. Niemand habe das Recht, die Tragödie für eigennützige politische Ziele zu missbrauchen.</p>
21.07.2014	<p>Das russische Justizministerium registriert auf administrativem Wege fünf Nichtregierungsorganisationen als »ausländische Agenten«. Die Maßnahme betrifft die Organisationen »Agora«, »Memorial«, »Öffentliches Verdikt«, »Ökoschutz - Frauenrat« sowie die »Juristen für verfassungsmäßige Rechte und Freiheiten«.</p>
21.07.2014	<p>Das russische Außenministerium bestellt den lettischen Botschafterin Astra Kurme ein und protestiert gegen die Verhängung von Einreiseverboten gegen drei russische Popmusiker.</p>
21.07.2014	<p>Die Moskauer Wahlkommission schließt die Registrierung der Kandidaten für die Wahl zur Moskauer Stadtduma ab. Unabhängige Kandidaten mussten Unterschriften von 3% der Wähler ihres Wahlkreises vorlegen. Eine Reihe von Kandidaten wurde nicht zugelassen, weil ein Teil dieser Unterschriften angeblich unkorrekt war.</p>
22.07.2014	<p>Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz, mit dem in Russland ab dem 26. Oktober die Winterzeit gilt. Danach soll es keine weiteren saisonalen Zeitumstellungen mehr geben. Die Zahl der Zeitzonen wird von 9 auf 11 erhöht. Die Gebiete Udmurtien und Samara (Msk +1), Kemorowo (Msk +4), die Transbaikal-Region (Msk + 5) sowie die Regionen Kamtschatka und Tschukotka (Msk + 9) ändern in diesem Rahmen ihre Zeitzonen.</p>
22.07.2014	<p>Sergej Sobjanin, Moskauer Bürgermeister, gibt den Rücktritt des Chefs der Moskauer U-Bahn Iwan Besedin bekannt. Sein Nachfolger wird Dmitrij Pegow, bisher Leiter der Abteilung Schnellzüge bei der russischen Eisenbahn. Der Personalwechsel erfolgt eine Woche nach dem Moskauer U-Bahn-Unfall mit 22</p>

	Toten und mehr als 200 Verletzten.
22.07.2014	Öffentlich angekündigte Sitzung des nationalen Sicherheitsrates zum Thema Souveränität und territoriale Integrität Russlands. Präsident Wladimir Putin erklärt, dass aktuell eine direkte militärische Bedrohung für Russland und seiner territorialen Integrität nicht bestehe. Er warnt jedoch vor bunten Revolutionen, kritisiert den verfassungsfeindlichen Umsturz in der Ukraine sowie die gewaltsame Unterdrückung derer, die dagegen protestieren. Umsturzversuche in Russland würden von den Staatsbürgern nicht hingenommen. Der wichtigste Garant für Russlands Souveränität und territorialer Integrität seien die Streitkräfte. Putin zufolge werde Russland adäquat und symmetrisch auf eine Verlagerung von militärischer Infrastruktur der NATO in Richtung russischer Grenze reagieren.
22.07.2014	Auf Grund der hohen Zahl von Flüchtlingen aus der Ukraine wird im Gebiet Pensa der Notstand ausgerufen.
23.07.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz zur Einrichtung von Glücksspielzonen auf der Krim und im Kuban. Damit werden die vier seit rund fünf Jahren bestehenden legalen Glücksspielzonen (Wladiwostok, Altaj, Kaliningrad und an der kaukasischen Schwarzmeerküste) um zwei erweitert.
23.07.2014	Der Föderale Dienst für die Medienaufsicht »Roskomnadsor« blockiert das anonyme Internetportal »Schaltaj Boltaj«. Auf diesem waren Gespräche und der Schriftverkehr zwischen russischen Politikern veröffentlicht worden.
24.07.2014	Die polnische Regierung sagt das im kommenden Jahr geplante »Jahr Polens in Russland« auf Grund der Situation in der Ukraine ab. Damit werden auch alle Veranstaltungen des »Russischen Jahres in Polen« 2015 abgesagt.
24.07.2014	Andrej Kosolapow (»Einiges Russland«) wird von den Abgeordneten der Wolgograder Stadtduma ohne Gegenkandidaten zum Wolgograder Bürgermeister gewählt.
24.07.2014	Das Moskauer Stadtgericht verurteilt Sergej Udaltow, den Vorsitzenden der »Linken Front« sowie Leonid Raswoschajew, einen Aktivisten der »Linken Front«, wegen der Organisation von Massenunruhen auf dem Moskauer Bolotnaja Platz am 6. Mai 2012, dem Tag vor der Inauguration Wladimir Putins, zu 4,5 Jahren Haft. Der Staatsanwalt hatte die Ereignisse auf dem Bolotnaja Platz zuvor mit den Ereignissen auf dem Kiewer Majdan verglichen. Sergej Udaltow tritt aus Protest gegen das Urteil in einen Hungerstreik.
25.07.2014	Der Föderale Dienst für Veterinär- und Phytosanitäraufsicht (Rosselchhosnadsor) verhängt ein Einfuhrstopp für Milch und Milchprodukte aus der Ukraine. Die Ukraine hatte am Vortag die Einfuhr russischen Schweinefleisches untersagt.
25.07.2014	Zum drittenmal in diesem Jahr werden Fördergelder in Höhe von insgesamt über einer Mrd. Rubel (ca. 21 Mio. €) ausgeschrieben. Für diese Mittel können sich russische NGOs bewerben, die an der »Entwicklung der Zivilgesellschaft teilnehmen und sozial bedeutende Projekte organisieren«.
25.07.2014	Der Rat der Europäischen Union verschärft die Sanktionen gegen Russland, da

	dieses die territoriale Integrität der Ukraine untergrabe. 15 weitere Personen sowie 18 Institutionen und Unternehmen werden auf die Sanktionsliste gesetzt. Der Personenkreis umfasst nun unter anderem Michail Fradkow (Leiter des Russischen Auslandsgeheimdienstes), Nikolaj Patruschew (Sekretär des russischen Sicherheitsrates), Alexander Bortnikow (Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB), Ramsan Kadyrow (Oberhaupt der Republik Tschetschenien) sowie Anführer der Separatisten in der Ostukraine. Als Institutionen, die die territoriale Souveränität der Ukraine untergraben, werden die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk, Noworossija sowie einzelne Kampfverbände aufgeführt. Die Liste der Unternehmen enthält Firmen auf der Krim, deren Eigentum illegal übertragen wurde. Darunter Fährbetriebe, Häfen, Wodkabrennereien sowie Winzereibetriebe.
26.07.2014	Das russische Außenministerium kommentiert die erweiterte Sanktionsliste der EU. Diese bezeuge die völlige Einstellung der Zusammenarbeit mit Russland bei Fragen der internationalen und regionalen Sicherheit, darunter beim Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Terrorismus, organisierter Kriminalität und anderen Gefahren.
27.07.2014	Bei Astrachen stürzt ein Jagdflugzeug des Typs MiG-29 ab. Der Pilot kommt bei dem Unfall ums Leben.
27.07.2014	Bei einem Angriff Unbekannter auf eine Gruppe Verkehrspolizisten im Rayon Nasran (Inguschetien) wird ein Polizist getötet, zwei weitere werden verletzt.
28.07.2014	Das Schiedsgericht in Den Haag verurteilt Russland nach einem zehnjährigen Verfahren zur Zahlung einer Entschädigungssumme von 50 Milliarden Dollar an Aktionäre des ehemaligen JUKOS-Konzerns. Das russische Justizministerium bezeichnet das Urteils als politisch motiviert und kündigt an, in Berufung zu gehen.
28.07.2014	Präsident Wladimir Putin führt eine Beratung zum Importersatz im Militärindustriellen Komplex ein. Er erklärt, Russland sei in der Lage, das staatliche Rüstungsprogramm durchzuführen und ausfallende Zulieferungen zu ersetzen.
28.07.2014	Das Moskauer Stadtgericht verurteilt Orchan Sejnalow wegen des Mordes an Jegor Schtscherbakow im Moskauer Stadtteil Birjuljowo zu 17 Jahren strenger Lagerhaft. Der Mord hatte im Oktober 2013 nationalistische Ausschreitungen in dem Stadtteil zur Folge.
28.07.2014	Der Föderale Dienst für den Verbraucherschutz (Rospotrebnadsor) verhängt einen Einfuhrstopp für Obst-, Gemüse- und Fischkonserven aus der Ukraine.
29.07.2014	Die USA beschuldigen Russland, den Vertrag von 1987 über die Abrüstung von Kurz- und Mittelstreckenraketen verletzt zu haben. Moskau habe illegal bodengestützte Mittelstreckenraketen getestet. Dabei geht es um die Rakete »Topol RS-12M«. Präsident Obama fordert in einem Brief an Wladimir Putin bilaterale Konsultationen.
29.07.2014	Der Pressedienst des Südlichen Militärbezirks gibt den Beginn von dreitägigen Militärübungen im Gebiet Rostow und in der Region Stawropol bekannt. An der Übung nehmen ca. 30 Kampfhubschrauber teil.

29.07.2014	Die USA erweitert die Sanktionsliste um eine Reihe russischer Banken. Die »Bank Moskaus«, VTB sowie die Russische Landwirtschaftsbank (»Rosselchosbank«) werden vom mittel- und langfristigen Kreditmarkt in den USA ausgeschlossen. Außerdem wird die Zusammenarbeit von US-Firmen mit dem »Vereinigten Schiffsbau-Unternehmen« (OSK) untersagt.
29.07.2014	Die Europäische Union verabschiedet verschärfte Sanktionen gegen Russland und die Krim. Für europäische Unternehmen und Personen werden Investitionen in mehrere Wirtschaftssektoren auf der Krim untersagt. Die Wirtschaftssanktionen werden auch über den Rüstungskonzern »Almas-Antej«, die Billigfluggesellschaft »Dobroljot« sowie die »Russische National-Kommerzielle Bank« verhängt. Einreiseverbote in die EU sowie das Einfrieren von Aktiva treffen mit Nikolaj Schamalow, Jurij Kowaltschuk, Boris Gromow und Arkadij Rotenberg einen engen Personenkreis um Präsident Wladimir Putin.
30.07.2014	Die Regionalstelle Zentrum des russischen Katastrophenschutzministeriums kündigt an, innerhalb von drei Tagen die Wald- und Torfbrände im Gebiet Twer unweit von Moskau zu löschen. Aufgrund der erhöhten Brandgefahr werden im Moskauer Gebiet Beschänkungen für den Aufenthalt im Wald erlassen.
30.07.2014	Der Föderale Dienst für Veterinär- und Phytosanitäraufsicht (Rosselchosnador) verhängt zum 1. August ein Einfuhrverbot auf fast alle Obst- und Gemüsesorten aus Polen.
31.07.2014	Der Föderale Dienst für den Verbraucherschutz (Rospotrebnador) verhängt einen Einfuhrstopp für Säfte aus der Ukraine.
31.07.2014	Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Russland zur Zahlung eines Schadensersatzes von 26.000 € an den Oppositionspolitiker Boris Nemzow. Das Gericht sieht die Verletzung mehrerer Freiheitsrechte im Zusammenhang mit seiner Festnahme auf dem Moskauer Triumphalnaja-Platz am 31. Dezember 2010 als erwiesen an.
31.07.2014	Der europäische Gerichtshof für Menschenrecht setzt die Geldstrafe für Russland, die an Aktionäre des ehemaligen JUKOS-Konzerns zu leisten ist, auf 1,86 Mrd. € fest. Die Entscheidung geht auf ein Urteil aus dem September 2011 zurück. Aktionäre und der russische Staat hatten sich in der Zwischenzeit nicht auf die Höhe von Kompensationszahlung einigen können.
31.07.2014	Präsident Wladimir Putin entlässt Alexander Karlin, den Gouverneur der Region Altaj, auf dessen Wunsch aus seinem Amt und weist ihn umgehend an, die Amtsgeschäfte kommissarisch wahrzunehmen. Diesen Status haben nun 31 von 33 Gouverneuren, die an den Wahlen am 14. September antreten.
31.07.2014	Der Rat der Europäischen Union verabschiedet sektorale Sanktionen gegenüber Russland. Die staatlich kontrollierten Banken Sberbank, VTB, Gazprombank, Vneshekonombank (VEB) und die russische Landwirtschaftsbank (»Rosselchosbank«) erhalten von nun an keine Kredite über eine Laufzeit von mehr als 90 Tagen. Neue Waffenexporte, <i>dual use</i> -Güter, militärische Ausbildungen oder die Finanzierung von Rüstungsexporten der Mitgliedsstaaten werden verboten, ebenso der Export von Hochtechnologien für die Erdölgewinnung. Die

	Einschränkungen gelten für ein Jahr, werden jedoch nach drei Monaten überprüft.
31.07.2014	Die Ukraine-Kontaktgruppe aus Vertretern der »Volksrepublik Donezk«, dem ukrainischen Ex-Präsidenten Leonid Kutschma, dem russischen Botschafter in der Ukraine Michail Subarow und der OSZE-Sondergesandten Heidi Tagliavini kommen zur Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine zu einem zweiten Treffen in Minsk zusammen. Es soll ein sicherer Zugang zur Unglücksstelle von MH 17 für die OSZE-Mission sowie Experten aus den Niederlanden und Australien gewährleistet werden. Zudem wird ein Gefangenenaustausch vereinbart.
August	
01.08.2014	Die russischen Behörden geben den Eisbrecher »Arctic Sunrise« frei, auf dem Angehörige der Umweltschutzorganisation Greenpeace im September 2013 eine Protestaktion gegen Ölförderung in der Arktis durchgeführt hatten. Russische Sicherheitskräfte hatten das Schiff geentert und in Murmansk interniert.
01.08.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt an der Eröffnung des Denkmals »Den Helden des Ersten Weltkriegs« im Moskauer »Park des Sieges« teil. In einer Rede verurteilt er Aggression, Egoismus, übermäßige Ambitionen und die fehlende Bereitschaft, einander zuzuhören.
01.08.2014	Der Föderale Dienst für Medienaufsicht »Roskonnadsor« verwarnt 14 Medienagenturen, darunter die unabhängigen Agenturen »Slon.ru«, »Grani.ru« (von Roskonnadsor seit März 2014 blockiert), »Polit.ru« und Regnum. Die Agenturen hatten über den am 17. August in Nowosibirsk geplanten »Marsch für eine Föderalisierung Sibiriens («Sibirischer Marsch») berichtet. Die Generalstaatsanwaltschaft wertete das als Aufruf zur Teilnahme an einer nicht genehmigten Veranstaltung. Auch die Seiten des geplanten Marsches bei Facebook und V Kontakte wurden blockiert.
01.08.2014	Der TV-Sender REN-TV stellt die wöchentliche Informationssendung »Die Woche mit Marina Maksimowskaja« ein. Die Entscheidung soll einvernehmlich getroffen worden sein, wird von vielen Beobachtern jedoch als politisch motiviert angesehen. Maksimowskaja leitete die Sendung über 11 Jahre.
02.08.2014	Rund 4.000 Personen nehmen an einer Demonstration für die Unabhängigkeit der Ostukraine teil, die von der Organisation »Kampf um den Donbas« organisiert wurde. Als Redner tritt unter anderem der rechtsnationalistische Ideologe Alexander Dugin auf.
03.08.2014	Der amerikanische Hersteller Gulfstream stellt wegen der Sanktionen die technische Wartung des Privatflugzeugs von Gennadij Timtschenko ein.
03.08.2014	Anhänger des Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj veranstalten ein »Datsching«, d.h. einen Spaziergang zu den Sommerhäusern von Top-Beamten, darunter der des Vorsitzenden der russischen Eisenbahn Wladimir Jakunin. Mehrere Teilnehmer werden von Unbekannten körperlich angegriffen, mehr als 20 Personen im Gebiet Moskau von der Polizei vorübergehend festgenommen.

03.08.2014	Die russische Billigfluggesellschaft »Dobroljot«, ein Tochterunternehmen der staatlichen »Aeroflot« stellt alle weiteren Flüge ein. Die Fluglinie war in der Vorwoche auf die Sanktionsliste der EU gesetzt worden, da sie die Krim anflieg.
03.08.2014	Marina Chodorkowskaja, die Mutter des ehemaligen Jukos-Chefs Michail Chodorkowskij, stirbt im Alter von 80 Jahren in Berlin.
04.08.2014	Der Sprecher der russischen Luftstreitkräfte teilt mit, dass im Zentralen und Westlichen Militärbezirk vom 4. bis zum 8. August gemeinsame Übungen der russischen Luftstreitkräfte und der Luftverteidigung stattfinden. An der Übung nehmen mehr als 100 Kampfflugzeuge teil.
04.08.2014	Mehr als 430 ukrainische Soldaten überschreiten die russische Grenze und werden vorübergehend interniert. Ihre Einheiten waren von Separatisten eingeschlossen worden.
04.08.2014	Die russische Regierung beginnt mit der Umsetzung des am 1. August in Kraft getretenen Gesetzes über Blogger. Internetseiten mit mehr als 3.000 täglichen Nutzern werden auf einem gesonderten Register des Föderalen Dienstes zur Aufsicht über die Massenmedien »Roskonnadsor« erfasst.
04.08.2014	Wegen des Zustroms von Flüchtlingen aus der Ukraine wird in der Region Krasnodar der Notstand ausgerufen.
05.08.2014	Bei einem Angriff auf eine Polizeistreife in Machatschkala (Dagestan) werden zwei Angreifer getötet.
05.08.2014	Präsident Wladimir Putin weist die russische Regierung an, Antwortmaßnahmen auf die Sanktionen des Westens auszuarbeiten. Diese sollen die Interessen der russischen Produzenten und Konsumenten berücksichtigen. Zuvor hatten Japan und die Schweiz eigene Sanktionen gegen Russland verhängt. Die Schweiz übernimmt die EU-Sanktionen gegen 26 Personen und 18 Organisationen, Japan setzt 40 Personen und zwei Unternehmen auf eine Sanktionsliste.
06.08.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass, wonach für ein Jahr die Einfuhr von Landwirtschaftsprodukten und Lebensmitteln aus Ländern, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben, verboten wird. Die Regierung soll bis zum Folgetag eine detaillierte Liste der betroffenen Produkte erstellen. Der Föderale Dienst für Veterinär- und Phytosanitäraufsicht (Rosselchhosnadsor) verhängt einen kompletten Einfuhrstopp für alle landwirtschaftlichen Produkte aus den USA, sowie einen Importstopp für Gemüse und Obst aus der EU. Gleichzeitig werden die Einschränkungen für brasilianische Milch- und Fleischprodukte aufgehoben.
06.08.2014	Das russische Katastrophenschutzministerium ruft wegen umfangreicher Waldbrände im Gebiet Twer den Notstand aus.
07.08.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew gibt die Liste der Güter bekannt, deren Einfuhr nach Russland untersagt ist. Dazu gehören Rind- und Schweinefleisch, Geflügel, Früchte, Milchprodukte, Fisch und Gemüse aus Australien, Kanada, Norwegen, den USA und der EU.

07.08.2014	Anatolij Kutscherena, Anwalt des Ex-NSA Mitarbeiters Edward Snowden, teilt mit, dass die Aufenthaltsgenehmigung Snowdens um drei Jahre verlängert worden ist.
07.08.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt den Fernsehsender »TV Doshd« zur Zahlung von 200.000 Rubel (ca. 4.000 €) Schadensersatz an zwei St. Petersburger Rentner. Diese hatten den Kanal wegen moralischem Schaden angeklagt, nachdem dieser in einer Umfrage auf seiner Website die Frage gestellt hatte, ob eine Kapitulation Leningrads 1941 Menschenleben gerettet hätte. Die Erhebung hatte für heftiges Aufsehen gesorgt. Eine Reihe von Netzbetreibern hatten die Übertragung des Senders eingestellt.
07.08.2014	Alexander Borodaj, Premierminister der »Volksrepublik Donezk«, gibt seinen Rücktritt bekannt. Sein Amt übernimmt der Feldkommandeur Alexander Sachartschenko. Später erklärt er, er werde von nun an als »Erster Vize-Premier« arbeiten.
07.08.2014	Das russische Strafermittlungskomitee lehnt eine Wiederaufnahme der Ermittlungen zum Tod von Sergej Magnitskij ab. Magnitskij hatte 2008 die Unterschlagung von 230 Mio. US-Dollar Steuergeldern von Hermitage Capital durch Beamte des Innenministeriums und der Steuerbehörden aufgedeckt. Darauf hin wurde gegen ihn ein Verfahren wegen Betrugs und Unterschlagung in Gang gebracht. Er starb im November 2009 in Untersuchungshaft an einer Herzerkrankung. Ärztliche Hilfe war ihm verweigert worden.
08.08.2014	Präsident Wladimir Putin beruft eine außerplanmäßige Sitzung des Sicherheitsrates ein. Im Zentrum stehen die Situation in der Ostukraine und die Lage der russischen Wirtschaft.
09.08.2014	Die russische Föderale Tourismusagentur erklärt, dass im Gefolge des Bankrotts mehrerer russischer Tourismusfirmen in diesem Sommer 65.000 Personen geschädigt worden seien.
09.- 10.08.2014	Präsident Wladimir Putin trifft in Sotschi zu Einzelgesprächen mit seinen Amtskollegen Ilham Alijew (Aserbajdschan) und Serzh Sargsjan (Armenien) zusammen. Im Zentrum der Erörterungen steht der Konflikt um Berg Karabach. Am Folgetag kommen die drei Präsidenten zu einem gemeinsamen Gespräch zusammen.
11.08.2014	Präsident Wladimir Putin trifft in Sotschi mit seinem kirgisischen Amtskollegen Almasbek Atambajew zusammen. Im Zentrum stehen die bilaterale Zusammenarbeit und die Beitrittsperspektiven zur Zollunion und der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft. Außenminister Sergej Lawrow erklärt, dass Kirgistan zur Unterstützung seiner Wirtschaft für den Beitritt zur Wirtschaftsgemeinschaft 500 Mio. US-Dollar von Russland erhält.
11.08.2014	Präsident Wladimir Putin telefoniert mit dem Präsidenten der EU-Kommission, José Manuel Barroso. Im Zentrum steht die Situation in der Ukraine. Putin kündigt Hilfslieferungen in die Ostukraine an. Barroso erklärt die von Russland verhängten Landwirtschaftssanktionen für unbegründet und warnt vor europäischen Gegenmaßnahmen.

12.08.2014	Im Moskauer Gebiet startet ein Konvoi aus 280 Lastwagen mit Hilfsgütern für die Bevölkerung in der Ostukraine. Die ca. 2.000 Tonnen Lebensmittel sowie medizinische und technische Hilfsgüter seien von der Bevölkerung in Moskau und dem Moskauer Gebiet gesammelt worden. Kiew bezeichnet den Konvoi als PR-Aktion, erklärt sich am Abend jedoch offiziell bereit, die Hilfsgüter anzunehmen.
12.08.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht bei einem Telefonat mit seinem französischen Amtskollegen Francois Hollande die Situation in der Ostukraine.
12.08.2014	Präsident Putin empfängt in Sotschi den ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi. Im Zentrum steht die bilaterale Zusammenarbeit. Beide Seiten vereinbaren eine Zusammenarbeit Ägyptens mit der Zollunion.
13.08.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew weist die Gründung einer Föderalen Universität Krim benannt an, die nach Wladimir Wernadskij benannt werden soll. Diese soll auf Basis von sieben bestehenden Hochschulen und sieben wissenschaftlichen Einrichtungen errichtet werden.
13.08.2014	Japans Premierminister Shinzo Abe erklärt seinen entschiedenen Protest gegen russische Militärübungen auf den Kurilen. Der Östliche Militärbezirk hatte zuvor Übungen auf Truppenübungsplätzen auf den Kurilen bekannt gegeben.
13.08.2014	Die russische Tourismusfirma »Surgutkurort« stellt ihre Tätigkeit ein. Eine Sprecherin der russischen Tourismusbehörde erklärt, dass die Klienten der Firma keine Entschädigungen erhalten könnten, da die Firma nicht als Tourismusagentur gemeldet war.
13.08.2014	Der russische Dienst für den Verbraucherschutz stellt die Einfuhr von Bier und Spirituosen dreier ukrainischer Produzenten ein.
13.08.2014	Präsident Wladimir Putin beruft eine Sitzung des Sicherheitsrates in Sewastopol (Krim) ein. Es geht um die Gewährleistung der Sicherheit auf der Krim und in Sewastopol. Putin trifft im Anschluss mit Sergej Menjajlo, dem kommissarischen Bürgermeister Sewastopols, und dem kommissarischen Oberhaupt der Krim, Sergej Aksjonow, zusammen.
14.08.2014	Igor Setschin, Präsident des staatlichen Ölkonzerns »Rosneft«, bittet die russische Regierung auf Grund der US-Sanktionen gegen den Konzern um Finanzhilfen über 1,5 Billionen Rubel (ca. 31 Mrd. €). Vize-Premier Arkadij Dworkowitsch erklärt, dass die Regierung innerhalb von zwei Wochen auf die Anfrage von »Rosneft« reagieren werde.
14.08.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt in Jalta (Krim) Mitglieder aller Dumafraktionen. Die Vorsitzenden aller Fraktionen gratulieren Putin zur »Rückkehr der Krim nach Russland«.
14.08.2014	Für die Entwicklung der Krim und Sevastopol werden in den kommenden fünf Jahren 700 Mrd. Rubel (ca. 14,4 Mrd. €), davon 660 Mrd. Rubel (ca. 13,6 Mrd. €) aus dem Föderalhaushalt investiert.
15.08.2014	Journalisten des »Guardian« berichten, dass im Gebiet Rostow eine russische

	Militärkolonne in die Ukraine eingedrungen sei. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko erklärt in einem Telefonat mit dem britischen Premierminister David Cameron, die ukrainische Artillerie hätte einen Großteil des Militärkonvois zerstört. Das russische Verteidigungsministerium dementiert die Existenz einer solchen Kolonne.
15.08.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt den Nationalisten Maxim Marzinkewitsch (Tesak) wegen nationalistischer Äußerungen im Internet zu fünf Jahren Haft.
15.08.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt in Sotschi seinen finnischen Amtkollegen Sauli Niinistö. Beide äußern ihre Besorgnis über die Entwicklungen in der Ostukraine.
16.08.2014	Der stellvertretende Mufti Nordossetiens, Rasul Gamsatow, wird in Wladikawkaz (Nordossetien) von einem Unbekannten erschossen.
17.08.2014	Nach mehrtägigen Verhandlungen gestattet die Ukraine dem russischen humanitären Hilfskonvoi die Einreise, allerdings unter Kontrolle des Roten Kreuzes. Russland und die Ukraine einigen sich über die Zollabfertigungsprozedur. Die ersten 16 von insgesamt 280 Lastwagen treffen am Grenzposten »Donezk« ein. Wegen fehlender Sicherheitsgarantien für das Rote Kreuz auf dem Territorium der Separatisten wird die Weiterfahrt unterbrochen.
17.- 18.08.2014	In Berlin kommen die Außenminister Deutschlands, Russlands, der Ukraine und Frankreichs zu Verhandlungen über eine Regulierung der Konflikts in der Ostukraine zusammen. Außenminister Sergej Lawrow zufolge wurde ein Konsens bezüglich der Lieferung humanitärer Hilfsgüter in die Ukraine erzielt, nicht jedoch zur Regulierung des Konfliktes.
18.08.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt drei Angeklagte im »Bolotnaja-Fall« zu Haftstrafen von 3,5 - 2,5 Jahren Lagerhaft. Eine Rentnerin erhält eine Bewährungsstrafe in Höhe von drei Jahren und drei Monaten Freiheitsentzug.
18.08.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Anweisung zur Errichtung einer Sonderwirtschaftszone in Wladivostok.
18.08.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt in Sotschi den FIFA-Präsidenten Sepp Blatter. Gemeinsam mit Sportminister Witalij Mutko und dem Generaldirektor des Organisationskomitees der Fußballweltmeisterschaft »Russland-2018« Alexej Sorokin werden Einzelheiten zur Vorbereitung der Fussballweltmeisterschaft besprochen. Ausserdem bittet Putin Blatter, die Fußballklubs der Krim unter dem russischen Fußballbund zu führen.
19.08.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt den Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj zur Zahlung von 600.000 Rubel (ca. 12.500 €) Schadenersatz an Maksim Liksutow, den Vize-Bürgermeister Moskaus. Nawalnyj habe dessen Ehre und Würde verletzt, als er in seinem Blog behauptet habe, Liksutow würde Anteile an einer zypriotischen Offshore-Firma besitzen. Nawalnyj, der unter Hausarrest steht und das Internet nicht nutzen darf, hat seine Behauptung zu widerrufen.
19.08.2014	In Machatschkala (Dagestan) werden im Rahmen einer Anti-Terror Operation der

	Sicherheitskräfte zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
20.08.2014	Die Moskauer Polizei leitet gegen vier Personen ein Untersuchungsverfahren wegen Vandalismus ein. Ihnen wird vorgeworfen, am Morgen den vergoldeten Stern auf dem Haus Nr. 1/15 an der Kotelnitscheskaja-Uferstraße zur Hälfte blau bemalt und mit einer ukrainischen Flagge versehen zu haben. Das »Wohnhaus an der Kotelnitscheskaja-Uferstraße« ist eines der sieben Stalin-Hochhäuser in Moskau.
20.08.2014	Der Föderale Dienstes für den Verbraucherschutz (Rospotrebnadsor) lässt vier McDonalds Restaurants im Moskauer Stadtzentrum wegen Verletzung der Hygienebestimmungen schließen. Unter ihnen ist ein Fast Food Restaurant am Puschkin Platz, das noch zu Sowjetzeiten das erste seiner Art eröffnet wurde.
20.08.2014	Boris Dubin, Philologe, Literaturwissenschaftler, Übersetzer und Kultursoziologe sowie langjähriger Mitarbeiter des Lewada-Zentrums, stirbt im Alter von 67 Jahren in Moskau.
21.08.2014	Auf einer außerplanmäßigen Sitzung von Abgeordneten und Kandidaten der Moskauer Sektion der Kommunistischen Partei (KPRF) wird die patriotische Bewegung »Rotes Moskau - patriotische Front zur Hilfe für Neurussland« gegründet. Walerij Raschkin, Vorsitzender der Moskauer Kommunisten, erklärt die Gründung als »Vereinigung der patriotischen Opposition im entscheidenden Kampf gegen den äußeren Feind«.
22.08.2014	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte in Chasawjurt (Dagestan) werden drei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
22.08.2014	Der russische Hilfskonvoi überquert ohne Genehmigung der Ukraine und ohne Begleitung des Roten Kreuzes die ukrainische Grenze in Richtung Lugansk. Das russische Außenministerium beschuldigt die Ukraine, die Lieferung der Hilfsgüter unter Vorwänden zu verzögern. Valentin Naliwajtschenko, der Vorsitzende des ukrainischen Sicherheitsrates, bezeichnet den Schritt als Intervention, das ukrainische Außenministerium nennt ihn eine Verletzung des Völkerrechts.
22.08.2014	Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel besprechen in einem Telefonat mögliche Maßnahmen zur Beendigung der Kampfhandlungen in der Ostukraine.
22.08.2014	Die Europäische Fußball-Union (UEFA) erklärt, dass sie Spiele von Fußballvereinen der Krim im Rahmen der russischen Fußballliga nicht anerkennt.
23.08.2014	Das russische Verteidigungsministerium weist Anschuldigungen von NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen zurück, Russland würde mit Soldaten und militärischem Gerät direkt in den Konflikt in der Ostukraine eingreifen.
24.08.2014	In der international nicht anerkannten Republik Abchasien finden Präsidentschaftswahlen statt. Raul Chadshimba gewinnt die Wahlen mit 50,6%, sein Konkurrent Aslan Bshanija erhält 35,9% der abgegebenen Stimmen.
24.08.2014	Bewaffnete Einheiten der »Volksrepublik Donezk« führen am ukrainischen Unabhängigkeitstag ca. 100 gefangene ukrainische Soldaten durch Donezk. Der

	Marsch wird mit der Parade deutscher Kriegsgefangener 1944 durch Moskau verglichen. In Kiew wird der 23. Unabhängigkeitstag mit einer Militärparade begangen.
24.08.2014	Der russische Fernsehsender »NTW« strahlt eine »Reportage-Sendung« »13 Freunde der Junta« aus, in der 13 russische Kulturschaffende und Abgeordnete denunziert werden, da sie angeblich die Aktionen der ukrainischen Regierung in der Ostukraine zu unterstützen.
25.08.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew gibt während eines Treffens mit dem Präsidenten der Russischen Eisenbahn Wladimir Jakunin dessen Vertragsverlängerung um weitere drei Jahre bekannt. Jakunin steht der staatlichen Eisenbahn seit 2010 vor.
25.08.2014	Andrej Makarewitsch, Mitglied der Rock-Gruppe »Maschina Wremeni« (Zeitmaschine), ein bereits in sowjetischer Zeit bekannter Musiker, bittet Präsident Wladimir Putin in einem offenen Brief, die Medienhetze gegen ihn einstellen zu lassen. Makarewitsch wird nach einem Benefizkonzert in der Ukraine vor Flüchtlingen aus der Ostukraine im russischen Fernsehen und in der Presse als »Freund der Junta« und »Handlanger der Faschisten« verunglimpft.
25.- 26.08.2014	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte im Rayon Kysyljurt (Dagestan) werden zwei Untergrundkämpfer getötet.
26.08.2014	Der ukrainische Sicherheitsdienst gibt die Festnahme von 10 russischen Fallschirmjägern auf ukrainischem Territorium bekannt.
26.08.2014	In Minsk kommen die Staatschefs der Mitgliedsstaaten der Zollunion Wladimir Putin, Alexander Lukaschenka und Nursultan Nasarbajew mit dem ukrainischen Staatspräsidenten Petro Poroschenko und Vertretern der EU, darunter der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton zusammen. Dabei wird unter anderem das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine erörtert. Im Anschluss treffen Putin und Poroschenko zu einem direkten Gespräch zusammen, bei dem es um die Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine geht.
26.08.2014	Igor Setschin, Präsident des staatlichen Ölkonzerns »Rosneft«, erhält in seinem Verfahren gegen die Zeitung »Wedomosti« recht. Diese hatte berichtet, Setschin würde Entscheidungen für staatliche Behörden treffen. Diese Behauptung verletze die Ehre des Betroffenen. Die Zeitung muss eine Richtigstellung veröffentlichen und legt gegen das Urteil Berufung ein.
26.08.2014	Mehrere Journalisten, die in Pskow über Begräbnisse von Soldaten der örtlichen Luftlandedivision recherchieren, die angeblich in der Ostukraine getötet wurden, werden von Unbekannten angegriffen und gezwungen, die Speicherkarten ihrer Kameras zu löschen.
27.08.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht in einem Telefonat mit Bundeskanzlerin Angela Merkel die Situation in der Ukraine. Beide Seiten unterstreichen die Bedeutung eines neuen Treffens der Kontaktgruppe zur Regulierung der Kampfhandlungen in der Ostukraine.

27.08.2014	Die Grenzschutzabteilung des russischen Inlandsgeheimdienstes im Gebiet Rostow gibt bekannt, dass mehr als 60 ukrainische Soldaten die Grenze überschritten und um Schutz nachgesucht hätten.
27.08.2014	Präsident Putin empfängt die Regierungsmitglieder in seiner Residenz. Im Zentrum der Sitzung steht die Förderung der Landwirtschaft vor dem Hintergrund des Einfuhrstopps auf landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Ländern, die gegen Russland Sanktionen verhängt hatten.
27.08.2014	Präsident Putin empfängt den neu gewählten Präsidenten der international nicht anerkannten Republik Abchasien Raul Chadshimba. Im Zentrum der Gespräche steht ein Abkommen über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Abchasien und Russland. Russland erklärt sich auch bereit, die finanzielle Unterstützung für Abchasien zu erhöhen.
28.08.2014	Alexander Sachartschenko, Premierminister der »Volksrepublik Donezk«, teilt mit, dass unter den Separatisten 3.000-4.000 russische Freiwillige, darunter viele ehemalige Soldaten kämpfen würden.
28.08.2014	In der Ostukraine beginnen separatistische Kräfte eine Gegenoffensive. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko verzichtet auf den geplanten Türkei-besuch und spricht von einem faktischen Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine.
28.08.2014	Die russische Menschenrechtsbeauftragte Ella Pamfilowa fordert vom obersten Militärstaatsanwalt Sergej Fridinskij Aufklärung, ob - wie in verschiedenen Medien berichtet - eine Anzahl russischer Soldaten getötet worden seien.
28.08.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verfügt die Festnahme einer weiteren Person, der vorgeworfen wird, bei der Bemalung der Spitze des Stalin-Baus an der Kotelnitscheskaja-Uferstraße beteiligt gewesen zu sein. Derweil bekannte sich ein Ukrainer zu der Tat, die er am Unabhängigkeitstag der Ukraine aus Patriotismus begangen habe.
28.08.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt seinen südafrikanischen Amtskollegen Jacob Zuma. Im Zentrum steht die bilaterale Zusammenarbeit, sowie die Zusammenarbeit in internationalen Organisationen und der BRICS.
28.- 29.08.2014	Präsident Wladimir Putin veröffentlicht einen Appell an die »Bürgerwehr von Noworossija«, in der er die Separatisten in der Ostukraine dazu aufruft, einen humanitären Korridor für eingeschlossene ukrainische Sicherheitskräfte zu öffnen, um unnötige Opfer zu vermeiden. Alexander Sachartschenko, Premierminister der »Volksrepublik Donezk«, erklärt, der Bitte Putins nachkommen zu wollen, wenn die ukrainischen Einheiten ihre Waffen abgeben.
29.08.2014	Der Dollarkurs erreicht ein historisches Maximum. Ein US-Dollar wird an der Moskauer Börse mit mehr als 37 Rubel gehandelt. Ein Euro kostet derweil 48,7 Rubel.
29.08.2014	Das russische Justizministerium setzt die Menschenrechtsorganisation »Soldatenmütter St. Petersburg« und die Stiftung »Institut zur Förderung der

	Informationsfreiheit« auf die Liste »ausländischer Agenten«.
29.08.2014	Außenminister Sergej Lawrow weist Behauptungen über den Einsatz regulärer russischer Truppen in die Ukraine zurück. Satellitenaufnahmen, die Bewegungen der russischen Streitkräfte zeigen und am Vortag von der NATO veröffentlicht wurden, bezeichnet er als Abbildungen aus einem Computerspiel.
29.08.2014	Der Föderale Dienst für den Verbraucherschutz (Rospotrebnadsor) lässt vier weitere McDonalds-Restaurants in der Region Krasnodar schließen. Damit sind in der Region sechs, in Moskau drei, sowie jeweils ein Fast Food Restaurant in den Gebieten Moskau, Swerdlowsk und in der Region Stawropol geschlossen worden.
29.08.2014	Präsident Wladimir Putin stellt sich auf dem traditionellen Jugendlager am Seliger-See den Fragen von Jugendlichen. Er erklärt u.a., Russland werde weiterhin sein Atom- und Militärpotential aufstocken, nicht um irgendjemanden zu bedrohen, sondern um sich sicher zu fühlen.
29.08.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht bei einem Telefonat mit seinem französischen Amtskollegen Francois Hollande die Situation in der Ostukraine und eine mögliche politische Regulierung des »innerukrainischen Konfliktes«. Im Anschluss spricht Putin telefonisch mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso über das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine und über Fragen des Transits russischen Gases.
29. - 30.08.2014	Lew Schlosberg, Vorsitzender der Partei »Jabloko« im Gebiet Pskow und Chefredakteur der Zeitung »Gouvernement Pskow« wird von Unbekannten überfallen und zusammengeschlagen. Schlosberg hatte einen Artikel zur Beerdigung von Soldaten der Luftlandedivision Pskow veröffentlicht, die seinen Angaben zufolge in der Ukraine getötet wurden.
30.08.2014	Präsident Wladimir Putin gratuliert seinem belorussischen Amtskollegen Alexander Lukaschenka telefonisch zum 60. Geburtstag und zeichnet ihn mit dem Alexander-Newskij-Orden aus.
30.08.2014	In St. Petersburg versammeln sich ca. 200 Personen zu einer genehmigten Anti-Kriegs-Versammlung.
31.08.2014	Die Ukraine übergibt zehn russische Fallschirmjäger, die in der Ukraine festgenommen wurden, an Russland. Russland wiederum entlässt 67 ukrainische Soldaten, die sich nach Gefechten mit den Separatisten in der Ostukraine auf russisches Territorium in Sicherheit gebracht hatten. Die Separatisten gewähren mehr als 200 eingekesselten ukrainischen Soldaten den Abzug, konfiszieren und zerstören dabei Waffen und militärisches Gerät.
31.08.2014	Präsident Wladimir Putin ruft in einem Interview, das vom russischen Ersten Kanal ausgestrahlt wird, zu ernsthaften Verhandlungen über die politische Organisation und Staatlichkeit im Südosten der Ukraine auf.
September	

01.09.2014	Australien verschärft seine Sanktionen gegen Russland und gleicht diese an die Sanktionen der EU gegenüber Russland an.
01.09.2014	Außenminister Sergej Lawrow erklärt bei seiner traditionellen Vorlesung vor Studienanfängern des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen (MGIMO), dass es keine militärische Einmischung in den Konflikt in der Ostukraine von Seiten Russlands geben werde.
01.09.2014	Die Kontaktgruppe zur Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine kommt zu einem erneuten Treffen in Minsk zusammen. Die Vertreter der »Volksrepublik Donezk« und der »Volksrepublik Lugansk« fordern als Bedingungen für eine Garantie der »politischen, ökonomischen und kulturellen Einheit der Ukraine« unter anderem die Einstellung der Kampfhandlungen und einen Gefangenenaustausch, die Anerkennung eines besonderen Status der »Volksrepubliken« und der bewaffneten Einheiten zur Durchsetzung der Ordnung, die Durchführung von Wahlen in den Republiken, das Recht auf Anwendung der russischen Sprache und die Anerkennung eines gesonderten außenwirtschaftlichen Regimes der Republiken mit Russland und der Zollunion. Die Verhandlungen sollen am 5. September in Minsk fortgesetzt werden.
01.09.2014	Das russische Strafverfolgungskomitee gibt bekannt, dass es Eigentum des ukrainischen Oligarchen und Gouverneurs im Gebiet Dnepropetrowsk Igor Kolomojskij konfisziert habe, um »die Finanzierung terroristischer Tätigkeiten und anderer Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung im Südosten der Ukraine zu unterbinden«. Kolomojskij ist Anteilseigner eines Moskauer Bürokomplexes der »Elite-Holding«.
02.09.2014	Präsident Wladimir Putin bereist den russischen Fernen Osten. Bei einem Besuch auf der Baustelle des Kosmodroms »Wostotschnij« begutachtet er den Fortschritt und kritisiert die Verzögerungen.
03.09.2014	Präsident Wladimir Putin und sein ukrainischer Amtskollege Petro Poroschenko sprechen telefonisch über Maßnahmen zur Einstellung der Kampfhandlungen in der Ostukraine. Dem Kreml zufolge stimmen die Ansichten der beiden Präsidenten im Wesentlichen überein. Das Präsidialamt der Ukraine vermeldet, beide Seiten hätten sich über ein Regime des Waffenstillstands geeinigt.
03.09.2014	Staatsbesuch Präsident Wladimir Putins in der Mongolei.
03.09.2014	Präsident Putin formuliert während einer Pressekonferenz zum Abschluss des Besuchs in der Mongolei einen Plan zur Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine. Die sieben Punkte umfassen eine Einstellung der Kampfhandlungen und von Luftangriffen, ein Rückzug der Streitkräfte, eine internationale Kontrolle über den Waffenstillstand, den Austausch aller Gefangenen, die Einrichtung humanitärer Korridore und die Wiederherstellung der Infrastruktur zur Vorbereitung auf den Winter.
03.09.2014	Frankreichs Präsident Francois Hollande erklärt auf einer Sitzung des französischen Sicherheitsrates, dass die Auslieferung des ersten Hubschrauberträgers »Mistral« an Russland auf Grund der Situation in der Ukraine unpassend sei und nicht erfolgen

	werde.
04.09.2014	Die russische Regierung verabschiedet einen Maßnahmenkatalog zur Erhöhung der Investitionsattraktivität von Monostädten (Städten mit nur einem großen Arbeitgeber). Dabei ist die Einrichtung einer Stiftung zur Entwicklung dieser Städte geplant.
05.09.2014	In der Informationsagentur »Russland Heute« findet eine Trauerfeier zu Ehren des in der Ostukraine getöteten Fotografen Andrej Stenin statt. Präsident Wladimir Putin zeichnete Stenin posthum mit dem Orden für Tapferkeit und Heldenmut bei der Ausübung seiner Dienstpflicht aus.
05.09.2014	John Tefft, der neue US-Botschafter in Russland trifft in Moskau ein.
05.09.2014	Die Kontaktgruppe zur Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine kommt zu einem weiteren Treffen in Minsk zusammen. Dabei wird eine Vereinbarung über einen Waffenstillstand ab 18:00 getroffen.
05.– 06.09.2014	In Chasawjurt (Dagesatan) werden zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer von Sicherheitskräften getötet.
06.09.2014	Das Verteidigungsministerium Russlands gibt die Einrichtung einer ständigen Basis für die Nordmeerflotte auf den Neusibirischen Inseln in der Arktis bekannt.
06.09.2014	Auf der Krim findet eine Konferenz zur Situation der Krimtataren statt. Sergej Aksjonow, das geschäftsführende Oberhaupt der Krim, erklärt, dass bis 2020 zur Unterstützung der deportierten Völker der Krim 10,8 Mrd. Rubel (ca. 225 Mio. €) investiert würden. Er ruft die Krimtataren auf, an den bevorstehenden Parlaments- und Kommunalwahlen teilzunehmen. Einem Vertreter der Versammlung der Krimtataren (Medshlis) wird die Teilnahme an der Konferenz verweigert. Die Organisation hatte zu einem Boykott der Wahlen aufgerufen und sich gegen einen Anschluss der Krim an Russland ausgesprochen.
07.09.2014	Der Raketenkreuzer »Moskau«, Flaggschiff der russischen Schwarzmeerflotte, durchquert den Bosphorus auf dem Weg ins Mittelmeer. Das teilt ein Sprecher der russischen Kriegsmarine mit.
08.09.2014	Russische und chinesische Grenzschrützer führen in der Bajkalregion gemeinsame Übungen zur Terrorabwehr durch. Vertreter der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOC) beobachten die Übung.
08.09.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew erweitert die Liste der Gebiete mit Bodenschätzen von föderaler Bedeutung, die vom Staat ohne Wettbewerb zur Nutzung vergeben werden. Der staatliche Ölkonzern »Rosneft« erhält dabei ein Gebiet im Nordwesten der Barents-See für ein einmaliges Nutzungsentgelt von 337 Mio. Rubel (ca. 7 Mio. €), der staatliche Gasmonopolist »Gazprom« das Gebiet »Derjuginsk« im Ochotskischen Meer für 920 Million Rubel (ca. 19 Millionen €).
08.09.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew gibt der unabhängigen Wirtschaftszeitung »Wedomosti« ein Interview aus Anlass deren 15-jährigen Bestehens. Im Zentrum des Gesprächs stehen die russische Wirtschaft und die Sanktionen. Russland werde

	auf weitere Sanktionen des Westens asymmetrisch reagieren. Medwedew droht an, den russischen Luftraum für die zivile Luftfahrt zu sperren.
08.09.2014	Präsident Wladimir Putin trifft mit Ministerpräsident Dmitrij Medwedew zu einem Gespräch zusammen. Dabei regt Medwedew an, das Ministerium für Regionale Entwicklung sowie die Föderalen Dienste für Rüstungsaufträge (Rosoboronsakas) und Verteidigungsbeschaffung (Rosoboronpostawka) aufzulösen und deren Aufgaben anderen Behörden zu übertragen. Putin stimmt den Vorschlägen zu und unterzeichnet nur wenig später einen Erlass zur Auflösung des Ministeriums für Regionale Entwicklung.
08.09.2014	Jaroslaw Belousow wird als erster Verurteilter im »Bolotnaja-Fall« nach Verbüßung seiner 2,5 jährigen Haftstrafe freigelassen. Er plant, sein Politikstudium an der Moskauer Staatlichen Universität fortzusetzen.
08.09.2014	Die Kaliningrader NGO »Ökoschutz! – Frauenrat«, die Ende Juli vom russischen Justizministerium in die Liste der »ausländischen Agenten« aufgenommen wurde, wird von einem Gericht zu einer Geldstrafe von 300.000 Rubel (ca. 6.000 €) verurteilt.
09.09.2014	Das Moskauer Stadtgericht hebt ein Urteil aus vorheriger Instanz gegen die Wahlrechtsorganisation »Golos« (Stimme) auf. Darin war Golos wegen der Weigerung, sich als »ausländischer Agent« registrieren zu lassen, zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Das Gericht sieht keine Anhaltspunkte für eine Anerkennung als »ausländischer Agent«.
09.09.2014	Präsident Wladimir Putin enthebt Nikolaj Denin, den Gouverneur im Gebiet Brjansk, seines Amtes. Als Begründung wird »Vertrauensverlust« angegeben. Denin hatte das Amt seit Dezember 2004 inne. Seine Nachfolge tritt kommissarisch der Dumaabgeordnete Alexander Bogomas (Einiges Russland) an.
09.09.2014	Präsident Putin und der ukrainische Präsident Pjotr Poroschenko betonen in einem erneuten Telefonat die Bedeutung einer stabilen Waffenruhe in der Ostukraine. Putin unterstreicht die Bereitschaft Moskaus, eine friedliche Regulierung der »innerukrainischen Krise« zu unterstützen. Zudem wird die wirtschaftliche Zusammenarbeit vor dem Hintergrund des geplanten Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der EU besprochen.
10.09.2014	Auf einer Sitzung zur Ausarbeitung des staatlichen Rüstungsprogramms für 2015–2016 gibt Präsident Wladimir Putin bekannt, die »Militär-industriellen Kommission« (VPK), die zuvor in den Kompetenzbereich der Regierung fiel, nun dem Zuständigkeitsbereich des Präsidenten zu unterstellen. Putin übernimmt den Vorsitz, der bisherige Vorsitzende, der Stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Rogosin, wird sein Stellvertreter.
10.09.2014	Präsident Putin nimmt an einer Regierungssitzung teil, bei der der Entwurf des föderalen Haushalts für 2015 sowie des Plans für 2016–17, die Bauarbeiten des Kosmodroms »Wostotschnij« und das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine erörtert werden. Putin erklärt, die Krise in der Ukraine sei vom Westen provoziert worden und werde für eine Reanimation der NATO genutzt.

11.09.2014	Pjotr Jarosch, Vorsitzender des Föderalen Migrationsamtes auf der Krim, gibt bekannt, dass 98 % der Bewohner der von Russland annektierten Halbinsel einen russischen Pass erhalten hätten.
11.09.2014	Im Rayon Tabassaranskij (Dagestan) werden zwei Untergrundkämpfer von Sicherheitskräften getötet.
11.– 12.09.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt in Duschanbe (Tadshikistan) an einem Gipfeltreffen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOC) teil. Putin kommt im Rahmen des Treffens zu bilateralen Gesprächen mit seinem tadshikischen Amtskollegen Emomali Rachmon, dem usbekischen Staatspräsidenten Islam Karimow, dem Generalsekretär der KP in China, Xi Jinping, sowie dem iranischen Präsidenten Hassan Rouhani zusammen. Weiterhin findet ein trilaterales Treffen mit Xi Jinping und dem mongolischen Staatspräsidenten Cachijagijn Elbegdorsh statt.
12.09.2014	Die erweiterten Sanktionen der EU treten in Kraft. Unter anderem werden finanzielle Beteiligungen und Vergabe von Krediten mit einer Laufzeit von über 30 Tagen an bestimmte Unternehmen verboten. Dazu gehören die staatlichen Mineralölkonzerne »Rosneft«, »Transneft« und »Gazpromneft«, die »Sberbank«, VTB, »Gazprombank«, VEB und »Rosselchosbank«. Ferner wird der Export von <i>Dual-Use</i> -Gütern an die Rüstungskonzerne »Kalaschnikow«, »Almas-Antej« und fünf weitere Unternehmen untersagt. Der Personenkreis, gegen die Einreise- und Kontensperrungen verhängt werden, wird um 24 Personen auf nunmehr 119 Personen ausgeweitet. Auf der Liste sind Separatistenführer aus der Ostukraine und russische Politiker wie Wladimir Schirinowskij (Vorsitzender der LDPR) und Sergej Tschemesow, der Chef des staatlichen russischen Rüstungs- und Technologiekonzerns. Russlands Außenminister Sergej Lawrow erklärt, die Sanktionen würden den Friedensprozess in der Ostukraine unterminieren, und droht eine adäquate Reaktion an. Am Abend verschärfen auch die USA ihre Sanktionen.
12.09.2014	Das Moskauer Stadtgericht lehnt die Einsprüche der Menschenrechtsorganisation Memorial und der Wahlrechtsassoziation »Golos« gegen das Vorgehen der Staatsanwaltschaft ab, die die beiden Organisationen als »ausländische Agenten« registriert hatte.
12.09.2014	Ksenja Batanowa, Chefproduzentin und Moderatorin des unabhängigen Fernsehsenders »TV Doshd« (TV Rain), wird in Moskau von Unbekannten überfallen und zusammengeschlagen. Sie wird mit Gehirnerschütterung und Knochenbrüchen ins Krankenhaus eingeliefert.
13.09.2014	Ca. 200 Lastwagen transportieren in einem zweiten Konvoi russische Hilfsgüter in das von Separatisten kontrollierte Lugansk in der Ostukraine.
13.09.2014	Finanzminister Anatolij Siluanow gibt bekannt, dass »Rosneft« sowie »NOVATEK« wegen US- und EU-Sanktionen aus dem russischen Stabilitätsfonds finanzielle Unterstützung erhalten werden.
14.09.2014	Am einheitlichen Wahltag finden in Russland sowie auf der Krim mehr als 6.000 Wahlen auf regionaler und kommunaler Ebene statt. Bei Gouverneurswahlen in 30 Föderationssubjekten werden alle Kandidaten der Regierungspartei »Einiges

	Russland« sowie von der Partei unterstützte Kandidaten gewählt. Die Partei gewinnt auch alle drei Bürgermeisterwahlen in regionalen Hauptstädten und erzielt die Mehrheit in 14 Regionalparlamenten und 6 Stadtparlamenten regionaler Hauptstädte. In Moskau, wo das Wahlrecht auf ein reines Mehrheitswahlsystem geändert wurde, gewinnen »Einiges Russland« und die von ihr unterstützten »unabhängigen« Kandidaten bei einer Wahlbeteiligung von 21 % 38 von 45 Sitzen in der Stadtduma. Die Wahlrechtsassoziation »Golos« meldet einzelne Wahlverstöße, den Ausschluss unabhängiger Wahlbeobachter aus Wahllokalen und sagt die Wahlbeobachtung im Gebiet Tjumen nach Drohungen durch Polizei und Justiz ab.
15.09.2014	Präsident Wladimir Putin ruft die Mitglieder des Sicherheitsrates zu einer außerplanmäßigen Sitzung zur Situation in der Ostukraine sowie zum Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU zusammen.
15.09.2014	Das russische Strafverfolgungskomitee führt Razzien in mehreren Unternehmen des Militär-Industriellen Komplexes durch, darunter dem Rüstungskonzern »Almaz-Antej«. Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka berichtet Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen von einem finanziellen Schaden, der bei staatlichen Rüstungsaufträgen seit Anfang 2014 in Höhe von 20 Mrd. Rubel (ca. 400 Mio. €) entstanden sei.
15.09.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht in einem Telefonat mit Bundeskanzlerin Angela Merkel die Situation in der Ukraine sowie die Lieferung von russischem Gas nach Europa. Mehrere Länder hatten einen Rückgang der Gaslieferungen aus Russland beobachtet. Das Thema bestimmt auch das Telefonat von Putin mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso.
16.09.2014	Die russische Staatsduma kommt zu ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause zusammen. Sergej Naryschkin, Duma-Vorsitzender, benennt als Prioritäten die Verabschiedung des Haushalts, den Vertrag zur Eurasischen Wirtschaftsunion, die Förderung des Wirtschaftswachstums sowie den Ersatz für ausländische Importe.
16.09.2014	Der Dollarkurs erreicht an der Moskauer Börse ein weiteres historisches Maximum von 38,68 Rubel pro US-Dollar, der Euro-Kurs übersteigt die Marke von 50 Rubeln. Das Finanzministerium ruft die Bevölkerung dazu auf, sich nicht zu beunruhigen; die Inflation sei unter Kontrolle.
16.09.2014	Das Strafverfolgungskomitee erhebt gegen den russischen Milliardär Wladimir Jewtuschenkow Anklage wegen Geldwäsche und der Legalisierung illegal privatisierter Aktien des Ölkonzerns »Baschneft«. In Jewtuschenkos Unternehmen »Sistema« wird eine Razzia durchgeführt, er selbst wird unter Hausarrest gestellt.
17.09.2014	Michail Chodorkowskij, Ex-Jukos Vorsitzender, kommentiert die Anklage gegen Wladimir Jewtuschenkow als Versuch des staatlichen Ölkonzerns »Rosneft«, sich »Baschneft« einzuverleiben. Die Aktienkurse der von Jewtuschenkow kontrollierten Unternehmen brechen bei Eröffnung der Moskauer Börse teilweise erheblich ein.
17.09.2014	Präsident Wladimir Putin schlägt dem Staatsrat der Republik Krim, dem Stadtparlament Sewastopols und dem Parlament der Republik Karbadino-Balkarien jeweils drei Kandidaten für das Amt der Republikoberhäupter sowie des

	Gouverneurs vor. Darunter sind die Amtsinhaber Sergej Aksjonow (Krim), Sergej Menjajlo (Sewastopol) und Jurij Kokow (Kabardino-Balkarien). Am Abend empfängt Putin die 30 direkt gewählten Gouverneure im Kreml. Er erklärt, die Wahlen hätten die Einheit der Gesellschaft angesichts verschiedenster Herausforderungen gezeigt, da vor allem jene politischen Kräfte unterstützt wurden, die die nationalen Interessen verteidigen würden.
17.09.2014	Ein Moskauer Stadtgericht verurteilt ein Moskauer Burger-King Restaurant zu einer Strafzahlung in Höhe von 100.000 Rubel (ca. 2.000 €) wegen Missachtung technischer Regelungen der Zollunion. Eine identische Geldstrafe wurde am Vortag in der Republik Adygej gegen ein McDonalds Restaurant verhängt.
17.09.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Anweisung für staatlichen Kreditgarantien an drei Unternehmen des Militär-Industriellen Komplexes in Höhe von ca. 4 Mrd. Rubel (ca. 80,7 Mio. €). Im Haushalt 2014 sind für diesen Sektor Staatsgarantien in Höhe von ca. 497 Mrd. Rubel (ca. 10 Mrd. €) vorgesehen.
18.09.2014	Im Rahmen der außerplanmäßigen Überprüfung der Kampfbereitschaft im Östlichen Militärbezirk, die seit dem 11. September andauert, werden 5.000 Reservisten einberufen.
18.09.2014	Die russische Handels- und Industriekammer ruft die Staatsanwaltschaft auf, die Anklage gegen Wladimir Jewtuschenkow objektiv zu behandeln. Die Ermittlungen könnten sich negativ auf dessen Firma »Sistema« auswirken, die im Hochtechnologiesektor unter anderem für den Verteidigungssektor tätig ist. Ein Moskauer Gericht bestätigt derweil die Beschlagnahmung der von »Sistema« gehaltenen Aktien an dem Ölkonzern »Baschneft«.
18.09.2014	Die BBC protestiert bei der russischen Regierung gegen den Überfall auf ein Kamerateam des Senders in Astrachan. Die Journalisten hatten einen Bericht über den Tod russischer Soldaten unweit der ukrainischen Grenze vorbereitet.
18.09.2014	Präsident Wladimir Putin leitet eine Staatsratssitzung zur Entwicklung der russischen Wirtschaft und der Erhöhung seiner Konkurrenzfähigkeit im Rahmen der WTO-Mitgliedschaft.
19.09.2014	Der russische Generalstab gibt bekannt, dass im östlichen Militärbezirk die strategische Übung »Osten-2014« stattfindet. An der Übung, die bis zum 25. September dauern soll, nehmen ca. 100.000 Soldaten, ca. 1.500 Panzer, ca. 120 Flugzeuge und 70 Schiffe der Land-, Luft- und Seestreitkräfte teil.
19.09.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Anweisung zur Einführung von Einfuhrzöllen auf Waren aus der Ukraine. Die Zölle werden ab 2016 eingeführt, wenn der wirtschaftliche Teil des Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der EU in Kraft tritt.
19.– 20.09.2014	Vertreter der ostukrainischen Separatisten, der Ukraine, Russland und der OSZE unterzeichnen in Minsk ein Memorandum über die Umsetzung des »Minsker Protokolls«, das am 5. September ausgehandelt worden war. Das Memorandum umfasst neun Punkte zur Umsetzung des Waffenstillstands, darunter die Einrichtung einer Sicherheitszone entlang der aktuellen Frontlinie, den Abzug schwerer

	Kriegstechnik aus dieser Zone und Siedlungsgebieten und die Einrichtung einer Beobachtermission der OSZE.
21.09.2014	In Moskau und St. Petersburg finden »Märsche des Friedens« statt. Deren Ziel sei es, die Verletzung von Menschenrechten, der russischen Verfassung und internationaler Vereinbarungen anzuprangern. Die Teilnehmer protestieren gegen einen Krieg in der Ukraine, viele tragen ukrainische Staatsflaggen. In Moskau nehmen ca. 26.000 Teilnehmer an der Demonstration teil, die Polizei spricht von 5.000. Am Rande der Demonstrationen in Moskau und St. Petersburg kommt es zu Auseinandersetzungen mit Sympathisanten der Separatisten in der Ostukraine. In St. Petersburg werden mehrere Teilnehmer festgenommen.
21.09.2014	Bei dem Versuch einer Fahrzeugkontrolle kommt es in Inguschetien zu einem Feuergefecht, bei dem ein Untergrundkämpfer und ein Polizist getötet werden.
22.09.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht mit den Mitgliedern des russischen Sicherheitsrates die Umsetzung des Friedensplanes zur Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine sowie eine mögliche Beteiligung Russlands am Kampf gegen den »Islamischen Staat«.
22.09.2014	Eine Division der Inneren Truppen des russischen Innenministeriums erhält den Ehrennamen »F. E. Dserschinskij« zurück, die diese von 1926–1994 zu Ehren des Gründers der sowjetischen Geheimpolizei und Vorläufer des heutigen Inlandsgeheimdienstes Felix Dserschinskij getragen hatte.
22.09.2014	Ein Konzert von Andrej Makarewitsch, Mitglied der Rock-Gruppe »Maschina Wremeni« (Zeitmaschine), das für den 28.9. in St. Petersburg angekündigt war, wird vom Veranstalter abgesagt. Zuvor wurde die Absage von Konzerten Makarewitschs in Samara, Saratow, Kasan, Krasnojarsk, Tomsk und Nowosibirsk bekannt. Makarewitsch war nach einem Konzert in der Ukraine von staatlichen Medien als »Freund der Junta« gebrandmarkt worden.
22.– 23.09.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht in einem Telefonat mit UNO-Generalsekretär Ban-Ki Moon den internationalen Einsatz gegen den »Islamischen Staat«. Putin betont, dass Angriffe auf dessen Stellungen in Syrien nicht ohne das Einverständnis des syrischen Staates stattfinden sollen.
23.09.2014	Präsident Wladimir Putin hält in Noworossijsk vor dem Hintergrund der Eingliederung der Krim eine Sitzung zur Entwicklung der Häfen im Asow-Schwarzmeerbecken. Alexander Witko, der Kommandeur der Schwarzmeerflotte teilt dabei mit, dass in Noworossijsk sieben U-Boote mit Raketen einer Reichweite von 1.500 km stationiert werden sollen.
23.09.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet in erster Lesung einen Gesetzesentwurf, der ab dem 1.1.2016 den zulässigen Anteil ausländischer Aktionäre an russischen Medien von 50 % auf 20 % reduzieren soll.
24.09.2014	Japan verhängt wegen der Situation in der Ukraine Sanktionen gegen fünf russische Banken: Sberbank, VTB, Wneschekonombank, Gasprombank und Rosselchosbank.
25.09.2014	Die russische Regierung beschließt, der Wneschekonombank zur Kapitalerhöhung

	und Liquiditätssicherung 240 Mrd. Rubel (ca. 4,8 Mrd. €) aus föderalen Haushaltsmitteln und Mitteln aus dem Bereich des Finanzministeriums und der Zentralbank zur Verfügung zu stellen.
25.09.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew teilt dem Aufsichtsrat der staatlichen »Außenwirtschaftsbank« (VEB) mit, dass die Bank, die von Sanktionen der USA, der EU und Japan betroffen ist, mit 240 Mrd. Rubel (ca. 4,8 Mrd. €) aus dem föderalen Haushalt, Mitteln des Finanzministeriums und der Zentralbank unterstützt wird.
25.09.2014	Aktivisten von »Anderes Russland« versprühen bei einem Auftritt von Andrej Makarewitsch, (»Maschina Wremeni«) Pfefferspray. Das Konzert wird abgebrochen. Gegen Makarewitsch wird eine Kampagne geführt, seit er in der Ukraine vor Flüchtlingen aufgetreten ist.
25.09.2014	Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, bezeichnet eine Liste in der Ukraine getöteter russischer Soldaten, die im Internet verbreitet wird, als Fälschung. Jelena Wassiljewna, auf deren Blog die Liste erstmals erschienen ist, unterstellt er, sie hätte sich an den ukrainischen Geheimdienst verkauft.
25.09.2014	Rebecca Harms, der Ko-Vorsitzenden der Grünen-Fraktion im Europaparlament, wird die Einreise nach Russland verweigert. Wladimir Tschishow, ständiger Vertreter Russlands bei der EU, bestätigt, dass Harms auf einer Liste von Personen stehe, deren Einreise unerwünscht ist. Harms wollte in Moskau den Prozess gegen die ukrainische Pilotin Nadeshda Sawtschenko beobachten.
26.09.2014	Das russische Justizministerium erklärt, die Registrierung der »Partei des Fortschritts« des Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj sei nicht möglich. Mehr als die Hälfte der regionalen Gliederungen der Partei seien nicht fristgerecht angemeldet worden.
26.09.2014	Die russische Staatsduma ratifiziert den Vertrag zur Eurasischen Wirtschaftsunion. Zudem wird ein Gesetz verabschiedet, das den Anteil ausländischen Kapitals bei russischer Medien auf 20 % begrenzt; das Gesetz soll am 1.1.2016 in Kraft treten.
27.09.2014	Die Vereinigung »Mütter Russlands« und Anhänger der »Volksrepubliken« Lugansk und Donezk organisieren im Moskauer Siegespark am Denkmal »Tragödie der Völker«, das an den Holocaust erinnert, eine »Traueraktion für die im Donbass Getöteten«.
29.09.2014	Gipfeltreffen der Staatsefs der Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres in Moskau. Präsident Wladimir Putin empfängt Ilham Alijew (Aserbaidshan), Hasan Rouhani (Iran), Nursultan Nasarbajew (Kasachstan) und Gurbanguldy Berdymuchamedow (Turkmenistan). Im Zentrum der Diskussion stehen der rechtliche Status des Kaspischen Meeres und Sicherheitsfragen in der Region. Die Staatsefs verständigen sich auf Rüstungsbegrenzungen. Meinungsverschiedenheiten über die Aufteilung des Meeresbodens, die Verlegung von Rohrleitungen oder die Nutzung der Bodenschätze bleiben bestehen. Präsident Putin kommt im Anschluss zu bilateralen Gesprächen mit den Präsidenten

	Aserbaidshans, Turkmenistans und des Iran zusammen.
29.09.2014	Das russische Strafermittlungskomitee eröffnet ein Untersuchungsverfahren »wegen des Genozids an der russischsprachigen Bevölkerung im Südosten der Ukraine und im Donbass«.
30.09.2014	Sergej Solodownikow, Leiter der Innenbehörden im Gebiet Kirow, teilt mit, dass 395 Personen eine bisher unbekannte Droge eingenommen haben. In Surgut (Autonomer Bezirk der Chanten und Mansen) sind bisher sieben Personen an einem synthetischen Präparat gestorben, 180 Personen leiden an Vergiftungserscheinungen.
30.09.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt den bekannten Antifaschisten Alexej Sutuga wegen eines Angriffs auf mehrere Nationalisten im Februar 2014 zu drei Jahren und einem Monat Haft.
30.09.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt in Atyrau (Kasachstan) am 11. Forum der interregionalen Zusammenarbeit zwischen Russland und Kasachstan unter dem Motto »Innovation im Kohlenwasserstoffsektor« teil. Am Rande kommt es zu einem Gespräch zwischen Putin und dem kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew über die Integrationsbemühungen zur Eurasischen Wirtschaftsunion.
Oktober	
01.10.2014	Valentina Matwijenko wird als Vorsitzende des russischen Föderationsrates wiedergewählt. Präsident Wladimir Putin gratuliert ihr zur Wiederwahl.
01.10.2014	Das Moskauer Stadtgericht verlängert die Untersuchungshaft des ehemaligen Bürgermeisters von Jaroslawl, Jewgenij Urlaschow, bis zum 3. Januar 2015. Urlaschow ist wegen Bestechung angeklagt. Das Gericht lehnt eine Freilassung auf Kautions ab.
01.10.2014	Präsident Wladimir Putin beruft eine Sitzung des nationalen Sicherheitsrates zum Thema Informationssicherheit ein. Themen sind der Schutz und die Stabilität der russischen Informationsnetze und Informationsressourcen, insbesondere der staatlichen Infrastruktur. Er erklärt, der Zugang zum Internet werde in Russland nicht eingeschränkt.
01.10.2014	Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel besprechen in einem Telefonat die Situation in der Ostukraine und eine mögliche Zusammenarbeit im Kampf gegen den »Islamischen Staat«.
02.10.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Anweisung zur erleichterten Verleihung der russischen Staatsbürgerschaft an ausländische Unternehmer und Investoren. Die Maßnahme solle ausländische Investitionen nach Russland begünstigen.
02.10.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt am VI. Investitionsforum »Russland ruft!« der Staatsbank VTB Kapital teil. Putin erklärt u. a., es werde keine massenhafte Korrektur der Privatisierung der 1990er Jahre geben. In die Situation um

	<p>»Baschneft«, gegen dessen Mehrheitsaktionär Wladimir Jewtuschenkow ein Strafverfahren eingeleitet wurde, werde er nicht eingreifen. Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew bezeichnet am Rande des Forums die aktuelle Wirtschaftssituation in Russland mit einer Inflation von 8,1 % und einem Wirtschaftswachstum von 0,8 % als »finster und explosiv«. German Gref, der Vorstandsvorsitzende der Sberbank, nutzt seinen Auftritt, um die aktuelle Wirtschaftspolitik grundlegend zu kritisieren. Das Video seiner Rede <https://www.youtube.com/watch?v=jMMzu5fSx6A> wird ein Internethit.</p>
02.10.2014	<p>Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte im Rayon Unzukul (Dagestan) werden sieben Untergrundkämpfer getötet, ein Soldat der Sondereinheiten wird verletzt.</p>
03.10.2014	<p>Präsident Putin teilt bei einer Kabinettsitzung mit, dass er das Gesetz zur Ratifizierung des Vertrags über die Eurasische Wirtschaftsunion unterzeichnet hat. Im Zentrum der Sitzung stehen Fragen des Ersatzes für Importe in den Bereichen Industrie und Landwirtschaft.</p>
03.10.2014	<p>Der Föderale Antimonopoldienst erhebt Anklage gegen den staatlichen Ölkonzern »Rosneft«. Dieser habe entgegen einer Auflage die Tankstellen von »TNK-BP« nach dessen Übernahme bisher noch nicht verkauft.</p>
04.10.2014	<p>Generalleutnant Alexander Golowko, Kommandeur der Streitkräfte der Luftraumabwehr, gibt bekannt, dass ab 2016 bei Sewastopol auf der Krim ein Frühwarnsystem für Raketenangriffe eingerichtet wird.</p>
05.10.2014	<p>Bei einer Anti-Terror Operation der Sicherheitskräfte im Rayon Baksan (Kabardino-Balkarien) werden zwei Untergrundkämpfer getötet.</p>
05.10.2014	<p>Der große Theaterregisseur, Schauspieler und Lehrer Jurij Ljubimow (geb. 1917) stirbt im Alter von 98 Jahren in Moskau. Ljubimow gründete das Theater an der Taganka und reformierte das sowjetische Theater. Nach öffentlicher Kritik an der sowjetischen Kulturpolitik wurde ihm 1984 die Staatsbürgerschaft aberkannt. 1988 durfte er zurückkehren und setzte seine Arbeit bis kurz vor seinem Tode fort.</p>
05.10.2014	<p>Ein Selbstmordattentäter tötet am Rande einer Konzertveranstaltung zum Tag der Stadt in Grosnyj (Tschetschenien) fünf Polizisten, 12 Weitere werden verletzt.</p>
06.10.2014	<p>Bei einem Sondereinsatz der Sicherheitskräfte im Rayon Kysyljurt (Dagestan) werden zwei Polizisten und ein mutmaßlicher Untergrundkämpfer getötet.</p>
06.10.2014	<p>Wladimir Aschurkow, Unternehmer und Unterstützer des Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj, beantragt politisches Asyl in Großbritannien. Die russische Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Aschurkow wegen angeblicher Veruntreuung von Wahlkampfspenden für Nawalnyj.</p>
06.10.2014	<p>Sitzung des Sicherheitsrates. Erörtert werden die Situation in der Ostukraine und der Kampf gegen den »Islamischen Staat«.</p>
07.10.2014	<p>Nach Auskunft seines Pressesprechers Dmitrij Peskow verbringt Präsident Wladimir Putin seinen 62. Geburtstag in der sibirischen Tajga, »300–400 km von</p>

	der nächsten Siedlung entfernt«.
08.10.2014	Im Rayon Schamil (Dagestan) werden drei Untergrundkämpfer bei dem Angriff auf einen Polizeiposten getötet.
08.10.2014	Ein Konzert von Andrej Makarewitsch, Mitglied der Rock-Gruppe »Maschina Wremeni« (Zeitmaschine), das für den 8.11. in Woronesch angekündigt war, wird vom Veranstalter wegen fehlender Nachfrage abgesagt. Makarewitsch gilt nach einem Konzert in der Ukraine in der »patriotischen Öffentlichkeit« als »Freund der Junta«.
08.10.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet den Gesetzesentwurf »Über Haushaltskompensationen für die Sanktionen des Westens« (das sogenannte »Rotenberg-Gesetz«) in erster Lesung. Das Gesetz sieht vor, Eigentum und Vermögen von Personen und Unternehmen zu kompensieren, die unter westliche Sanktionen fallen oder durch ausländische Gerichtsentscheide Nachteile erleiden. Wirtschaftsminister Alexander Uljukajew bezeichnet den Gesetzesentwurf als kontraproduktiv.
09.10.2014	Sergej Aksjonow wird vom Regionalparlament einstimmig zum Oberhaupt der Republik Krim gewählt. Präsident Putin hatte dem Parlament zuvor drei Kandidaten für das Amt vorgeschlagen. In der Republik Kabardino-Balkarien wählt das regionale Parlament Jurij Kokow zum neuen Republiksoberhaupt.
09.10.2014	Ein Vertreter der russischen Generalstaatsanwaltschaft erklärt in einer Sitzung des Arbitrage-Gerichtes zur Privatisierung des Ölkonzerns »Baschneft«, dass der Staat diese im Jahre 2009 nicht genehmigt hätte. Die Staatsanwaltschaft und die Behörde für staatliches Eigentum fordern vor dem Schiedsgericht die Konfiszierung der »Baschneft«-Aktien von der Firma »Sistema« zu Gunsten des Staates.
09.10.2014	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Russland zur Zahlung von 1,2 Mio. € an russische Bürger, deren Verwandte in Tschetschenien verschwunden sind. Russland habe das Recht auf Leben, das Verbot der Folter, das Recht auf Freiheit und persönliche Unversehrtheit und das Recht auf einen effektiven Rechtsschutz verletzt, heißt es in dem Urteil.
09.10.2014	Die russische Zentralbank gibt aus Anlass der Eingliederung der Krim und Sewastopols in die Russische Föderation Gedenkmünzen in den Umlauf.
09.10.2014	Sergej Menjajlo wird von der Gesetzgebenden Versammlung der Stadt Sewastopol (Krim) zum Gouverneur der Stadt gewählt.
10.10.2014	In der Republik Tywa wird ein Hubschrauber vom Typ Mi-8 mit 12 Personen an Bord vermisst. Nach einem Tag ergebnisloser Suche wird in der Republik am Abend der Notstand ausgerufen.
10.10.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt Dmitrij Ischewskij wegen des Widerstands gegen Polizeibeamte und der Teilnahme an Massenunruhen auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz am 6. Mai 2012 zu drei Jahren und zwei Monaten Lagerhaft.
10.10.2014	Der Föderale Dienst für die Medienaufsicht »Roskomnadsor« verwarnt die Zeitung

	»Nowaja Gaseta«. Die Journalistin Julija Latynina habe in Ihrem Beitrag »Wenn wir nicht der Westen sind, wer sind wir?« Äußerungen getan, die unter das Extremismus-Gesetz fallen. Roskonnadsor kann nach zwei Verwarnungen in einem Jahr bei Gericht den Entzug der Zeitungslizenz beantragen.
10.10.2014	Das russische Justizministerium beantragt beim Obersten Gericht die Schließung der »Russischen Gesellschaft für historische Aufklärung, soziale Fürsorge und Menschenrechte MEMORIAL«. Es handelt sich um den Dachverband verschiedener Memorial-Organisationen, die in verschiedenen russischen Regionen tätig sind und sich mit Menschenrechtsarbeit, sozialer Fürsorge und historischer Aufklärung befassen. Anfänglich war gemeldet worden, das Menschenrechtszentrum »Memorial« werde geschlossen. Das trifft nicht zu.
10.10.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt in Minsk (Belarus) an einem Treffen der Staatsefs der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) teil. Im Zentrum stehen die wirtschaftliche und humanitäre Zusammenarbeit sowie die Kooperation von Polizei und Justiz. Putin ruft erneut dazu auf, Freihandelsabkommen einzelner GUS-Staaten mit westlichen Staaten mit dem Freihandelsvertrag der GUS zu harmonisieren. Die Ukraine entsendet keinen Vertreter zu dem Treffen.
10.10.2014	Präsident Putin nimmt in Minsk an einem Treffen der Staatsefs des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrates teil, anwesend sind auch die Präsidenten von Kasachstan, Belarus, Armenien und Kirgistan. Dabei werden der Beitritt Armeniens zur Eurasischen Wirtschaftsunion und ein Fahrplan zum Beitritt Kirgisiens verabschiedet.
11.10.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Verordnung zur Schaffung der Staatlichen Universität Sewastopol (Krim). Zu diesem Zweck werden sieben bestehende Bildungseinrichtungen zusammengelegt.
11.10.2014	Auf einer außerplanmäßigen Sitzung des Sicherheitsrates Russlands werden der Kampf gegen den »Islamischen Staat«, die Ausbreitung des Ebola-Virus sowie die Situation in der Ukraine und die Beziehungen zu den USA thematisiert.
11.10.2014	Präsident Wladimir Putin weist Verteidigungsminister Sergej Schojgu an, 17.600 Soldaten, die seit mehreren Monaten im Gebiet Rostow unweit der ukrainischen Grenze Übungen abgehalten haben, in ihre Standorte zurückzurufen.
13.10.2014	Das russisch-deutsche Forum »Petersburger Dialog« teilt mit, dass das für Oktober in Sotschi geplante Treffen bis auf Weiteres verschoben wird.
13.10.2014	Der Föderale Dienst für den Verbraucherschutz (Rospotrebnadsor) verhängt einen vollständigen Einfuhrstopp auf Käseprodukte aus der Ukraine.
14.10.2014	Sitzung des Rates zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und Menschenrechte beim Präsidenten in Anwesenheit von Präsident Wladimir Putin. Hauptthema ist die Frage der Menschenrechte in der Ukraine. Putin wirft internationalen Menschenrechtsorganisationen vor, die ukrainischen Rechtsverletzungen in der Ostukraine zu ignorieren. Weitere Themen sind die Umsetzung des nationalen Plans zur Korruptionsbekämpfung sowie die Ergebnisse des einheitlichen Wahltages.

14.10.2014	Präsident Putin hält im Rahmen der Feierlichkeiten zum 70. Geburtstag des Moskauer staatlichen Instituts für internationale Beziehungen (MGIMO) eine Rede. Das MGIMO sei umso wichtiger in einer Zeit, in der sich die alten Gegensätze verschärfen und neue Krisen provoziert würden, erklärt Putin.
14.10.2014	Präsident Putin bespricht in einem Telefonat mit seinem ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko Maßnahmen zur Beilegung des Konfliktes in der Ostukraine. Beide Seiten wollen den Dialog zur Regulierung des Gaskonfliktes fortsetzen.
15.10.2014	Der Rubelkurs gibt weiter nach. Der Dollarkurs erreicht ein historisches Maximum von 41 Rubel pro Dollar. Auch der Euro erreicht einen Höchstwert von 52 Rubel pro Euro. Der Ölpreis der Marke Brent fällt derweil auf 85 US-\$ pro Barrel.
15.10.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt an einem Forum der »Allrussischen Volksfront« zu »Qualitativer Bildung im Namen des Landes« teil. Anlass ist der 200. Geburtstag des Schriftstellers Michail Lermontow.
16.10.2014	Sicherheitskräfte töten bei einer Spezialoperation in Derbent (Dagestan) drei Untergrundkämpfer.
16.10.2014	Präsident Wladimir Putin trifft zu einem Staatsbesuch in Serbien ein und wird von Staatspräsident Tomislav Nikolić empfangen. Im Rahmen eines Gespräches mit Premierminister Aleksandar Vučić werden mehrere Abkommen unterzeichnet, unter anderem zur militärtechnischen Zusammenarbeit. Am Abend hält Putin eine Ansprache bei einer Militärparade zum 70. Jahrestag der Befreiung Belgrads von der nationalsozialistischen Besatzung.
16.10.2014	Präsident Putin trifft am Abend zum 10. »Asien-Europa«-Forum in Mailand ein. Nach einem Gespräch mit dem italienischen Staatspräsidenten Giorgio Napolitano bespricht er mit Bundeskanzlerin Angela Merkel die Situation in der Ukraine, die Umsetzung der Minsker Vereinbarung zur Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine und den Gasstreit mit der Ukraine. Nach den offiziellen Treffen kommt Putin mit Silvio Berlusconi zusammen.
17.10.2014	Präsident Wladimir Putin trifft im Rahmen des »Asien-Europa« Forums in Mailand mit Angela Merkel, Francois Hollande und Petro Poroschenko zusammen. Im Zentrum des Gesprächs steht die Regulierung des Konflikts in der Ukraine und des Gasstreits. Dabei wird ein beschleunigter Gefangenen austausch vereinbart. Bei einem Gespräch zwischen Putin und Poroschenko wird eine Einigung über den Gaspreis für die Winterperiode erreicht. Die Ukraine bezieht demnach Erdgas für 385 US-\$ pro 1000 Kubikmeter gegen Vorkasse. Zuvor müssen jedoch die ausstehenden Gasschulden beglichen werden.
18.10.2014	In Budjonnowsk (Region Stawropol) wird die 73 jährige Ljudmila Bogatenkowa, Vorsitzende einer Sektion der »Soldatenmütter«, wegen Betrugsvorwurfs festgenommen und in Untersuchungshaft genommen. Bogatenkowa hatten den Tod russischer Soldaten im Gebiet Rostow im Juli und August untersucht und dem Rat zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und Menschenrechte beim Präsidenten darüber berichtet.
18.10.2014	In Grosnyj (Republik Tschetschenien) wird der mutmaßliche Organisator des

	Anschlags vom 5. Oktober bei einem Festnahmeversuch erschossen.
18.10.2014	Die Moskauer Polizei führt Razzien zu Verstößen gegen die Migrationsvorschriften durch. Dabei werden mehr als 450 »illegale Migranten« festgenommen.
18.10.2014	Bei dem Versuch einer Fahrzeugkontrolle in Naltschik (Republik Kabardino-Balkarien) kommt es zu einem Feuergefecht. Ein Verdächtiger und ein Polizist werden getötet. Ein weiterer Polizist wird verletzt.
20.10.2014	Ljudmila Bogatenkowa, Vorsitzende einer Regionalsektion der »Soldatenmütter« im Gebiet Stawropol, wird unter Hausarrest gestellt.
20.10.2014	Jelena Panfilowa, Vorsitzende der russischen Sektion von »Transparency International«, wird zur Vizepräsidentin der internationalen Organisation gewählt.
20.– 21.10.2014	Auf dem Moskauer Flughafen Wnukowo kollidiert der Firmenjet des französischen Ölkonzerns »Total« mit einem Schneepflug. Konzernchef Christophe de Margerie sowie drei Crewmitglieder kommen bei dem Unglück ums Leben. Präsident Wladimir Putin bekundet in einem Telegramm an den französischen Präsidenten Francois Hollande sein Beileid.
21.10.2014	Der Föderale Dienst für Veterinär- und Phytosanitäraufsicht (Rosselchosnadsor) verhängt ein Einfuhr- und Transitverbot für sämtliche Obst- und Gemüseprodukte aus der Ukraine. Russland befürchtet einen illegalen Re-Import landwirtschaftlicher Güter aus der EU, die mit russischen Sanktionen belegt wurden.
21.10.2014	Präsident Wladimir Putin erörtert in einem Telefonat mit seinem ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko Fragen der Zusammenarbeit im Gassektor und des Friedensprozesses in der Ostukraine.
22.10.2014	Der Föderale Dienst für Veterinär- und Phytosanitäraufsicht (Rosselchosnadsor) verhängt ein Einfuhrstopp für sämtliche Fleischprodukte aus Moldawien, der ab dem 27. Oktober gelten soll.
22.10.2014	Das russische Energieministerium genehmigt Anträge der Energiekonzerne »Rosneft« und »Nowatek«, die um Unterstützung aus dem Nationalen Wohlstandsfond nachgesucht hatten. Die Anträge von »Rosneft« über mehr als 2 Billionen Rubel (ca. 38 Mrd. €) und von »Nowatek« über 100 Mrd. Rubel (ca. 2 Mrd. €) müssen nun vom Wirtschaftsministerium genehmigt werden. Es ist vorgesehen, dass Unternehmen, die auf Grund der westlichen Sanktionen keine Gelder auf den internationalen Kapitalmärkten erhalten, vom Staat unterstützt werden. Auch »Lukoil« und »Gazprom Neft« planen, über den Nationalen Wohlstandsfond Mittel zu beantragen.
22.10.2014	Die russische Regierung weist der Krim 15 Mrd. Rubel (ca. 286 Mio. €) zu, um den Haushalt 2015 auszugleichen.
22.10.2014	In Sotschi wird der 11. internationale Diskussionsclub »Waldaj« eröffnet. Im Zentrum des dreitägigen Expertenforums steht die multipolare Welt und die Rolle Russlands dort sowie die Regulierung internationaler Konflikte und die Situation in der Ukraine. Analysiert werden sollen Faktoren der Erosion bestehender

	Institutionen und des internationalen Rechts. Präsident Putins nimmt am Abschlussplenum teil.
23.10.2014	Die russische Regierung gewährt 2014 vier Unternehmen des Militärisch-Industriellen Komplexes staatliche Kreditbürgschaften in Höhe von insgesamt 8,85 Mrd. Rubel (ca. 170 Mio. €).
23.10.2014	Der Generaldirektor des Moskauer Flughafens Wnukowo Andrej Djakow und sein Stellvertreter Sergej Solnzew treten zurück und reagieren damit auf das Flugzeugunglück am 20. Oktober, bei dem der Konzernchef des Ölkonzerns »Total«, Christophe de Margerie, ums Leben kam. Der Fahrer des Schneepflugs, mit dem das Flugzeug kollidiert war, wird von einem Moskauer Bezirksgericht bis zum 21. Dezember in Untersuchungshaft gesetzt.
24.10.2014	Finanzminister Anton Siluanow gibt bekannt, dass die russische Regierung bis 2017 38 Mrd. Rubel (ca. 705 Mio. €) zur Unterstützung des Importersatzes einplane. Damit soll die heimische Produktion für Güter des Militärisch-Industriellen Komplexes und anderer Industriesektoren gefördert werden.
24.10.2014	Der Rubelkurs fällt gegenüber dem Euro und dem US-Dollar weiter. Der Euro steigt auf einen neuen Höchstwert von 53 Rubel je Euro, der Dollarkurs auf ein neues Maximum von 42 Rubel pro Dollar. Standard & Poor's setzt das Kreditrating Russlands auf BBB- mit negativer Prognose.
24.10.2014	Im Rayon Tljarata (Dagestan) kommt es zu Gefechten zwischen Sicherheitskräften und mutmaßlichen Untergrundkämpfern. Zwei Aufständische werden getötet, ein Soldat verletzt.
24.10.2014	Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel äußern in einem Telefonat die Hoffnung, dass die Verhandlungen über Gaslieferungen an die Ukraine zu einem baldigen Ergebnis führen. Weiterhin sprechen sie sich für ein neues Treffen der Ukraine Kontaktgruppe und eine Deeskalation der Situation in der Ostukraine aus.
24.10.2014	Präsident Putin nimmt am Abschlussforum des 11. internationalen Diskussionsforums »Waldai« in Sotschi teil und hält eine programmatische Rede zur Außen- und Sicherheitspolitik.
25.– 26.10.2014	In Russland wird die Uhrzeit auf Winterzeit umgestellt. In Zukunft wird Russland bei dieser Zeit bleiben und keine Zeitumstellungen mehr vornehmen.
26.10.2014	Die Hauptverwaltung Moskau des russischen Innenministeriums führt gemeinsam mit der lokalen Moskauer Verwaltungen des Föderalen Migrationsdienstes und des Inlandsgeheimdienstes FSB die Operation »Migrant-2014« durch. Bei der Überprüfung ausländischer Staatsbürger werden in der Hauptstadt in den ersten vier Tagen 14.000 Personen erkenntungsdienstlich überprüft.
27.10.2014	Russland erkennt die Parlamentswahlen, die am 26.10. in der Ukraine stattgefunden haben, grundsätzlich an. Außenminister Sergej Lawrow weist jedoch auf zahlreiche Verletzungen im Verlauf des Urnenganges hin. Die Beobachtermission der OSZE hatte erklärt, die Wahlen seien im Einklang mit demokratischen Anforderungen

	abgehalten worden.
27.10.2014	Das russische Luftfahrtunternehmen »Aeroflot« richtet nach sechs Jahren erstmals wieder eine Direktverbindung zwischen Moskau und der georgischen Hauptstadt Tiflis ein.
28.10.2014	Präsident Wladimir Putin gratuliert der Ukraine in einem Schreiben zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Die Tradition der brüderlichen Freundschaft und gegenseitigen Hilfe solle bewahrt und die heranwachsende Generation mit patriotischen Werten erzogen werden.
28.10.2014	Präsident Wladimir Putin und FIFA-Präsident Sepp Blatter nehmen an einer Aufsichtsratssitzung des Organisationskomitees »Russland-2018« zur Vorbereitung der Fußballweltmeisterschaft teil. Putin erklärt, dass Russland 664 Mrd. Rubel (ca. 12,3 Mrd. €) in das Turnier investieren werden, mehrheitlich in die Energie-, Informations- und Transportinfrastruktur. Die Hälfte der Ausgaben trägt der föderale Haushalt.
28.10.2014	Die neue Billigfluglinie des staatlichen Flugunternehmens »Aeroflot« soll »Pobeda« (»Sieg«) heißen und die Flugrouten des vorherigen Billigfliegers »Dobroljot« übernehmen. »Dobroljot« war von der EU mit Sanktionen belegt worden, da es die Krim anflog.
29.10.2014	Russland erreicht bei dem Doing-Business-Rating 2015 der Weltbank, mit dem die Wirtschaftsbedingungen in einem Land bewertet, Rang 62.
29.10.2014	Ljudmila Schewzowa, Vize-Sprecherin der Staatsduma und stellvertretende Vorsitzende der Dumafraktion von »Einiges Russland« stirbt im Alter von 66 Jahren in Moskau. Schewzowa war vor 2011 zehn Jahre lang stellvertretende Bürgermeisterin Moskaus und Beauftragte für die Sozialpolitik. Präsident Putin bekundet ihren Angehörigen sein Beileid.
29.10.2014	Der stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Rogosin gibt bekannt, dass das staatliche Unternehmen »Rosoboronexport«, das für den Export und Import von Rüstungsgütern zuständig ist, eine Einladung in die französische Hafenstadt Saint-Nazaire erhalten habe, um der Übergabe des ersten Hubschrauberträgers »Mistral« am 14. November beizuwohnen. Von französischer Seite wird dementiert, dass es einen genauen Übergabetermin gäbe.
29.10.2014	Das russische Justizministerium verweigert der »Partei des Fortschritts« des Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj die Registrierung. Die Partei habe die Anforderung nicht erreicht, innerhalb von sechs Monaten in der Hälfte der Föderationssubjekte regionale Gliederungen zu gründen. In einer Vielzahl von Regionen wurde die Registrierung von entsprechenden Abteilungen verweigert. Hierzu sind Gerichtsverfahren anhängig.
30.10.2014	Die NATO teilt mit, dass die russischen Luftstreitkräfte in den vergangenen zwei Tagen über der Ost- und Nordsee und dem Schwarzen Meer ungewohnt aktiv waren. In Reaktion auf die Annäherung russischer Kampfflugzeuge an den eigenen Luftraum seien Flugzeuge der Streitkräfte Norwegens, Großbritanniens und Portugals über der Nordsee sowie türkische Kampfflugzeuge über dem Schwarzen

	Meer aufgestiegen.
30.10.2014	Jurij Chrisman, von 2012 bis Ende 2013 Leiter des staatlichen Unternehmens »Dalspezstroj« (Sonderbauten in Fernost) und Generalbeauftragter des Kosmodroms »Wostotschnij«, wird nach einer Wohnungsdurchsuchung im Gebiet Moskau wegen Diebstahls und Veruntreuung von Haushaltsgeldern in besonders großem Ausmaß festgenommen.
30.10.2014	Das Moskauer Schiedsgericht gibt der Klage der russischen Generalstaatsanwaltschaft statt, wonach die Privatisierung des baschkirischen Ölkonzerns »Baschneft« ohne Genehmigung föderaler Behörden illegal gewesen sei. Demnach fallen 71,4 % der »Baschneft«-Aktien, die sich im Besitz von »Sistema« befinden, an den Staat zurück. Mitte September war Wladimir Jewtuschenkow, Milliardär und Eigentümer der Holding »Sistema«, wegen der unrechtmäßigen Aneignung dieser Aktien festgenommen und unter Hausarrest gestellt worden.
30.– 31.10.2014	Russland und die Ukraine einigen sich unter Vermittlung der Europäischen Kommission auf Gaslieferungen für das Winterhalbjahr. Die Ukraine bezahlt bis Ende des Jahres 3,1 Mrd. US-\$ an ausstehenden Gasschulden, der Gaspreis wird auf 378 US-\$ pro 1.000 m ³ im vierten Quartal 2014 und auf 365 US-\$ pro 1.000 m ³ im ersten Quartal 2015 festgelegt.
30.– 31.10.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht in einer Telefonkonferenz mit Petro Poroschenko, Angela Merkel und François Hollande die Situation in der Ukraine. Alle Seiten begrüßen die Einigung über die Gaslieferungen in die Ukraine und fordern die Einhaltung der Friedensvereinbarung von Minsk sowie eine weitere Regulierung des Konflikts in der Ostukraine.
31.10.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht mit den Mitgliedern des russischen Sicherheitsrates die Situation in der Ostukraine vor den Wahlen der Separatisten am 2. November sowie die Gasvereinbarung mit der Ukraine. Weiterhin werden die erfolgreichen Starts der »Sojus-2.1a« Rakete und der seegestützten Interkontinentalrakete »Bulawa« besprochen.
31.10.2014	Der Föderale Dienst für Medienaufsicht »Roskomnadsor« spricht dem Radiosender »Echo Moskwj« eine Verwarnung aus. Ein Interview mit Journalisten, die bei den Gefechten um den Flughafen in Donezk anwesend waren, hätte Kriegsverbrechen gerechtfertigt.
November	
02.11.2014	In den »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk in der Ostukraine werden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen durchgeführt. Die EU erklärt, sie werde die Wahlen nicht anerkennen, diese seien neue Hindernisse auf dem Weg zu einem Frieden in der Ukraine. Russland erklärt dagegen, die Willensäußerung der Bewohner im Südosten der Ukraine zu achten.
02.11.2014	In Moskau demonstrieren rund 6.000 Ärzte und Mitarbeiter des Gesundheitswesens gegen die Reformen im Moskauer Gesundheitswesen, bei denen die Zahl der

	Krankenbetten deutlich verringert und Personal abgebaut werden soll.
04.11.2014	In der Moskauer Innenstadt nehmen nach Angaben der Moskauer Polizei 75.000 Menschen an einem Marsch unter dem Motto »Wir sind geeint« zum Tag der nationalen Einheit teil. Neben Flaggen politischer Parteien und russischer Regionen sind Flaggen der »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk zu sehen. Präsident Wladimir Putin besucht nach einem feierlichen Empfang gemeinsam mit Patriarch Kirill die Ausstellung »Meine Geschichte. Rurikiden« aus dem Zyklus »Orthodoxe Rus«.
04.11.2014	Im Moskauer Vorort Lublino kommen am »Tag der nationalen Einheit« ca. 10.000 Nationalisten zum »Russischen Marsch« zusammen.
05.11.2014	Ein Bezirksgericht in Astrachan verurteilt den ehemaligen Bürgermeister der Stadt Michail Stoljarow wegen der Annahme von Bestechungsgeld zu zehn Jahren Haft und einer Strafzahlung von 500.000 Rubel (ca. 9.000 €).
05.11.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet eine Gesetzesnovelle, wonach das öffentliche Zeigen von faschistischer Emblemen oder Symbolen extremistischer Organisationen, die mit den Nationalsozialisten kollaborierten, unter Strafe gestellt wird. Höchststrafen sind 100.000 Rubel (ca. 2.000 €) oder 15 Tage Haft.
05.11.2014	Das US-amerikanische Zeitschrift »Forbes« kürt Russlands Präsidenten Wladimir Putin das zweite Jahr in Folge zur einflussreichsten Person der Welt, vor US-Präsident Barack Obama und dem Präsidenten der Volksrepublik China Xi Jinping.
05.11.2014	Das »Wall Street Journal« meldet, dass US-amerikanische Staatsanwälte gegen den Finanzinvestor Gennadij Timtschenko, lange Zeit Mitbesitzer des Öltraders Gunvor, eine Untersuchung wegen des Verdachts auf Geldwäsche eingeleitet haben.
06.11.2014	Der russische Fernsehsender »LifeNews« meldet, dass der Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj insgeheim von der Präsidentialverwaltung finanziert werde. Dies wird von der Präsidentialverwaltung dementiert.
06.11.2014	Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates Russlands. Auf der Tagesordnung steht die Situation in der Ostukraine, die durch häufige Verletzungen der Waffenruhe gekennzeichnet sind.
06.11.2014	Das Moskauer Wirtschaftsgericht verurteilt die Zeitschrift »Russkij Reportjor« und die Mediengruppe »Ekspert« zu einer Strafzahlung von 46,5 Mio. Rubel (ca. 785.000 €) an das »Institut für Stammzellen des Menschen« (ISKTsch) wegen Rufschädigung. Die Zeitschrift hatte dem Institut in einem Bericht im Januar 2013 Betrug vorgeworfen.
07.11.2014	Das Wirtschaftsgericht im Swerdlowsker Gebiet verurteilt Aksana Panowa zur Zahlung von 27,6 Mio. Rubel (ca. 466.000 €) zum Wohle der Informationsagentur »Ura.ru«, die Panowa bis 2012 geleitet hatte. Panowa habe während ihrer Leitung der Informationsagentur einen Schaden in dieser Höhe verursacht. Die Räumlichkeiten ihrer neuen Internetzeitung »Znak.com« sowie ihre Privatwohnung werden beschlagnahmt.

08.11.2014	Der russische Außenminister Sergej Lawrow und sein amerikanischer Amtskollege John Kerry kommen am Rande des APEC-Gipfels in Peking zusammen. Eines der zentralen Themen des Treffens ist die Situation in der Ukraine.
08.11.2014	Die Beobachtermission der OSZE in der Ostukraine meldet einen Konvoi von etwa 40 Lastwagen mit schwerem Gerät und Panzerfahrzeugen sowie Treibstofftransportern in dem von Separatisten kontrollierten Gebiet, der sich in westliche Richtung bewegt. Die OSZE macht keine Angaben darüber, welcher Kriegspartei die Kolonne zuzuordnen ist.
09.11.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt am APEC-Gipfel in Peking teil. Bei einem Gespräch mit dem japanischen Ministerpräsidenten Shinzo Abe stehen die Situation in der Ukraine, die Arbeit an einem Friedensvertrag zwischen Russland und Japan sowie ein möglicher Japanbesuch Putins im kommenden Jahr auf der Agenda.
09.11.2014	In Anwesenheit von Präsident Putin und seinem Chinesischen Amtkollegen Xi Jinping werden mehrere bilaterale Abkommen unterzeichnet, darunter eines über die Zusammenarbeit im Gassektor und ein Memorandum über Erdgaslieferungen aus Westsibirien nach China ab 2019.
09.11.2014	Die Beobachtermission der OSZE in der Ostukraine meldet zwei Konvois von jeweils 17 Lastwagen, die östlich von Donezk auf dem von Separatisten kontrollierten Gebiet beobachtet werden. Dabei wurden fünf Raketenabwehrsysteme vom Typ »Grad« und zwölf 122-mm Haubitzen gezählt.
10.11.2014	Der Föderale Dienst für die Medienaufsicht »Roskomsnadzor« spricht dem Journal »Russkij Reportjor« wegen der Verwendung von Kraftausdrücken eine Verwarnung aus. Nach zwei Verwarnungen kann einem Presseergebnis die Lizenz entzogen werden.
10.11.2014	Die russische Hauptmilitärstaatsanwaltschaft bestätigt nach einer Anfrage von Lew Schlosberg, einem Abgeordneten von »Jabloko« im Abgeordnetenhaus des Gebietes Pskow, den Tod von 12 Soldaten von Juli bis September 2014 »bei der Ausübung ihrer Dienstpflichten« außerhalb ihres regulären Stationierungsorts. Schlosberg hatte im August davon berichtet, dass Soldaten der in Pskow stationierten Luftlandetruppen in der Ostukraine umgekommen seien. Die Militärstaatsanwaltschaft verweigerte weitere Informationen zu diesem Thema mit der Begründung, diese fielen unter die Geheimhaltung.
10.11.2014	Der Fernsehsender »CNN International« stellt ab dem 31. Dezember 2014 sein Programm im russischen Kabelnetz ein. Als Grund wird die Novellierung des Mediengesetzes genannt. Der zulässige Anteil ausländischen Kapitals bei Medienunternehmen war im September auf 20 % begrenzt worden.
10.– 11.11.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt in Peking an der feierlichen Eröffnung des APEC-Gipfels teil. Dort geht es u. a. um Maßnahmen zur Stärkung der regionalen Zusammenarbeit und der Weiterentwicklung der Kooperationsinfrastruktur. Am Rande des Gipfels kommt Putin zu einem kurzen Gespräch mit US-Präsident Obama zusammen. Dabei werden die bilateralen Beziehungen und die Situation in Syrien, der Ukraine und dem Iran besprochen.

11.11.2014	Die Beobachtermission der OSZE in der Ostukraine meldet einen weiteren Konvoi aus 43 Militärfahrzeugen in Donezk. Dabei werden fünf »122-mm Haubitzen« und fünf Mehrfachraketenwerfer (MLRS) gezählt.
11.11.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet eine Gesetzesänderung, die es Parteien verbietet, mit NGOs, die als »ausländische Agenten« eingestuft sind, Verträge abzuschließen.
11.11.2014	Russland und der Iran unterzeichnen ein Abkommen über den Bau von zwei neuen Reaktorblöcken am Atomkraftwerk »Busher«.
11.11.2014	Andrej Isajew (»Einiges Russland«) wird zum stellvertretenden Sprecher der russischen Staatsduma gewählt.
12.11.2014	Die »Konföderation der Arbeit Russlands«, eine Vereinigung russischer Gewerkschaften, kündigt zum 29. und 30. November russlandweite Proteste »für eine würdige Medizin« an. Es soll gegen Kürzungen, die Schließung von medizinischen Einrichtungen, die Überlastung des Personals, geringe Löhne und die Kommerzialisierung des Gesundheitssystems protestiert werden.
12.11.2014	Der Sprecher des russischen Verteidigungsministerium Generalmajor Igor Konaschenkow weist Äußerungen von General Philip Breedlove, dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, zurück, der erklärt hatte, russische Militärkonvois seien in die Ostukraine eingedrungen. Konaschenkow zufolge gebe es dafür keinerlei Fakten.
12.11.2014	Der Ölpreis der Nordseemarke »Brent« fällt an der Ölbörse in London erstmals seit vier Jahren unter den Wert von 80 US-Dollar.
13.11.2014	Vier russische Kriegsschiffe werden in internationalen Gewässern nördlich von Australien gemeldet.
13.11.2014	Alexander Lukaschewitsch, offizieller Sprecher des russischen Außenministeriums, erklärt, dass die einseitigen Berichte der OSZE in der Ukraine keine Atmosphäre des Vertrauens schaffen würden. Die hastige Verbreitung eines Sonderberichts über militärische Fahrzeugkolonnen in der »Volksrepublik Donezk« würde die Bewegungen der ukrainischen Streitkräfte völlig ignorieren.
14.11.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verlängert den Hausarrest des Milliardärs und Eigentümers der Holding »Sistema«, Wladimir Jewtuschenkow, bis Mitte März 2015.
14.11.2014	Präsident Wladimir Putin erklärt, dass Russland auch einen »katastrophalen Rückgang« des Ölpreises verkraften werde. Der Ölpreis der Marke »Brent« wird derweil mit \$ 77 gehandelt.
15.11.2014	Im australischen Brisbane kommen die Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen zum G-20 Gipfel zusammen. Der Konflikt in der Ostukraine überschattet das Gipfeltreffen und dominiert die Gespräche von Präsident Wladimir Putin mit dem französischen Präsidenten Francois Hollande, dem britischen Premier David Cameron, dem italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi. Mit

	Bundeskanzlerin Angela Merkel führt Putin ein dreistündiges Gespräch, zu dem auch der neue EU-Kommissionspräsidenten Jean Claude Juncker zugezogen wird. Putin verlässt den Gipfel vor den anderen Teilnehmern.
15.11.2014	Die Partei RPR-PARNAS (Republikanische Partei Russlands – Partei der Volksfreiheit) veranstaltet in Moskau einen Kongress zur Gründung einer politischen Koalition mit dem Namen »Europäische Wahl«. Diese soll die Protestaktivitäten und die Menschenrechtsarbeit sowie die Teilnahme an den Dumawahlen 2016 und den Präsidentschaftswahlen 2018 koordinieren.
15.11.2014	Die russische Regierung weist die Stellvertretende Leiterin der Politischen Abteilung der deutschen Botschaft aus Russland aus. Dabei handelt es sich offenbar um eine Reaktion auf die Ausweisung eines russischen Diplomaten durch die deutschen Behörden, die diesem Spionage vorwerfen.
16.11.2014	Ein siebter Hilfskonvoi des russischen Katastrophenschutzministeriums überquert die Grenze zur Ostukraine. 74 Lastwagen transportieren mehr als 450 Tonnen an Hilfsgütern in die von Separatisten kontrollierten Gebiete um Luhansk und Donezk. Die Lieferung umfasst elektrotechnische Ausrüstung und Zubehör, Baumaterial und Treibstoff.
16.11.2014	Im Moskauer Stadtzentrum kommt es nach einer Störung in einer Gasverteilerstation in 18 Wohnungen in 14 verschiedenen Gebäuden zu Gasexplosionen. Vier Personen werden verletzt, ca. 600 Personen evakuiert. Der stellvertretende Bürgermeister Pjotr Birjukow verspricht, die Wohnungen auf Kosten der Stadt renovieren zu lassen.
16.11.2014	Nach Angaben der Bewegung »Moskauer Autofahrer« nehmen ca. 500 Personen mit ihren Autos an einer Protestaktion gegen die städtische Politik des Parkraummanagements und des kostenpflichtigen Abschleppens teil. Fünf Personen werden wegen der Organisation einer nicht genehmigten Versammlung vorübergehend festgenommen.
16..11.2014	Die ARD strahlt ein Interview mit Präsident Putin aus, das am 13. November in Wladiwostok aufgezeichnet wurde. Darin bezeichnet Putin die Reaktion des Westens auf den »Beitritt der Krim zu Russland« als inadäquat und verweist auf Kosovo als Präzedenzfall
17.11.2014	Bundeskanzlerin Angela Merkel thematisiert den Russland-Ukraine-Konflikt in Ihrer Rede am Lowy Institut für Internationale Politik in Sydney. Sie kritisiert die russische Position deutlich, plädiert aber mit Nachdruck für die intensive Fortsetzung der Gespräche, um bald eine politische Lösung zu finden.
17.11.2014	Das russische Oberste Gericht gibt einer Klage der Generalstaatsanwaltschaft statt und stuft den ukrainischen »Rechten Sektor« sowie die »Ukrainische Nationalversammlung – Ukrainische Selbstverteidigung des Volkes« (UNA-UNSO) als extremistische Organisationen ein, deren Tätigkeit in Russland verboten wird.
17.11.2014	Russland weist mehrere polnische Diplomaten aus. Der Schritt ist eine Reaktion auf die Ausweisung russischer Diplomaten aus Warschau.

17.11.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt Ella Pamfilowa, die Menschenrechtsbeauftragte beim Präsidenten, in seiner Residenz. Unter anderem wird erörtert, auf welchem Wege als »ausländische Agenten« registrierte NGOs nach Ende der ausländischen Finanzierung wieder von der Liste der »ausländischen Agenten« gestrichen werden können.
17.11.2014	Im Rayon Sunshenks (Tschetschenien) werden vier Untergrundkämpfer bei einem Polizeieinsatz getötet. Zwei Polizisten werden bei dem Einsatz verletzt.
18.11.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet Änderungen im Steuerkodex, die der »De-Offshorisierung« der Wirtschaft dienen sollen. In Zukunft müssen Einkünfte aus Offshore-Firmen in Russland versteuert werden, wenn der Steuerpflichtige über 25 % eines ausländischen Unternehmens besitzt (bei Familienbesitz ab 50 %). Bei der Nichtangabe von Einkünften drohen Geldstrafen von mindestens 100.000 Rubel (ca. 1.700 €).
18.11.2014	Finanzminister Anton Siluanow erklärt in einem Interview mit der Agentur Bloomberg, dass die russische Wirtschaft in eine Rezession gerät, wenn der Ölpreis im kommenden Jahr unter 60 US-Dollar fällt. Die Situation sei jedoch nicht mit der Wirtschaftskrise 2008/09 vergleichbar. Der Staat werde seinen sozialen Verpflichtungen nachkommen.
18.11.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet einen Erlass, der bei Vorliegen der entsprechenden Dokumente das Mitführen von Waffen zur Selbstverteidigung erlaubt. Als Selbstverteidigungswaffen werden u. a. Schreckschuss- und Gaspistolen zugelassen. Das Innenministerium erklärt, die Anweisung ändere nichts an den bisherigen Regelungen, die einen Waffenschein für das Mitführen bestimmter Waffenarten notwendig macht.
18.11.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht gibt dem Antrag des Musikers Andrej Makarewitsch statt und verurteilt Alexander Prochanow, den Herausgeber der rechtsradikalen Zeitung »Sawtra« (Morgen), und die Zeitung »Iswestija« zur Zahlung eines Schmerzensgeldes in Höhe von 500.000 Rubel (ca. 8.500 €) an den Musiker, und zwar als Kompensation für entstandenen moralischen Schaden. Prochanow hatte Makarewitsch beschuldigt, durch seinen Auftritt in der Ostukraine die Kiewer Militärs unterstützt zu haben. Makarewitsch war nach seinem Auftritt vor Flüchtlingen in der Ostukraine aufgetreten und in einer Medienkampagne als »Feind Russlands« und Angehöriger der »Fünften Kolonne« verleumdet worden.
18.11.2014	Präsident Wladimir Putin stellt sich auf der Sitzung des zweiten »Forum der Taten« der »Allrussischen Volksfront« (ONF) den Fragen und Bitten der ONF-Delegierten. Zentrale Themen sind die Umsetzung von Putins »Mai-Erlassen« von 2012 und die Entwicklung der russischen Wirtschaft unter den Bedingungen der Sanktionen.
18.11.2014	Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier trifft nach einem Kiew-Besuch in Moskau ein, um mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow Gespräche über die Russland-Ukraine-Krise zu führen. Steinmeier wird überraschend von Präsident Putin zu einem Abendessen eingeladen.
19.11.2014	Die Abgeordneten im Autonomen Bezirk der Chanten und Mansen – Jugra sowie die Abgeordneten im Autonomen Bezirk der Jamal-Nenzen stimmen für eine

	Abschaffung der Direktwahl ihrer Gouverneure. Diese wird in Zukunft von den Bezirksparlamenten gewählt.
19.11.2014	Das Moskauer Stadtgericht bestätigt das Urteil gegen Dmitrij Ischewskij, der im »Bolotnaja Fall« wegen Beteiligung an Massenunruhen und Widerstand gegen Polizeibeamte zu drei Jahren und zwei Monaten Lagerhaft verurteilt worden war. Ischewskij hatte ein Geständnis abgelegt und um ein vereinfachtes Verfahren gebeten – ohne Beweiswürdigung und Zeugenbefragung.
19.11.2014	Regierungssitzung bei Präsident Wladimir Putin Im Zentrum steht die Frage der Effizienzsteigerung von Staatsunternehmen und Unternehmen mit staatlicher Beteiligung. Bonuszahlungen an deren Vorsitzende sollen an die Umsetzung von Leistungskennzahlen (KPI) und langfristige Entwicklungsprogramme geknüpft werden. Außerdem werden der Föderalhaushalt für 2015 und die Haushaltsplanung für 2016–2017 besprochen.
20.11.2014	Die Regierung Russlands gibt die Quoten für 2015 zur Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen an ausländische Staatsangehörige und Staatenlose bekannt. Die insgesamt 126.055 Aufenthaltserlaubnisse (2014: 146.627) sollen auf die Föderationssubjekte verteilt werden (Moskau: 2.000; Moskauer Gebiet: 8.000; Krim / Sewastopol: 1.900; Region Chabarowsk: 800); sie wurden »auf Vorschlag der regionalen Behörden unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und Migrationssituation« festgelegt.
20.11.2014	In Gegenwart von Präsident Wladimir Putin wird im Moskauer Alexandergarten das Denkmal für Zar Alexander I (1777–1825) enthüllt. An der Zeremonie, die auf den 200. Jahrestag der Beendigung des »Vaterländischen Krieges« gegen Napoleon terminiert ist, nimmt unter anderen Patriarch Kirill teil, dem Putin zum 68. Geburtstag gratuliert.
20.11.2014	Präsident Putin leitet eine erweiterte Sitzung des russischen Sicherheitsrats. Im Zentrum stehen der Entwurf zur Strategie der Extremismusbekämpfung bis 2025 sowie die staatliche Politik zur Bekämpfung unterschiedlichster Formen des Extremismus.
21.11.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet den föderalen Haushalt für 2015 und den Haushaltsplan für 2016/17. Der »Beitritt« der Krim sowie die Auswirkungen der Sanktionen gegen Russland wurden in der Haushaltsplanung berücksichtigt.
21.11.2014	Ein Bezirksgericht in Astrachan verurteilt den ehemaligen Bürgermeister der Stadt Michail Stoljarow wegen der Annahme von Bestechungsgeldern zu zehn Jahren Haft und einer Geldbuße von 500.000 Rubel (ca. 9.000 €).
22.11.2014	Auf dem Moskauer Triumphalnaja-Platz findet eine Versammlung für die Meinungsfreiheit statt, die von der Partei »Jabloko« angemeldet wurde. Mehrere Aktivisten und Journalisten protestieren gegen den Druck auf Massenmedien und Journalisten sowie gegen Zensur und staatliche Propaganda.
22.11.2014	Die »Allrussische Gesellschaft für historische Aufklärung, soziale Fürsorge und Menschenrechte MEMORIAL« verabschiedet auf einer Konferenz in Moskau eine neue Satzung, die den Forderungen des Justizministeriums gerecht werden soll. Die

	Revision der Satzung erlaubt es der Gesellschaft »Memorial«, den gesamtrossischen Status der Organisation zu bewahren.
23.11.2014	Veröffentlichung eines Interviews, das Präsident Wladimir Putin am 13. November der Nachrichtenagentur TASS gegeben hat. Darin geht er auf die Frage nach einer weiteren Kandidatur ein. Putin äußert sich neutral, schließt seine Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen 2018 aber nicht aus.
24.11.2014	Viktor Tichonow, berühmter sowjetischer Eishockeyspieler und von 1978 bis 1994 Trainer der Nationalmannschaften der UdSSR und Russlands, stirbt im Alter von 84 Jahren in Moskau. Unter seiner Leitung gewann das Team der UdSSR von 1978 bis 1990 acht Weltmeisterschaften und drei olympische Goldmedaillen.
24.11.2014	Präsident Wladimir Putin und Raul Chadshimba, Präsident der abtrünnigen georgischen Provinz Abchasien, unterzeichnen einen »Vertrag über eine Union und strategische Partnerschaft«. Das Abkommen sieht die Gründung eines gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungsraumes unter anderem durch die Einrichtung gemeinsamer Truppeneinheiten vor. Russland verdoppelt im kommenden Jahr die Finanzhilfen an Abchasien auf 5 Mrd. Rubel (ca. 90 Mio. €). Das geplante Investitionsprogramm für 2015–2017 sieht für Abchasien weitere 4 Mrd. Rubel (ca. 68,5 Mio. €) pro Jahr vor.
24.11.2014	Präsident Putin leitet in Sotschi eine Sitzung über die Entwicklung der russischen Streitkräfte, an der Verteidigungsminister Sergej Schojgu, der Vorsitzenden des Generalstabs Walerij Gerasimow und die Kommandeure einzelner Truppen- und Waffengattungen teilnehmen.
24.11.2014	Präsident Putin und sein iranischer Amtskollege Hassan Rohani besprechen in einem Telefonat die Frage des iranischen Atomprogramms. Beide Seiten betonen den Fortschritt, der bei den laufenden Verhandlungen auf Ebene der Außenminister in Wien erzielt wurden. Ferner wird die bilaterale Zusammenarbeit und die Umsetzung gemeinsamer Projekte erörtert.
25.11.2014	Frankreichs Präsident Francois Hollande lässt die Auslieferung des ersten Hubschrauberträgers »Mistral« an Russland auf Grund der Situation im Südosten der Ukraine verschieben.
25.11.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz, das die Finanzierung von russischen Parteien aus dem Ausland verbietet. Das Gesetz betrifft eine Finanzierung durch ausländische Staaten, Bürger, Unternehmen, Vereine, internationale Organisationen und russische Unternehmen mit einer ausländischen Beteiligung von über 30 %. Die Geldstrafen werden deutlich erhöht. Illegale Parteispenden werden mit 10.000 – 300.000 Rubel (ca. 170–5.000 €) geahndet.
25.11.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt in Sotschi den Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Vietnams Nguyen Phu Trong. Neben den Verhandlungen über eine strategische Partnerschaft werden mehrere Abkommen unterzeichnet.
25.11.2014	Der russische Ölkonzern »Rosneft« senkt seine Ölförderung um 25.000 Barrel pro Tag. Am Abend scheitert ein gemeinsamer Versuch mit Venezuela und Mexiko,

	zwei Tage vor dem OPEC-Gipfel in Wien Saudi-Arabien dazu zu bewegen, sich für eine Reduzierung der Ölförderung einzusetzen.
26.11.2014	Der Südliche Militärbezirk teilt mit, dass 14 Jagdflugzeuge vom Typ SU-27 SM und SU-30 auf der Krim eingetroffen seien. Sie werden dem neu formierten Jagdfliegerregiment unterstellt, das auf der Krim stationiert ist.
26.11.2014	Präsident Wladimir Putin und Außenminister Sergej Lawrow empfangen in Sotschi den syrischen Außenminister Walid al-Muallim. Im Zentrum des Gesprächs stehen die russisch-syrischen Beziehungen. Sergej Lawrow erklärt, dass Russland es in den vergangenen eineinhalb Jahren 30 Hilfslieferungen an Syrien gegeben habe.
26.11.2014	Präsident Putin empfängt in Sotschi Verteidigungsminister Sergej Schojgu, den Vorsitzenden des Generalstabs Walerij Gerasimow und die Kommandeure einzelner Truppen- und Waffengattungen zu einer weiteren Sitzung, auf der die Entwicklung der russischen Streitkräfte diskutiert wird. Putin betont, man wolle niemanden bedrohen und sich in keine geopolitischen Spiele, Intrigen und Konflikte verwickeln werde.
26.11.2014	Präsident Putin telefoniert mit seinem ukrainischem Amtskollegen Petro Poroschenko auf dessen Initiative. Im Zentrum stehen die Situation in der Ostukraine und die bilateralen Beziehungen. Dmitrij Peskow, Sprecher von Präsident Putin, dementiert anschließend Gerüchte, Putin habe der Ukraine gedroht.
27.11.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew bespricht in einem Telefonat mit seinem neu gewählten ukrainischen Amtskollegen Arsenij Jazenjuk die finanzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Russlands und der Ukraine.
27.11.2014	Putin leitet eine Sitzung zur Entwicklung des russischen Militär-Industriellen Komplexes in Sotschi. Fast alle geplanten staatlichen Verteidigungsaufträge seien in diesem Jahr umgesetzt worden. Für den Importersatz ausländischer Rüstungsgüter wurden dem russischen Rüstungssektor zur Modernisierung der Produktion fast 3 Billionen Rubel (ca. 48,5 Mrd. €) zur Verfügung gestellt. Die heimischen Produkte sollen demnach besser und günstiger werden.
27.11.2014	Die Weigerung der OPEC, die Ölproduktion zu senken, lässt den Ölpreis und den Rubelkurs weiter fallen. Am Abend fällt der Preis für ein Barrel Rohöl der Marke Brent auf \$ 74, 31, der Rubel fällt an der Moskauer Börse auf 48,65 Rubel je Dollar und 60,75 Rubel je Euro.
28.11.2014	Innenminister Wladimir Kolokolzew gibt bekannt, dass die Sicherheitskräfte im Kaukasus in diesem Jahr 73 Untergrundkämpfer getötet sowie 100 Infrastrukturobjekte der Untergrundkämpfer zerstört hätten.
28.11.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt den neuen Chef des französischen Ölkonzerns Total, Patrick Pouyanné. An dem Treffen nehmen Energieminister Alexander Nowak, die Präsidenten der staatlichen Ölkonzerne »Rosneft« und Lukoil, Igor Setschin und Wagit Alekperow sowie der Vorstandsvorsitzende von »Nowatek« Leonid Michelson teil. Pouyanné betont, dass die Kooperation mit Russland im Zentrum der Konzernstrategie steht.

28.11.2014	Der Dollarkurs klettert an der Moskauer Börse auf über 50 Rubel für einen US-Dollar. Der Ölpreis für die Marke Brent fällt unter 70 US-\$ je Barrel.
29.11.2014	Die Europäische Union verhängt gegen 13 Politiker der »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk Einreisesperren und verbietet die Finanzierung von fünf Parteien, die an Wahlen in den Republiken teilgenommen haben.
29.11.2014	Der Stellvertretende russische Außenminister Aleksej Meschkow ruft die EU dazu auf, ihre Sanktionen gegen Russland und die Einreisesperren aufzuheben. Russland werde dann seine Gegenmaßnahmen beenden.
30.11.2014	Das russische Katastrophenschutzministerium schickt einen achten Lastwagenkonvoi mit Hilfsgütern in die Ostukraine. 100 Fahrzeuge bringen 1200 Tonnen Lebensmittel und Baumaterial nach Luhansk und Donezk.
30.11.2014	Etwa 3.000 Personen demonstrieren in Moskau gegen eine Reform der städtischen Gesundheitsfürsorge. In Resolutionen wird gefordert, die Reorganisationen im Gesundheitswesen und die Massenentlassungen von Angestellten in diesem Bereich zu stoppen. An der Protestaktion nehmen Vertreter von Parteien und Gewerkschaften teil.
30.11.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz zur Entwicklung des Föderalbezirks Krim, der die Einrichtung einer Freihandelszone für 25 Jahre vorsieht.
Dezember	
01.12.2014	Die russische Regierung gewährt vier Unternehmen des Militär-Industriellen Komplexes staatliche Kreditgarantien über 5,47 Mrd. Rubel (ca. 110 Mio. €)
01.12.2014	Die russische Zentralbank setzt den offiziellen Wechselkurs für den Folgetag auf 51,8 Rubel je US-Dollar und 64,4 Rubel je Euro fest.
01.12.2014	Staatsbesuch von Präsident Wladimir Putin in der Türkei. Putin wird vom türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan sowie dem Premierminister Ahmet Davutoğlu empfangen. Im Zentrum der Gespräche steht die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Russland und der Türkei. Putin wird von zehn Ministern der russischen Regierung begleitet, die an einer gemeinsamen Kabinettsitzung teilnehmen.
01.12.2014	Präsident Wladimir Putin teilt während einer Pressekonferenz in Ankara mit, dass das geplante Pipelineprojekt »South-Stream« auf Grund einer ausbleibenden Genehmigung durch Bulgarien nicht realisiert werde. Gazprom-Chef Aleksej Miller bestätigt das Ende des Projektes.
02.12.2014	Die russische Regierung investiert fast 40 Mrd. Rubel (ca. 600 Mio. €) aus dem Nationalen Wohlfahrtsfond in den Kauf von Vorzugsaktion der »Gazprombank«. Diese wird durch Sanktionen an Investitionen aus dem Westen gehindert.
02.12.2014	Alexej WedeW, stellvertretender Minister für wirtschaftliche Entwicklung, gibt

	<p>korrigierte Wachstumsprognosen für das russische BIP bekannt. Die Prognose für 2014 wird von 0,5 auf 0,6 % Wachstum erhöht, die Prognose für 2015 von +1,5 % auf -0,8 % korrigiert. Auch die Weltbank korrigiert ihre Wachstumsprognosen für Russland für 2014 von 0,5 % auf 0,7 % und für 2015 von 0,3 % auf 0 %.</p>
02.12.2014	<p>Das Moskauer Stadtgericht gibt der Forderung der Staatsanwaltschaft statt, wonach sich die NGO »Öffentliches Verdikt« als »ausländischer Agent« registrieren muss. Die Vereinigung setzt sich für eine gesellschaftliche Kontrolle der Rechtsschutzorgane ein. Das Moskauer Stadtgericht bestätigt zudem die Verlängerung des Hausarrests gegen den Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj im Fall »Ives Rocher« bis zum 14. Januar 2015.</p>
03.12.2014	<p>Transparency International veröffentlicht den Korruptionswahrnehmungsindex für 2014. Russland fällt vom 127. auf den 136. Platz zurück, gleichauf mit Kamerun, Nigeria, Iran, Libanon und Kirgisien.</p>
03.12.2014	<p>Ministerpräsident Dmitrij Medwedew empfängt eine Delegation aus Syrien. Die handels- und wirtschaftliche Zusammenarbeit, unter anderem im Energiesektor, steht im Zentrum des Treffens.</p>
03.12.2014	<p>Die russische Zentralbank setzt den offiziellen Wechselkurs für den Folgetag auf 54,4 Rubel je US-Dollar und 67,3 Rubel je Euro fest, ein weiterer Höchststand.</p>
04.12.2014	<p>In Grosnyj (Tschetschenien) dringt eine Gruppe von Aufständischen in das Stadtzentrum vor, besetzt das Pressehaus und versucht, den Fernsehsender unter ihre Kontrolle zu bringen. Eine zweite Gruppe besetzt die Schule Nr. 20. Bei den Feuergefechten werden nach vorläufigen Angaben sieben Angehörige der Sicherheitskräfte und sieben Untergrundkämpfer getötet. Das Zentrum von Grosnyj wird abgesperrt. Die Behörden rufen den Ausnahmezustand einer »Konterterroristischen Operationen« aus.</p>
04.12.2014	<p>Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Russland zur Zahlung von jeweils 26.000 € an die Oppositionsaktivisten Ilja Jaschin und Alexej Nawalnyj, da es bei der Entscheidung für ihren Arrest im Jahre 2011 Unregelmäßigkeiten gegeben hat.</p>
04.12.2014	<p>Präsident Wladimir Putin präsentiert der Föderalversammlung seine elfte Botschaft zur Lage der Nation. Er führt u.a. aus: Russlands Prioritäten seien eine gesunde Familie und Nation, traditionelle Werte und die Achtung anderer Staaten bei gleichzeitiger Wahrung der legitimen Interessen Russlands. Die Krim sei für Russland ein heiliger Ort und werde für immer bei Russland bleiben. Der Westen versuche, Russland systematisch zu schwächen. Der Fall Ukraine sei nur ein Anlass. Russland müsse seine Entwicklung mit eigenen Mitteln vorantreiben, Kapital im eigenen Lande finden und selbst Technologien entwickeln.</p>
04.12.2014	<p>Der UEFA-Generalsekretär Gianni Infantino gibt bekannt, dass die UEFA die Eingliederung der Fußballvereine auf der Krim in die russische Liga untersagt. Die FIFA unterstützt diese Entscheidung, die von der Russischen Fußballunion akzeptiert wird.</p>
04.12.2014	<p>Das armenische Parlament ratifiziert den Beitrittsvertrag zur Eurasischen</p>

	Wirtschaftsunion. Der Beitritt tritt ab 1. Januar 2015 in Kraft.
04.12.2014	Schiffe der russischen Nordmeerflotte üben im Golf von Biskaya den Schutz von Handelsschiffen gegen Angriffe von Piraten und Terroristen.
05.12.2014	Ein Gericht in Wolgograd verurteilt zwei Angeklagte wegen der Vorbereitung der Selbstmordattentate am 29. und 30. Dezember 2013 zu 19 Jahren Haft. Zwei weitere Angeklagte erhalten wegen Beihilfe Haftstrafen über 3 Jahre und 10 Monate.
05.12.2014	Präsident Wladimir Putin trifft mit den Mitgliedern des »Rates zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und Menschenrecht« zusammen. Auf dem Treffen spricht sich Putin für eine Entwicklung der »eigenen russischen Menschenrechtsorganisationen« aus.
05.12.2014	Neue Generaldirektorin des Verlagshauses »Kommersant« wird Maria Komarowa, bisher Vizepräsidentin und Chefredakteurin des Radios »Kommersant-FM«. Maria Komarowa ist die Ehefrau des stellvertretenden Leiters des Regierungsapparats Iwan Lobanow.
05.– 06.12.2014	Die Beobachtermission der OSZE in der Ostukraine meldet, dass sie mehr als 100 Militärfahrzeuge ohne Erkennungszeichen auf mehreren Straßen in Richtung Donezk gesichtet hat. Auf einem Fahrzeug sei ein Aufkleber mit dem Schriftzug »Neurussland« zu erkennen gewesen.
06.12.2014	Die russische Regierung verabschiedet die »Grundlagen der staatlichen Jugendpolitik bis 2025«. Darin wird unter anderem die Erziehung zu Bürgerbewusstsein und Patriotismus gefordert sowie die Förderung von Jugendinitiativen und der Werte einer gesunden Lebensweise und der Familie.
06.12.2014	Der Gazprom-Vorsitzende Alexej Miller kündigt an, dass der Konzern nach der Einstellung des »South-Stream«-Projektes seine Unternehmensstrategie gegenüber Europa ändern werde. Anstatt sich im Downstream-Bereich zu engagieren und im europäischen Markt tätig zu sein, werde man in Zukunft das Gas an der Grenze verkaufen.
06.12.2014	Frankreichs Präsident Francois Hollande unterbricht seine Rückreise von einem Staatsbesuch in Kasachstan und trifft auf dem Moskauer Flughafen Wnukowo mit Präsident Putin zusammen. Im Zentrum des Treffens steht die Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine. Russland und Frankreich werden eine gemeinsame Lösung anstreben, so Hollande. Außerdem wird die Situation in Syrien und im Iran erörtert.
07.12.2014	Das georgische Außenministerium protestiert gegen Manöver des »Südlichen Militärbezirks«, die auf sechs Truppenübungsplätzen im Nordkaukasus und Südossetien stattfinden. Die Übungen dienen nach russischen Angaben der Einführung neuen militärischen Geräts.
07.12.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht in Telefonaten mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban und seinem serbischen Amtskollegen Tomislav Nikolić die Zusammenarbeit im Energiesektor nach der Einstellung des »South-

	Stream«-Projektes sowie aktuelle Fragen der bilateralen Zusammenarbeit.
08.12.2014	Der russische Sportminister Witalij Mutko reagiert auf eine Sendung der deutschen Sportschau, in der russische Leichtathleten von systematischem Doping in Russland berichten. Mutko zufolge werden alle Trainer und Personen, die in dem Film benannt werden, gründlich überprüft.
08.12.2014	Präsident Wladimir Putin trifft am Vortag des »Tages der Verfassung« in St. Petersburg mit den Richtern des Verfassungsgerichtes zusammen und dankt ihnen für Ihre Arbeit.
09.12.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew weist das Finanzministerium, das Innenministerium, die russische Finanzaufsichtsbehörde und den Inlandsgeheimdienst an, gemeinsam mit der »Bank Russlands« Maßnahmen zur Abwendung von Manipulationen auf dem russischen Währungsmarkt zu entwickeln. Präsident Putin hatte in seiner Ansprache zur Lage der Nation am 4. Dezember Währungsspekulationen angeprangert.
09.12.2014	Nachdem die ukrainische Vorauszahlung für Dezember eingetroffen ist, liefert Gazprom erstmals seit sechs Monaten wieder Gas an die Ukraine.
09.12.2014	Ein Gericht in St. Petersburg verurteilt das »Institut der regionalen Presse« wegen fehlender Registrierung im Register für »ausländische Agenten« zu einer Geldstrafe in Höhe von 400.000 Rubel (ca. € 5.600). Das russische Justizministerium kündigt derweil eine erneute Überprüfung des Moskauer Sacharow-Zentrums aufgrund des Gesetzes über »ausländische Agenten« an. Bei den bisherigen Kontrollen waren keine Gesetzesverstöße festgestellt worden.
09.12.2014	Russland und Ungarn unterzeichnen ein Abkommen über den Bau des fünften und sechsten Reaktorblocks am Atomkraftwerk »Paks«. Russland stellt hierfür einen Kredit in Höhe von 10 Mrd. € bereit.
10.12.2014	Präsident Wladimir Putin trifft zu einem Besuch in Usbekistan ein. Mit seinem Amtskollegen Islam Karimow bespricht er die Zusammenarbeit im Öl- und Gassektor, die usbekischen Agrarexporte sowie Finanzfragen. Russland erlässt Usbekistan ca. 860 der 890 Mio. US-\$ Schulden, was den Weg für neue Kredite und russische Rüstungslieferungen eröffnet.
10.12.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt den Oppositionsaktivisten Sergej Mochnatik zu viereinhalb Jahren Haft wegen Anwendung von Gewalt gegen Polizeibeamte bei einer »Strategie-31«-Demonstration für Versammlungsfreiheit am 31.12.2013. Mochnatkin war bereits am 31.12.2009 wegen des gleichen Vergehens festgenommen, zu fünf Jahren Haft verurteilt und im April 2012 von Präsident Medwedew begnadigt worden.
10.12.2014	Bei einer Fahrzeugkontrolle in Machatschkala (Dagestan) kommt es zu einem Feuergefecht. Zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer werden getötet, ein Polizist verletzt.
11.12.2014	Bei einer Antiterror-Operation in Naltschik (Kabardino-Balkarien) werden vier Untergrundkämpfer getötet. Das Nationale Antiterror-Komitee gibt bekannt, dass

	die Getöteten einen Terroranschlag geplant hätten.
11.12.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht lehnt den Einspruch der »Partei des Fortschritts« gegen die Entscheidung des Justizministeriums ab, die Partei nicht zu Wahlen zuzulassen. Die Partei wurde von dem Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj gegründet.
11.12.2014	Präsident Wladimir Putin trifft zu einem Staatsbesuch in Indien ein. Am Rande des Treffens werden mehrere Abkommen zu den Bereichen Atomenergie, Verteidigung und der pharmazeutischen Zusammenarbeit unterzeichnet. Rosatom wird in den kommenden 20 Jahren in Indien 12 Atomreaktoren errichten. »Rosneft« unterzeichnet mit dem indischen Unternehmen »Essar« einen Vorvertrag über die Lieferung von zehn Mio. Tonnen Erdöl pro Jahr mit einer Laufzeit von zehn Jahren; derweil erteilt die russische Staatsbank dem Unternehmen einen Kredit über 1 Mrd. US-\$ für Infrastrukturprojekte.
12.12.2014	Das russische Katastrophenschutzministerium entsendet einen neunten Lastwagenkonvoj mit Hilfsgütern in die Ostukraine. 50 Fahrzeuge sollen Hilfsgüter nach Donezk bringen, weitere 80 Lastwagen beliefern Lugansk mit Lebensmitteln und anderen Waren.
12.12.2014	Sicherheitskräfte töten im Rayon Karabudachkent (Dagestan) fünf mutmaßliche Untergrundkämpfer, darunter angeblich auch den Drahtzieher des Terroranschlags in Wolgograd im Dezember 2013 und den ehemaligen Anführer des »Imarat Kaukasus«.
12.12.2014	Das Parlament im Gebiet Jaroslawl beschließt, die Direktwahl der Bürgermeister in Jaroslawl und Rybinsk abzuschaffen.
12.12.2014	Der Rubelkurs fällt an der Moskauer Börse weiter. Ein Dollar wird am Tagesende mit 58,5 Rubel gehandelt, ein Euro mit 72,9 Rubel.
12.12.2014	Das russische Außenministerium protestiert gegen das vom US-Senat verabschiedete Gesetz, das dem US-Präsidenten Waffenlieferungen an die Ukraine und weitere Einschränkungen gegen russische Unternehmen erlaubt. Eine Einmischung in innere Angelegenheiten werde man nicht hinnehmen.
13.12.2014	Der Fantasy-Schriftsteller Michail Uspenskij stirbt im Alter von 64 Jahren in Krasnojarsk.
13.12.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew besucht Almaty (Kasachstan) und erörtert mit seinem kasachischen Amtskollegen Karim Masimow die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder im Rahmen der Zollunion und der Eurasischen Wirtschaftsunion sowie die Situation auf dem Ölmarkt.
13.12.2014	In Grosnyj (Republik Tschetschenien) findet eine Großdemonstration gegen Terrorismus und zur Unterstützung der Republikführung im Kampf gegen die Untergrundkämpfer statt. An der Demonstration, die von Menschenrechts- und gesellschaftlichen Organisationen organisiert wurde, nehmen Polizeiangaben zufolge 50.000 Personen teil.

13. – 14.12.2014	Das Büro des »Komitees gegen Folter« in Grosnyj wird in Brand gesteckt Diese Organisation wird von Igor Kaljapin, einem Mitglied des Menschenrechtsrats beim Präsidenten geleitet. Dieser hatte sich nach dem Terroranschlag am 4. Dezember in Grosnyj bei der Staatsanwaltschaft über das Republikoberhaupt Ramsan Kadyrow beschwert, der den Angehörigen der Terroristen gedroht hatte.
14.12.2014	Russlands Außenminister Sergej Lawrow trifft in Rom mit US-Außenminister John Kerry zusammen. Im Zentrum steht die Regulierung des Konfliktes in der Ostukraine und die Situation im Nahen Osten. Lawrow betont, dass Druck auf Russland keine Perspektive sei.
14.12.2014	Rund 2000 Personen demonstrieren in Tomsk gegen die Schließung des Fernsehsenders »TV-2«. Der regionale Rundfunkbetreiber hob den Sendevertrag mit dem Fernsehunternehmen einseitig auf. »TV-2« ging im Mai 1991 als einer der ersten privaten russischen Fernsehsender auf Sendung.
15.12.2014	Der Rubelkurs stürzt im Laufe des Tages weiter ab und wird am Abend an der Moskauer Börse mit 64,2 Rubel pro US-Dollar und 78,9 Rubel pro Euro gehandelt. Die russische Zentralbank verkauft zur Unterstützung des Rubels 2–3 Mrd. US-Dollar. Der Ölpreis fällt derweil zwischenzeitlich unter 60 US-\$ pro Barrel (Brent). Der russische Aktienindex RTS fällt erneut auf einen Tiefstand von 760 Punkten, den es zuletzt im April 2009 gab.
16.12.2014	Der Aufsichtsrat der russischen Zentralbank erhöht den Leitzins von 10,5 % auf 17 %, um die Risiken der Inflation und Geldentwertung zu reduzieren. Der Rubelkurs schwankt im Laufe des Tages stark und wird für den Folgetag mit 68,6 Rubel je Dollar und 86 Rubel je Euro notiert.
16.12.2014	Der russische Generalstab meldet, dass vom 5.–10. Dezember im Gebiet Kaliningrad eine überraschende Überprüfung der Kampfbereitschaft der Streitkräfte durchgeführt wurde. Daran hätten 9.000 Soldaten und etwa 650 Einheiten an Militärtechnik teilgenommen. Die Luftabwehrraketen vom Typ »Iskander« sind nach den Übungen nach Zentralrussland verlegt worden.
16.12.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter Lesung ein Gesetz, wonach Verstöße gegen die Migrationsgesetze mit bis zu 10 Jahren Einreisesperre geahndet werden können.
16.12.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew beruft eine Sitzung zur Erörterung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage ein.
16.– 17.12.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht in einem gemeinsamen Telefonat mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem französischen Präsidenten François Hollande und seinem ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko die Situation in der Ostukraine.
17.12.2014	Wladimir Koshin, Berater des Russischen Präsidenten, gibt bekannt, dass Russland im Verlaufe des Jahres 2014 bisher Rüstungsgüter im Wert von 13 Mrd. US-\$ ins Ausland geliefert habe (2013 waren es 15,7 Mrd. US-\$). Weitere Rüstungslieferungen in Höhe von 48 Mrd. US-\$ sind vereinbart.

18.12.2014	Präsident Putin hält seine alljährliche »Große Pressekonferenz« ab, zu der 1.259 russische und ausländische Journalisten zugelassen sind. Alle wichtigen und drängenden Fragen werden thematisiert, u. a. die Rubelkrise und die Lage in der Ostukraine.
18.12.2014	Das Nationale Anti-Terror-Komitee gibt die »Liquidierung« von drei Untergrundkämpfern im Rayon Baksan (Kabardino-Balkarien) bekannt.
18.12.2014	Der Rat der Europäischen Union untersagt europäischen Unternehmen, auf der von Russland annektierten ukrainischen Halbinsel Krim Investitionen zu tätigen oder touristische Dienstleistungen anzubieten. Das russische Außenministerium kündigt eine »adäquate« Antwort an.
18.12.2014	Der deutsche Chemiekonzern BASF und der russische Gasmonopolist »Gazprom« sagen einen geplanten Austausch von Unternehmensanteilen auf Grund des »schwierigen politischen Umfelds« ab.
19.12.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt an einer Sitzung des Kollegiums des russischen Verteidigungsministeriums teil. Er ordnet an, die bodengestützten Atomwaffen und die strategischen Bomber bis 2021 vollständig zu modernisieren. Im Anschluss findet eine Sitzung des russischen Sicherheitsrates statt. Im Zentrum stehen die Militärdoktrin und die Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit des Landes.
19.12.2014	Das Justizministerium stuft die »Bewegung ›Für Menschenrechte«« (Leiter: Lew Ponomarjow) als »ausländischen Agenten« ein.
20.12.2014	Auf Aufforderung der russischen Generalstaatsanwaltschaft sperrt Facebook für russische Nutzer den Zugang zu einer Seite, die zu einer Solidaritätsversammlung am 15. Januar, dem Tag der Urteilsverkündung gegen Alexej Nawalnyj, aufruft. Internetseiten, die zur Teilnahme an nicht genehmigten Versammlungen aufrufen, können nach einem Gesetz von Februar 2014 ohne Gerichtsentscheid blockiert werden. Für die Veranstaltung am 15. Januar hatten sich bereits 12.000 Nutzer angemeldet.
20.12.2014	Präsident Wladimir Putin gratuliert den aktuellen und ehemaligen Mitarbeitern der Staatssicherheitsdienste zu ihrem Berufsfeiertag. Als Hauptaufgaben bezeichnet er die Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus und Versuchen ausländischer Geheimdienste, Russland zu schaden.
21.12.2014	Das russische Katastrophenschutzministerium schickt einen zehnten Lastwagenkonvoi mit Hilfsgütern in die Ostukraine. 90 Fahrzeuge bringen Lebensmittel, Medikamente, Baumaterial und Neujahrsgeschenke nach Luhansk und Donezk.
21.12.2014	In Tomsk demonstrieren erneut ca. 3.000 Personen (nach Polizeiangaben 800) für einen Erhalt des regionalen Fernsehsenders »TV-2«. Das regionale Fernseh- und Rundfunkzentrum hatte den Sendevertrag nicht über das Jahresende hinaus verlängert.
22.12.2014	Präsident Wladimir Putin trifft mit Vertretern beider Parlamentskammern, der Staatsduma und des Föderationsrates, zusammen. Er erinnert an seine »Mai-

	Erlasse« von 2012 und erklärt, die Lösung sozialer Fragen sei trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten vorrangige Aufgabe.
22.12.2014	Präsident Putin empfängt seinen kasachischen Amtskollegen Nursultan Nasarbajew in Moskau. Die beiden Präsidenten unterzeichnen ein Protokoll zur Ratifizierung eines Vertrags über gute nachbarschaftliche Beziehungen im 21. Jahrhundert.
22.– 23.12.2014	Präsident Putin telefoniert mit den Staats- und Regierungschefs der Ukraine, Frankreichs und Deutschlands. In den Gesprächen wird eine Fortsetzung der Treffen der Ukraine Kontaktgruppe vereinbart.
23.12.2014	Im Kreml kommen die Staatschefs der Mitgliedsstaaten der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (ODKB) – Russland, Belarus, Kirgistan, Kasachstan, Tadschikistan und Armenien – zusammen.
23.12.2014	Sitzung des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrats, an der die Staatschefs von Belorussland, Kasachstan, Russland, Armenien und Kirgistan teilnehmen. Es werden eine Reihe von Dokumenten unterzeichnet, darunter eines über den Beitritt Kirgistans zur Eurasischen Wirtschaftsunion.
24.12.2014	Das Regionalparlament des Gebiets Irkutsk hebt die Direktwahl des Bürgermeisters von Irkutsk auf.
24.– 25.12.2014	In Minsk findet eine weitere Verhandlungsrunde der Ukraine-Kontaktgruppe statt. Vertreter Russlands, der Ukraine, der »Volksrepubliken« in der Ostukraine sowie der OSZE verhandeln über eine Regulierung der Situation im Donbass. Vorerst einigt man sich nur auf einen weiteren Gefangenenaustausch, die Verhandlungen dauern jedoch an.
25.12.2014	Die russische Regierung gewährt dem zweitgrößten russischen Flugunternehmen »Transaero« staatliche Kreditgarantien in Höhe von 9 Mrd. Rubel (ca. 123 Mio. €). Der Entscheidung ging eine Bitte der Generaldirektorin des Unternehmens, Olga Pleschtschakowa voraus, die vor einer Einstellung des Flugbetriebs auf Grund der Schuldenlast warnte.
25.12.2014	Gleb Jakunin, Mitglied der Moskauer Helsinkigruppe, stirbt im Alter von 81 Jahren. Jakunin war in den 1990er Jahren Ko-Vorsitzender der Bewegung »Demokratisches Russland« sowie aktiver Priester in einer orthodoxen Kirche.
25.12.2014	Das russische Justizministerium registriert drei weitere Nichtregierungsorganisationen als »ausländische Agenten«, darunter das Moskauer Sacharow-Zentrum und das Kaliningrader Menschenrechtszentrum.
26.12.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Anweisung, der zufolge die Gehälter von Richtern in Russland zwischen 2014 und 2016 um 30 % angehoben werden sollen.
26.12.2014	Auf einer Sitzung des russischen Sicherheitsrates steht die Situation in der Ostukraine im Mittelpunkt. Ferner werden soziale und wirtschaftliche Fragen erörtert.

26.12.2014	Präsident Wladimir Putin verabschiedet die Neufassung der russischen Militärdoktrin. Darin werden neue Bedrohungen für Russland aufgeführt, darunter die Situation in um die Ukraine, die Ereignisse in Nordafrika, Syrien, Irak und Afghanistan. Zudem wird das Konzept der »nicht-atomaren Eindämmung« verankert. Zudem werden die Aufgaben zur Eindämmung und Vermeidung von militärischen Konflikten konkretisiert und erweitert.
27.12.2014	Dmitrij Peskow, Sprecher von Präsident Wladimir Putin, bestätigt, dass Russland Strom- und Kohle auch ohne Vorkasse in die Ukraine liefere. Dies zeige den guten Willen Putins, den Ukrainern in schwierigen Zeiten reale Hilfe anzubieten. Für die Energielieferungen gelten innerrussische Preise.
28.12.2014	Sicherheitskräfte töten im Rayon Sunsha (Inguschetien) drei mutmaßliche Untergrundkämpfer in ihrem Fahrzeug.
29.12.2014	Beamte der Staatsanwaltschaft und des Justizministeriums führen eine Überprüfung des Büros von »Deutsch-Russischer Austausch St. Petersburg« statt. Außerdem wird eine Überprüfung zum Brandschutz durchgeführt.
29.12.2014	Die für den 15. Januar angesetzte Urteilsverkündung im »Yves Rocher«-Verfahren gegen den Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj und dessen Bruder Oleg wird auf den 30. Dezember vorverlegt.
29.12.2014	Präsident Wladimir Putin bespricht in einem Telefonat mit seinem finnischen Amtskollegen Sauli Niinistö die russisch-finnischen Beziehungen, die Situation in der Ukraine sowie aktuelle internationale und regionale Herausforderungen.
30.12.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verurteilt den Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj und seinen Bruder Oleg im »Yves Rocher«-Verfahren zu 3,5 Jahren Haft und einer Geldstrafe von 4 Mio. Rubel (ca. 54.000 €). Die Haftstrafe von Alexej Nawalnyj wird zur Bewährung ausgesetzt. Im Anschluss an das Urteil kommt es zu einer spontanen Kundgebung auf dem Moskauer Manegenplatz, mehr als 170 Teilnehmer werden festgenommen, darunter Alexej Nawalnyj.
30.12.2014	Das russische Justizministerium setzt weitere sechs Nichtregierungsorganisationen auf die Liste der »ausländischen Agenten«. Darunter die »Stiftung zur Unterstützung der Pressefreiheit«, die St. Petersburger Organisation »Gesellschaftliche Kontrolle« und die Menschenrechtsorganisation »Wählerliga«. 20 Nichtregierungsorganisationen werden nun als »ausländische Agenten« geführt.
30.12.2014	Die russische Regierung bestätigt die Zuteilung von 100 Mrd. Rubel (ca. 1,3 Mrd. €) aus dem Nationalen Wohlstandfonds an die russische Staatsbank »VTB«.
30.12.2014	Die Moskauer Polizei lässt das alternative Theater »Theater.doc« während der Vorführung eines Dokumentarfilms über die Ereignisse auf dem Kiewer Maidan räumen, konfisziert Computer, Leinwand und Projektor und lässt die künstlerische Leiterin des Theaters vorladen.
31.12.2014	Der russische Rubel verliert im Jahresverlauf gegenüber dem Dollar um 41 %, gegenüber dem Euro um 34 % an Wert und wird zum Jahresende bei 56 Rubel pro US-Dollar und 68,7 Rubel pro Euro gehandelt. Der Ölpreis der Sorte »Brent« fällt

	derweil unter 56 US-\$. Die Lebensmittelpreise stiegen im Jahr 2014 um durchschnittlich 15,4 %, die Preise für Dienstleistungen um 10,5 %.
--	--

Quelle: Russland-Analysen 270–288, <http://www.laender-analysen.de/russland>